

Preußische Allgemeine



Nr. 34 · 21. August 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Streitthema Impfen

Trotz unbestreitbarer Erfolge bei der Vorbeugung von Infektionskrankheiten stehen noch immer zahlreiche Menschen Impfungen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Da tut Aufklärung ebenso Not wie ein gesunder Mittelweg in der Anwendung **Seite 2**



Geschichte Vor 70 Jahren sprengte Ulbricht das Berliner Schloss **Seite 10**



Literatur Ein neuer Roman von Arno Surminski **Seite 22**

AUFGEFALLEN

US-Wahl wieder offen?

Sah es monatelang so aus, als sei die im November anstehende Wahl des nächsten Präsidenten der USA schon entschieden, scheint das Rennen nun wieder knapper zu werden.

Einer neuen Umfrage zufolge hat US-Präsident Donald Trump weniger als drei Monate vor der Wahl den Rückstand gegenüber seinem Rivalen von den Demokraten, Joe Biden, deutlich verringert. Dies berichtete der TV-Sender CNN und stützte sich dabei auf Zahlen des Meinungsforschungsinstituts SSRS, das zwischen dem 12. und 15. August 1108 Wähler befragt hatte.

Besonders interessant ist die Umfrage aus zwei Gründen: Zum einen weil sie durchgeführt wurde, nachdem Joe Biden am Dienstag vergangener Woche seine Entscheidung für die Senatorin Kamala Harris als Vizepräsidenten-Kandidatin bekanntgegeben hatte. Hatten Anfang Juni dem Institut gegenüber noch 55 Prozent angegeben, Biden zu unterstützen, und lediglich 41 Prozent geäußert, für Trump stimmen zu wollen, so gaben nun 50 Prozent der Befragten an, Biden und Harris unterstützen zu wollen; während sich 46 Prozent für Trump und seinen Vize Mike Pence aussprachen.

Der zweite Grund ist der Umstand, dass die Umfrage in 15 sogenannten „Swing States“, in denen die Mehrheiten regelmäßig wechseln, Biden und Trump Kopf an Kopf sieht. Da die US-Amerikaner ihren Präsidenten nicht direkt, sondern über Delegierte (Wahlmänner) in den einzelnen Bundesstaaten wählen, ist somit der Ausgang der Wahl völlig offen. *neh*

CORONA

Politiker und Medien überziehen maßlos

„Zweite Welle“, „drohender Lockdown“ und exzessive Attacken auf Kritiker: Wie Panikmache die Fakten unterpflügt

VON HANS HECKEL

Kanzlerin Merkel warnt vor einem „Desaster“ bei Corona. Die „zweite Welle“ beherrscht die deutsche Debatte und versetzt die Bürger in Dauerstress. Kritik an der von der etablierten Politik und den allermeisten Medien verbreiteten Schauerstimmung wird mit immer härteren Vorwürfen abgeschmettert. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, spricht gar von antisemitischen Motiven bei den Protesten gegen die Corona-Restriktionen – angesichts der NS-Geschichte ein entsetzlicher Anwurf.

Wer sich dem Geschehen mit dem Bemühen um Sachlichkeit nähert, kommt indes aus dem Staunen nicht heraus. Die Fakten sind recht eindeutig: Seit dem 27. Juni verharrt die Zahl der Menschen, die pro Tag „mit“ dem Corona-Virus verstorben sind, bei unter 20, meist sogar im einstelligen Bereich. Trotz der eifrig skandalisierten Zahl der neu positiv Getesteten, die fast jeden Tag wieder über 1000 liegt, verändert sich die Todesrate nicht.

Dabei ist immer wieder in Betracht zu ziehen, dass „mit“ nicht „an“ Covid-19 bedeutet. Es heißt lediglich, dass das Coronavirus bei einem Verstorbenen gefunden wurde, es sagt nichts darüber, woran er gestorben ist. Laut dem Chef der Hamburger Rechtsmedizin, Klaus Püschel, war Covid-19 nur in den seltensten Fällen für den

Tod der von ihm untersuchten Patienten verantwortlich (die PAZ berichtete).

Auch die Zahl der intensivmedizinisch behandelten Covid-19-Patienten verharrt stabil auf niedrigem Niveau, bei zuletzt gut 220 (Stand 13. August). Anfang April waren es fast zehnmals so viele, Mitte Mai sank ihre Zahl unter 1000.

Mittlerweile ist zudem vielfach belegt, dass selbst große Menschenansammlungen unter freiem Himmel meist ohne Maske und bei sehr unregelmäßigem „Sicherheitsabstand“ keine messbare Zunahme der Neuinfektionen auslösen. Weder nach dem verlängerten Christi-Himmelfahrts-Wochenende oder dem Gedränge, das zu Pfingsten vielerorts herrschte, noch infolge der „Black Lives Matter“- und der „Querdenken“-Demos kam es zum Massenausbruch. Warum Fußballstadien nicht wenigstens zum Teil wieder freigegeben werden dürfen, bleibt da ein Rätsel.

Thematisiert und skandalisiert werden indes allein die Neuinfektionen. Dabei bleibt fast unberücksichtigt, dass sich allein die Zahl der Tests von der 24. bis zur 32. Kalenderwoche von knapp 326.000 auf gut 672.000 mehr als verdoppelt hat. Und bei mehr Tests gibt es eben auch mehr Befunde. Auch fällt die nicht unwesentliche Menge an Fehldiagnosen unter den Tisch.

Dass die Zahl von Toten und Intensivpatienten nicht steigt, obwohl immer mehr Infizierte genannt werden, deutet darauf hin, dass die Therapien besser ge-

worden sind, Risikogruppen besseren Schutz erfahren und bei möglicherweise noch sehr viel mehr Infizierten als bislang angenommen die Krankheit gar nicht ausbricht.

Da wäre es eigentlich an der Zeit, den Finger vom Alarmknopf zu nehmen und den Ton, den Politik, Medien und manche (längst nicht alle) Experten gegenüber dem verunsicherten Volk anschlagen, deutlich zu mäßigen. Aber das Gegenteil geschieht: Ämter denken darüber nach, Kinder aus der Obhut ihrer Eltern zu entreißen, falls daheim Quarantäne-Regeln nicht eingehalten würden. Der CDU-Reiseexperte Christoph Ploß will gar Urlaubsreisen in „Risikogebiete“ verbieten lassen.

Damit wird eine lähmende Spannung über das Land gelegt, die schwerwiegende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen zeitigen dürfte. Die Stimmung zwischen Unterstützern und Kritikern der Restriktionen heizt sich weiter auf, Betriebe unterlassen Investitionen und Neueinstellungen.

Sehen die verantwortlichen Politiker das nicht? Möglicherweise schon, aber, um nur ein Beispiel zu nennen: Was würde aus den Kanzlerschaftsplänen von Markus Söder, wenn er einräumen müsste, mit seiner Corona-Politik massiv übertrieben zu haben? Panikmache und harte Maßnahmen dagegen werden im Volk immer noch als Führungsstärke missverstanden. Wozu also umschwenken?

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Geldpolitik der EZB verstößt gegen das Gebot der „Verhältnismäßigkeit“ **Seite 8**

Kultur

Vor 250 Jahren wurde Hegel, der „Weltgeist vom Neckar“, geboren **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg erhielt die wiederaufgebaute Synagoge ihre Betriebslaubnis **Seite 13**

Leben

Die Folgen der Coronapandemie erreichen die Textilverwerter **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Impfungen Dass die Menschheit über sichere, ausgereifte Präventionsstoffe verfügt, ist ein Segen. Gleichwohl sollten Impfempfehlungen daraufhin überprüft werden, wem sie nützen, und wie es zu ihnen gekommen ist

Ein goldener Mittelweg ist gefragt

Impfungen können Leben retten – aber auch Schaden anrichten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Impfungen können ohne Zweifel Leben retten. Im Falle der Pocken führte das Impfen sogar zur Ausrottung einer der gefährlichsten Infektionskrankheiten überhaupt. Dabei nimmt die Zahl der von der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut (STIKO) empfohlenen Impfungen inzwischen ständig zu. Aktuell sollten Säuglinge, Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik bereits gegen 13 „impfpräventable“ Krankheiten immunisiert werden, und Erwachsenen legt man acht Impfungen nahe. Dazu kommen weitere zehn Impfungen für Angehörige von Risikogruppen.

Das ist in zweierlei Hinsicht bedenklich. Zum einen bestehen Zweifel an der Unabhängigkeit mancher Mitglieder der STIKO von den Impfstoffherstellern, die insbesondere durch Antikorruptions-Organisationen wie Transparency International geschürt werden. Zum anderen können auch Impfungen ernsthafte gesundheitliche Schäden verursachen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass einige Vakzine wirkungsverstärkende oder keimtötende Substanzen wie Formaldehyd, Aluminiumhydroxid, Phenol und Quecksilber enthalten, die dem menschlichen Körper eigentlich keinesfalls mit Absicht zugeführt werden sollten. Zudem sind überschießende Reaktionen des Immunsystems auf die Impfung von abgeschwächten Krankheitserregern möglich.

Das für die Zulassung von Impfstoffen zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) in Langen führt eine Datenbank, die Auskunft über alle begründeten Verdachtsfälle auf Impfschäden seit dem 1. Januar 2000 gibt. Allerdings ist diese Zusammenstellung „urheberrechtlich geschützt“, sodass deren Veröffentlichung nur mit Zustimmung des PEI erfolgen kann. Unabhängig davon werden viele Komplikationen beim Impfen gar nicht als solche erkannt und gemeldet. Auf jeden Fall haben Impfungen hierzulande schon zu mehr als 400 Todesfällen geführt und in noch viel größerem Umfang Symptome oder gar Dauerschäden wie bei den Krankheiten selbst bewirkt, vor denen die Geimpften geschützt werden sollten. Als besonders gefährlich erwiesen sich dabei in der Vergangenheit vor allem die Sechsfachimpfstoffe zur Im-



Sollte immer das Ergebnis einer Güterabwägung sein: Die Impfung

Foto: U.S. Air Force

munisierung von Säuglingen und Kleinkindern gegen Kinderlähmung, Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Haemophilus influenzae Typ b (Hib) und Hepatitis B.

Pharmakonzerne profitieren indirekt

Andererseits wäre es verfehlt, der Pharmaindustrie pauschal zu unterstellen, sie würde infolge der wachsenden Zahl von Impfungen gigantische Profite erzielen und deshalb über Leichen gehen. Sicher verzeichnen die vier unangefochtenen Führer der Impfstoffbranche beachtliche Umsätze. So erwirtschaftet der britische Konzern GlaxoSmithKline (GSK), die Nummer Eins der Impfstoffhersteller aus Krankheitserregern mit einem Weltmarktanteil von 24 Prozent, derzeit um die sieben Milliarden US-Dollar pro Jahr mit Impfstoffen – und 2024 sollen es dann sogar über zehn Milliarden werden. Ähnliche Zahlen

schreiben Merck Sharp & Dohme (MSD) und Pfizer Inc. in den USA sowie Sanofi in Frankreich. Allerdings machen die Impfstoffe letztlich nur 15 bis 20 Prozent des Gesamtumsatzes dieser Unternehmen aus. Und bezogen auf das Volumen des globalen Pharmamarktes, das bei jährlich 1,14 Billionen Dollar liegt, bilden die Umsätze mit Impfstoffen von aktuell 30,5 Milliarden faktisch eine vernachlässigbare Größe. Der Impfstoffmarkt ist also im Grunde eher ein Nischenmarkt. Das ergibt sich ebenso aus einer anderen Zahl. Nach Angaben des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland zahlten diese im vergangenen Jahr über 41 Milliarden Euro für Medikamente, aber nur 1,8 Milliarden für Schutzimpfungen.

Die Herstellung von Vakzinen ist wirtschaftlich keineswegs besonders lohnend. Immerhin liegen die Ausgaben

für Forschung und Entwicklung bei bis zu einem Fünftel des Umsatzes. Dazu kommt die recht kostenintensive Produktion der Impfstoffe. Da verfügen die Pharmariesen über sehr viel attraktivere Verdienstmöglichkeiten. Krebsmedikamente beispielsweise spülen aktuell etwa 125 Milliarden Dollar per anno in die Kassen, und auch mit Arzneien zur Behandlung von Rheuma, Diabetes, Nierenleiden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Demenz wird sehr viel mehr Geld als mit Impfstoffen verdient.

Letztlich lässt sich das Ganze deshalb auf folgende Formel bringen: Impfungen verschaffen den Pharmakonzernen keine übermäßigen Gewinne, tragen allerdings dazu bei, dass die Menschen immer älter werden. Und die Medikamente, die sie aufgrund dessen benötigen, bringen dann die wirklichen Profite.

RISIKOGEBIETE

Man kann es auch übertreiben

Nicht jede Empfehlung der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut ist verhältnismäßig

Gemäß der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut (STIKO) sollen sich die Bewohner oder Besucher der vom Robert-Koch-Institut (RKI) ausgewiesenen Risikogebiete gegen die durch Zecken übertragene Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) impfen lassen. Als ein solches Risikogebiet gilt seit Anfang 2020 auch die sächsische Landeshauptstadt Dresden. Wer nach der Begründung für diese etwas überraschende Einstufung sucht, findet folgende Aussage des RKI: Eine Region werde dann zum Risikogebiet deklariert, wenn es dort im Zeitraum von fünf Jahren jährlich mehr als eine Erkrankung pro 100.000 Einwohner gegeben habe.

In Dresden registrierte man 2017 drei Fälle, 2018 zwei Fälle und 2019 vier Fälle. Dazu kam jeweils ein Fall 2015 und 2016 sowie auch in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 – allerdings bei 563.000 Einwohnern.

Dresden gilt als Risikogebiet

Dennoch hat das RKI Dresden zum mittlerweile siebten Risikogebiet in Sachsen erklärt, weil auch aus dem unmittelbaren Nachbarkreis Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge FSME-Infektionen gemeldet worden seien – nämlich sechs seit 2015. Wegen dieser „Krankheitswelle“ sind die Dresdner also nun angehalten, sich gegen FSME impfen zu lassen, und die gesetzli-

chen Krankenkassen übernehmen die Kosten.

Dabei trägt maximal jede 100. Zecke das Virus in sich. Nur zehn Prozent der Bisse von virusbefallenen Zecken führen zu Infektionen. Und selbst die verlaufen bei 80 bis 90 Prozent der Betroffenen ohne Symptome oder mit Anzeichen einer leichten Grippe und werden lediglich per Test diagnostiziert. Ungünstige Verläufe mit hohem Fieber, neurologischen Ausfällen oder gar einer potenziell tödlichen Hirnhautentzündung sind dahingegen die Ausnahme. Ob überhaupt ein einziger Dresdner dergestalt betroffen war, verschweigen die Statistiken. Auf jeden Fall aber ist keiner der 2019/20 positiv

Das Risiko schwerer Impfkomplicationen ist nicht immer kleiner als das, an dem Leiden zu erkranken, vor dem die Impfung schützen soll

auf FSME getesteten 38 Sachsen an der Viruserkrankung gestorben.

Allerdings verursachen die bei der Impfung verwendeten Vakzine FSME-Immunität und Encephalitis Nebenwirkungen. Diese reichen laut dem deutschen Bundesinstitut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel, dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) in Langen, von Muskel- und Gelenkschmerzen über Fieber bis hin zu Lähmungen, Krampfanfällen und „meningitischen Zeichen“. Das statistische Risiko derartiger Impfkomplicationen liegt immerhin etwa doppelt so hoch wie das, in einem sogenannten Risikogebiet wie Dresden an FSME zu erkranken. W.K.

IMPFSTOFFE

Die Entwicklung kostet viel Zeit

Derzeit suchen über 170 Forscherteams nach einem Impfstoff gegen das Coronavirus. Acht Typen scheinen geeignet zu sein. Deren Wirkungsprinzip ist stets das Gleiche. Künstlich hergestellte Moleküle mit dem Bauplan für SARS-CoV-2-Proteine sollen die Immunabwehr im Körper des Geimpften stimulieren und zur Bildung von Antikörpern führen, die dann verhindern, dass das echte Virus in die menschlichen Zellen eindringt. Dabei muss aber die Entstehung sogenannter Infektionsverstärkender Antikörper (ADE) ausgeschlossen werden, weil die für einen schwereren Krankheitsverlauf als bei Ungeimpften sorgen. Letzteres könnte sich als das entscheidende Manko der noch nicht ausreichend lange und oft getesteten russischen Coronavakzine „Sputnik V“ erweisen.

Schwachstelle bei „Sputnik V“

Die Entwicklung wirklich sicherer Impfstoffe kostet viel Zeit. Als das absolute Minimum galten bisher vier Jahre – in vielen Fällen brauchte es aber 15 bis 20 Jahre. Und möglicherweise sieht das Ergebnis dann auch so aus wie im Falle der Impfstoffe gegen AIDS- und Hepatitis-C-Viren. Hier versucht man bereits seit 1984 fündig zu werden, jedoch ohne Erfolg. Das liegt an den ständigen Veränderungen dieser Erreger, die sich zunehmend besser an den Menschen anpassen. Wenn das Coronavirus eine ähnliche Flexibilität entwickelt, wären Vakzine wahrscheinlich sehr bald wieder wirkungslos. Man müsste dann jedes Jahr aufs Neue mit modifizierten Substanzen impfen wie bei der Grippe.

Ansonsten könnten Mutationen auch erst infolge der Impfungen entstehen. Durch das Spritzen des Wirkstoffes wird die Immunabwehr zwar zunächst schlagkräftiger, aber um den Preis eines erhöhten Anpassungsdrucks auf das Virus, der es „aggressiver“ machen könnte. Insofern ist das Versprechen, wenn ein Impfstoff gegen Covid-19 vorliege, sei die Rückkehr zur Normalität möglich, durchaus gewagt. W.K.

Der nächste Versuch

Grüner Wasserstoff und Roter Oktober – Was die Große Transformation unserer Tage mit den Weltverbesserungsprojekten des gescheiterten Kommunismus gemein hat

VON VERA LENGSELD

Im Jahre 2011 legte der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) ein Gutachten mit dem Titel „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ vor. Seitdem gilt der darin geforderte „nachhaltige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft“ als Zielvorstellung deutscher Regierungspolitik. Den Weg gab der WBGU vor:

„Auf den genannten zentralen Transformationsfeldern müssen Produktion, Konsummuster und Lebensstile so verändert werden, dass die globalen Treibhausgasemissionen im Verlauf der kommenden Dekaden auf ein absolutes Minimum sinken und klimaverträgliche Gesellschaften entstehen können. Das Ausmaß des vor uns liegenden Übergangs ist kaum zu überschätzen. Er ist hinsichtlich der Eingriffstiefe vergleichbar mit den beiden fundamentalen Transformationen der Weltgeschichte: der Neolithischen Revolution, also der Erfindung und Verbreitung von Ackerbau und Viehzucht, sowie der Industriellen Revolution, die von Karl Polanyi (1944) als ‚Great Transformation‘ beschrieben wurde und den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft beschreibt.“

Die Mitglieder des Beirats maßen dem Projekt eine epochale Bedeutung zu. „Die bisherigen großen Transformationen der Menschheit waren weitgehend ungesteuerte Ergebnisse evolutionären Wandels. Die historisch einmalige Herausforderung bei der nun anstehenden Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft besteht darin, einen umfassenden Umbau aus Einsicht, Umsicht und Voraussicht voranzutreiben.“

Historische Parallelen

Doch mit der Annahme einer historischen Einmaligkeit ihres Vorhabens irrten sie. Vor einem Jahrhundert wurde schon einmal ein gezielter Versuch eines tiefgreifenden Umbaus der Gesellschaft unternommen. Er begann 1917 mit der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ in Russland, breitete sich über große Teile der Welt aus und wurde erst nach mehr als 70 Jahren als offensichtlich gescheitert beendet. Die Erkenntnis seiner Untauglichkeit war mit dem Leiden unzähliger Menschen, mit Hungersnöten und geschätzten hundert Millionen Menschenleben viel zu teuer bezahlt.

Die Große Transformation, an deren Beginn wir stehen und die nach der Corona-Krise unbedingt Fahrt aufnehmen soll, scheint auf den ersten Blick ein völlig anderes Gesellschaftsexperiment zu sein, und doch findet man beim näheren Hinschauen erstaunliche Parallelen und Gemeinsamkeiten.

Beide Zielstellungen muten geradezu sakrosankt an: Die Bewahrung der Menschheit vor einer drohenden Klimakatastrophe erscheint genauso alternativlos und erstrebenswert wie die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Zweifel an der Sinnhaftigkeit oder Erreichbarkeit dieser Ziele können nicht geduldet werden. Wer sie dennoch äußert, wird aus der Gesellschaft ausgegrenzt und mit diskriminierenden Attributen belegt: Was im Sozialismus der „Klassenfeind“ war, ist heute der „Klimaleugner“.

Aushebelung des Parlaments

Die „Große Transformation“ verlangt vor allem den Verzicht auf etwas, das unseren Wohlstand überhaupt erst ermöglichte: kostengünstige und stets verfügbare Energie aus fossilem Kohlenstoff und auch aus Kernspaltung. Die angebotenen Alternativen haben schon jetzt zu den weltweit höchsten Strompreisen geführt und werden mit der CO₂-Steuer weitere Wohlstandsverluste bewirken.

Sowohl die russischen Revolutionäre unter Lenin als auch der WBGU erkannten, dass sich die für den propagierten Wandel gefor-



Schon einmal scheiterte der Versuch einer „Großen Transformation“: Der sowjetische Agrarwissenschaftler Trofim Denissowitsch Lyssenko (links) im Gespräch mit Nikita Chruschtschow

Foto: AKG Images

derte Opferbereitschaft der Menschen mit demokratischen Strukturen kaum durchsetzen lässt. Die sowjetische Institution der „Räte“ findet eine gewisse Entsprechung in der von dem WBGU geforderten „Zukunftskammer“ als dritte Säule im Gesetzgebungsverfahren. Deren Mitglieder sollen nicht demokratisch gewählt, sondern unter „engagierten Bürgern und Bürgerinnen ausgelost werden“. Das harmlos klingende Wort „engagiert“ öffnet faktisch einer Willkür Tür und Tor.

Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen hatte jüngst in einem Sondergutachten mit dem Titel „Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen“ die Einrichtung eines zusätzlichen „Rates für Generationengerechtigkeit“ vorgeschlagen. Seine Mitglieder sollten je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat für zwölf Jahre gewählt werden. Das neue Gremium soll „mit Möglichkeiten zur Stellungnahme“ an Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden, wenn künftige Generationen betroffen sind, und vor allem ein „suspensives Vetorecht in Bezug auf schwerwiegende Bedenken“ erhalten. In dem Papier des Sachverständigenrates heißt es ausdrücklich: „Bereits die Androhung eines Vetos im laufenden Gesetzgebungsverfahren dürfte regelmäßig zu Änderungen des Gesetzesvorhabens führen, um den Bedenken des Rates (wenigstens teilweise) Rechnung zu tragen“ – ein klarer Angriff auf Funktion und Bedeutung des Parlaments.

Beide Weltverbesserungsprojekte sind durch ein weiteres gemeinsames Merkmal gekennzeichnet: Die „ungesteuerten“ Triebkräfte gesellschaftlichen Fortschritts, das Streben nach gesteigerter Effektivität sowie die Verbesserung von Effizienz werden in ihnen weitgehend außer Kraft gesetzt. An ihre Stelle tritt ein omnipräsenter Dirigismus, der praktisch in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eindringt. Wirtschaftliche Entscheidungen werden nicht mehr nach ökonomischen Kriterien, sondern nach ideologischen Prinzipien getroffen.

Im Jahre 1931 verabschiedete das Zentralkomitee der KPdSU eine Resolution, nach der innerhalb weniger Jahre alle in der UdSSR angebauten Getreidearten in vielfältiger Weise verbessert und zugleich an alle Anbaugelände angepasst werden sollten – ein Vorhaben, das genauso unrealistisch war wie der in Deutschland geplante Ersatz von einer Million her-

kömmlicher Fahrzeuge durch Elektroautos bis 2020. Dennoch kündigte der sowjetische Agrarwissenschaftler Trofim Denissowitsch Lyssenko an, das von der Partei vorgegebene Ziel in kurzer Zeit erreichen zu können.

Lyssenkos Irrlehren

Die zentrale Behauptung Lyssenkos lautete, dass die Eigenschaften von Kulturpflanzen und anderen Organismen nicht durch Gene, sondern nur durch Umweltbedingungen bestimmt würden. Dies war konform mit der Staatsdoktrin, dass die angestrebte schnelle Entstehung des „Sowjetmenschen“ durch eine entsprechende Erziehung zu erreichen sei.

Begleitet vom Beifall der sowjetischen Massenmedien, die Lyssenko als Genie darstellten, durfte dieser die Landwirtschaft bizarren Experimenten unterziehen. Die Bauern wurden gezwungen, anstelle ihrer normalen Feldarbeit millionenfach Bäume eng zusammen in Nestern zu pflanzen, in denen sich der stärkste entwickeln sollte, während sich die anderen für ihn „opfereten“. Das Ergebnis war ein Totalausfall. Getreu seiner zentralen These vom ausschließlichen Einfluss der Umweltbedingungen versuchte er „Artumwandlungen“ von Getreidesorten, bei denen unter Kälteeinwirkung etwa aus Weizenkörnern Roggenpflanzen hervorgehen sollten. Wenn Misserfolge sich gar nicht vertuschen ließen, wurden sie „Saboteuren“ in die Schuhe geschoben. Wissenschaftler, die Lyssenko kritisch gegenüberstanden, wurden durch Rufschädigung aus ihren Stellen verdrängt oder wegen „Koope-ration mit Feinden des Volkes“ verhaftet.

Ungeachtet der Hungersnöte, die der Lyssenkoismus in der Sowjetunion zu verantworten hatte, wurde er nach 1945 auch in den Satellitenstaaten als Doktrin für deren Landwirtschaft übernommen, mit besonderem Eifer und mit besonders katastrophalen Folgen in China. Erst nach Chruschtschows Sturz im Oktober 1964 konnten Lyssenkos Irrlehren als solche bezeichnet und verworfen werden. 1965/66 wurde der Biologie-Unterricht in der Sowjetunion ausgesetzt, um neue Lehrpläne entwickeln und die Lehrer umschulen zu können.

Die englische Version von „Wikipedia“ bezeichnet den Lyssenkoismus als „eine Metapher für die Manipulation des wissenschaftlichen Findungsprozesses, mit der ein vorde-

finiertes Ergebnis erreicht werden soll, welches durch ideologische Voreingenommenheit diktiert wird und oft andere Ziele verfolgt“. Lebt ein so definierter Lyssenkoismus heute immer noch fort?

Irrwege der Gegenwart

Ein Beispiel für die ideologisch geprägten Irrwege unserer Tage ist die Suche nach alternativen Energiequellen. „Grüner Wasserstoff ist das Erdöl von morgen“ steht auf der Webseite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Und weiter: „Der flexible Energieträger ist unverzichtbar für die Energiewende und eröffnet uns neue Märkte. Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie machen wir Deutschland zu einem globalen Vorreiter.“

Doch im Gegensatz zur Vermutung des Ministeriums ist der „grüne“ (durch Elektrolyse mittels Strom aus Wind und Sonne gewonnene) Wasserstoff keineswegs eine Energiequelle wie Erdöl. Der energetische Aufwand für seine Herstellung übertrifft bei weitem die mit ihm erzielbare Nutzenergie. Damit stellt ein solcher Wasserstoff nur ein Speichermedium für Energie mit einem niedrigen Wirkungsgrad dar. Dass dieser Wirkungsgrad aus unüberwindlichen physikalischen Gründen sehr schlecht ist, macht seine Verwendung zu einem extrem teuren Unterfangen, wie am Beispiel seines – ernsthaft vorgesehenen – Einsatzes zur Stahlherstellung gezeigt werden kann.

Bei der konventionellen Stahlproduktion mit Koks im Hochofen werden pro Tonne Stahl 1.600 Kilogramm CO₂ freigesetzt, womit der Industriezweig zur Riege der schlimmsten „Klimasünder“ gehört. Um die kriselnde Stahlindustrie von diesem Stigma zu befreien, soll sie in Zukunft anstelle von Koks grünen Wasserstoff verwenden. Die Deutsche Energie-Agentur DENA, die als Institution des Bundes die Energiewende auszugestalten hat und deshalb jeglicher Schwarzfärberei unverdächtig ist, veröffentlichte eine „Schätzung“ der Mehrkosten, die demnach um etwa 55 Prozent über der Koksstechnologie liegen. Legt man die Produktion des Jahres 2019 von 40 Millionen Tonnen zugrunde, sind dies 12,4 Milliarden Euro pro Jahr mehr. Bereits damit wäre deutscher Stahl auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die Kosten trägt der Steuerzahler

Doch der von DENA nicht näher begründeten „Schätzung“ kann man eine einfache, mit Abiturkenntnissen in Chemie nachvollziehbare Überschlagsrechnung entgegenstellen, nach welcher der Ersatz des Energieträgers Koks durch grünen Wasserstoff einen Kostenanstieg von mindestens 590 Euro pro Tonne Stahl verursacht. Für die deutsche Stahlindustrie wären dies dann sogar jährliche Mehrkosten von 23,6 Milliarden Euro. Das Vorhaben der Produktion von Stahl mittels grünem Wasserstoff bedeutet damit einen beispiellosen Wohlstandsverzichts.

In der Verlautbarung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie „Für eine starke Stahlindustrie in Deutschland und Europa!“ vom Juli 2020 findet sich die Absicht, mittels „Carbon Contracts for Difference“ die Mehrkosten der CO₂-freien Stahlproduktion dem Steuerzahler aufzubürden. Dieser wird sich nicht wehren, denn er weiß nicht, was auf ihn zukommt. Es wäre die Pflicht von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, der Regierung in den Arm zu fallen und die Gesellschaft dringend vor dem politisch gewollten Abenteuer des grünen Wasserstoffs mit katastrophalem Ausgang zu warnen. Doch solche Stimmen sind öffentlich nicht vernehmbar, und die Medien üben sich in pflichtschuldiger Begeisterung für das grüne Vorhaben.

So feiert fast ein halbes Jahrhundert nach dem Tode seines Schöpfers der Lyssenkoismus in Deutschland fröhliche Auferstehung.

Beide Zielstellungen muten geradezu sakrosankt an: Die Bewahrung der Menschheit vor einer drohenden Klimakatastrophe erscheint genauso alternativlos und erstrebenswert wie die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Ziele können nicht geduldet werden

● MELDUNGEN

Krösus
Gregor Gysi

Berlin – Nach Recherchen des Portals „Abgeordnetenwatch“ und des Hamburger Magazins „Der Spiegel“ haben in der seit 2017 laufenden Legislaturperiode lediglich sechs der insgesamt 28 Berliner Bundestagsabgeordneten zusätzlich zu ihrer Abgeordnetendiät in Höhe von monatlich 10.083 Euro Nebeneinkünfte erzielt. Mit einem Gesamtverdienst von bislang 470.000 Euro in dieser Legislatur durch Vorträge, Buchhonorare und Rechtsanwaltschaft ist Gregor Gysi unter den Berliner Bundestagsmitgliedern ein Spitzenverdiener. Seit der Bundestagswahl 2017 haben die Abgeordneten des Bundestages Nebeneinkünfte in Höhe von 25,1 Millionen an den Bundestagspräsidenten gemeldet. N.H.

Absteiger
Saarland

Berlin – Erstmals seit der deutschen Vereinigung war im Jahre 2018 in einem östlichen Bundesland das durchschnittliche verfügbare Jahreseinkommen pro Einwohner höher als in einem westlichen. Bei einem bundesweiten Vergleich haben sowohl Brandenburg mit 20.475 Euro als auch Sachsen mit 20.355 Euro das Saarland mit nur 20.277 Euro überholt. Brandenburg kam dabei die Nähe zu Berlin zugute. Im Fall von Sachsen nennt Carsten Brzeski, der Chefökonom für die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich der Direktbank ING-DiBa, „Wissenschaft, High-tech und Automobil“ als Wachstumstreiber. Das westdeutsche Schlusslicht beim verfügbaren Einkommen leidet laut dem ING-DiBa-Volkswirt unter industriellen Altlasten, sodass die saarländische Wirtschaft weniger Dynamik habe. Vergangenes Jahr hatte ein Langzeitvergleich bereits zutage gefördert, dass der Pro-Kopf-Einkommenszuwachs im Saarland zwischen 2008 und 2018 nur bei 17 Prozent lag. Der bundesweite Schnitt lag bei 23 Prozent. N.H.

„Glockenspiel
einschmelzen“

Potsdam – Bereits seit vergangenem Jahr darf der Nachguss des Glockenspiels der Potsdamer Garnisonkirche nicht mehr erklingen, weil einige Inschriften als zu revisionistisch und rechtslastig empfunden werden. Im Potsdamer Stadtparlament haben die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei nun den Antrag gestellt, das „Glockenspiel einschmelzen zu lassen und die Bronze zu verkaufen“. Der Erlös soll laut dem Antrag für den Kulturhaushalt der Stadt verwendet werden. Die Vizefraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen Saskia Hüneke begründete den Vorstoß mit den Glockeninschriften: „Hier verknüpfen sie in ihrer Gesamtheit auf inakzeptable Weise christliches Gedankengut, preußische Geschichte und den Geschichtsrevisionismus aus reaktionären Kreisen der alten Bundesrepublik.“ Das Glockenspiel war Anfang der 90er Jahre von der „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ unter dem ehemaligen Oberstleutnant Max Klaar gestiftet worden. N.H.



Der FDP-Chef (M.) mit seinen Kandidaten für die Posten des Generalsekretärs (l.) und des Schatzmeisters: Christian Lindner (M.), Volker Wissing (l.) und Harald Christ (r.)

FDP

Befreiungsschlag mit neuem General

Warum Parteichef Christian Lindner Linda Teuteberg durch Volker Wissing ersetzt

VON PETER ENTINGER

Die FDP kommt aus ihrem Umfragetief nicht heraus. Parteichef Christian Lindner hat eine Schuldige ausgemacht: Generalsekretärin Linda Teuteberg.

Als die SPD in der vergangenen Woche Finanzminister Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten ausrief, da gratulierte die FDP-Generalsekretärin via Twitter ganz artig. Sie freute sich auf „einen fairen Wettbewerb“ mit dem „lieben Olaf Scholz“, schrieb Teuteberg. In ihrer Partei hielt sich die Begeisterung ob so viel Höflichkeit in engen Grenzen. „Zu nett, zu wenig aggressiv, zu wenig Attacke“, hieß es.

Wenige Tage später war sie ihren Posten los. Zuvor hatte Lindner ihre Demontage öffentlich zelebriert. Ein Treffen mit den Vertretern der sechs größten Landesverbände in Berlin landete prompt in der „Bild“-Zeitung. Als Lindner dann am vergangenen Montag vor die Hauptstadtpresse trat, war Teuteberg schon nicht mehr dabei. Ihr Nachfolger soll im September der stellvertretende Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Volker Wissing, werden. Teuteberg bleibe ein „wichtiger Bestandteil eines starken Teams“,

sagte Lindner. Es war quasi ein Abschiedsgeschenk.

Dabei galt die Brandenburgerin vor ihrer Wahl als Allzweckwaffe. Jung, weiblich, dazu noch aus dem Osten der Republik und als Innenpolitikerin durchaus profiliert. Zudem war sie als Bundestagsabgeordnete in Berlin präsent, ideal also, um dem Parteivorsitzenden Christian Lindner den Rücken freizuhalten. Der schlug sie vor gut einem Jahr als Generalsekretärin vor und verschaffte ihr mit 93 Prozent Zustimmung ein hervorragendes Ergebnis.

Kritik an Lindners Vorgehen

Doch Politik ist ein schnelllebiges Geschäft. Erst kam Thüringen, dann kam Corona. „Ein Generalsekretär muss dem Vorsitzenden den Rücken freihalten und sich nicht hinter seinem Rücken verstecken“, hieß es aus der Partei. Geschickt wurden Gerüchte an Medien durchgesteckt. Teuteberg, die zuvor angekündigt hatte, um ihr Amt kämpfen zu wollen, resignierte schließlich. Sie wolle der Erneuerung der Partei nicht im Wege stehen, erklärte sie knapp. Lindners Erklärungen müssen ihr wie eine Ohrfeige vorgekommen sein. Er brauche in der jetzigen Zeit

mehr Unterstützung, teilte er mit. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Teuteberg dies eben nicht getan habe.

Nicht bei allen in der Partei kommt dies gut an. Die Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, Ria Schröder, übte in einem Interview deutliche Kritik an Lindner. Die Zeit der „One-Man-Show“ müsse vorbei sein. „Wir sind nicht mehr in der Opposition, sondern verfügen über eine Bundestagstraktion mit 80 Abgeordneten.“ Innerhalb der Bundestagsfraktion ist Teuteberg beliebt, unverhohlen wird sie als Bauernopfer für miese Umfragergebnisse bezeichnet. Der Rheinland-Pfälzer Volker Wissing gilt zwar als gut vernetzt, hat aber keine Hausmacht in Berlin.

„Zu nett, zu wenig aggressiv, zu wenig Attacke“, hieß es über die Generalsekretärin in ihrer eigenen Partei

Neben Wissing als neuem Generalsekretär präsentierte Lindner den Unternehmer Harald Christ als neuen Schatzmeister für den amtsüden Hermann Otto Solms. Der 48-Jährige war erst im März aus der SPD ausgetreten. Seine Blitzkarriere könnte für neuen Ärger sorgen.

Spannend wird es aber erst im kommenden Frühjahr werden. Dann stehen nämlich reguläre Neuwahlen an. Und es gibt nicht wenige in der Partei, die Lindner bei der Wiederwahl ein schwaches Ergebnis prophezeien. Zwar beeilt sich Parteisekretär Wolfgang Kubicki zu versichern, dass es „zu Lindner keine Alternative“ gebe. Doch die Stimmung in der Partei ist schlecht. Noch immer werfen viele ihrem Chef vor, dass er 2017 nach einem starken Wahlergebnis die Jamaika-Verhandlungen platzen ließ. In der Causa Kemmerich machte er eine unglückliche Figur. Zuerst gratulierte er seinem Parteifreund und dann ging er auf Distanz zu ihm und ließ ihn im Regen stehen. Noch mehr Zickzack war kaum möglich. Dass der thüringische Haudeggen im Frühjahr abermals als Spitzenkandidat im Freistaat antreten will, gilt als Affront gegen Lindner. Ob der neue General dieses Problem lösen kann? Schafft er es nicht, dann hat Lindner ein echtes.

BILDUNG

Immer mehr Kinder auf Privatschulen

Insbesondere in den neuen Bundesländern hat die Zahl der privaten Lehranstalten stark zugenommen

Eine Million Kinder und Jugendliche lernen inzwischen auf Privatschulen. Mancherorts schließen öffentliche Schulen, und neue private öffnen. Droht im Bildungssystem eine zunehmende Ungleichheit?

Man müsse angesichts dieser Zahlen nicht „überdramatisieren“, sagte Bildungsforscherin Nele McElvany von der Universität Dortmund gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. „Aber den wachsenden Zulauf“ müsse man „doch kritisch im Auge behalten. Die Frage ist: Bis zu welchem Grad wollen wir das – mitsamt der starken sozialen Selektivität“. Vor allem Akademiker schicken ih-

ren Nachwuchs immer häufiger auf Privatschulen. Zu Privatschulen gehören etwa Waldorf- und Montessorischulen oder Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft. Sie müssen staatlich genehmigt werden.

Sorge vor zunehmender Ungleichheit

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg die Zahl der Privatschulen seit 1992 um 80 Prozent. Im Schnitt zahlen Eltern 2000 Euro jährlich für einen Platz. Je höher das Einkommen der Eltern, desto mehr wird für die Privatschule ausgegeben. Dabei fällt auf, dass der Osten rasant aufgeholt hat. Während es in der

DDR keine privaten Einrichtungen gab, gibt es in den neuen Bundesländern mittlerweile mehr Privatschulen als im Westen. Bedingt durch Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung haben sich Kreise und Kommunen für eine Zusammenlegung von Schulen entschlossen. Kinder müssen teilweise einen erheblich längeren Schulweg in Kauf nehmen. In diese Lücke sind die Privaten gestoßen.

Grundschulen und Gymnasien stellen zahlenmäßig den Großteil der Privatschulen, gefolgt von Gesamtschulen und Waldorfschulen. „Wir sehen ein kontinuierliches Wachstum und eine steigende Beliebtheit“, erklärt Beate Bahr, Sprech-

erin des Verbands Deutscher Privatschulverbände. Sie wehrt sich gegen Vorwürfe, ihre Einrichtungen seien ein Aufnahmelaager für Kinder von Besserverdienenden.

Nach dem Grundgesetz dürfen Privatschulen Schulgeld verlangen, Schüler aber grundsätzlich nicht nach den „Besitzverhältnissen“ der Eltern diskriminieren, heißt es in Artikel 7. Bahr berichtet von Stipendien und davon, dass die Gebühren nach den Einkommensverhältnissen der Eltern gestaffelt seien. Doch sie gibt zu: „Es ist schon so, dass die Klientel eher aus bildungsinteressierteren Schichten kommt.“ P.E.

BERLINER KOALITION

Der rot-grüne „Rechtsstaat“

Politiker verteidigen linksradikalen Rechtsbruch und dämonisieren friedlichen bürgerlichen Protest

VON NORMAN HANERT

Einige Politiker von Linkspartei und Grünen zeigen ein sehr selektives Verständnis vom Rechtsstaat. Wenn „gefährliche Spinner und Faschos“ demonstrieren, soll die Polizei nicht zögern einzugreifen. Gegenüber der linksradikalen Szene ist wiederum Zurückhaltung gefordert.

Bundesweit dürfte ein Gerichtsvollzieher, der nur unter dem Schutz von Polizeihundertschaften aktiv werden kann, Seltenheitswert besitzen. In Berlin-Neukölln war am 7. August gleich ein Großaufgebot von rund 700 Polizisten nötig, um die Räumung der linken Kneipe „Syndikat“ umzusetzen. Das „Syndikat“ besaß schon seit längerem keinen Mietvertrag mehr, die Betreiber weigerten sich jedoch auszuziehen.

Bereits im vergangenen November hatte das Berliner Landgericht einer Räumungsklage der Eigentümer stattgegeben. Trotz der eindeutigen Rechtslage lieferten sich Hunderte von Sympathisanten des „Syndikats“ Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sich über mehrere Tage hinzogen. Tiefpunkt war ein Flaschenwurf, der einen Polizeibeamten so schwer im Gesicht verletzte, dass er notoperiert werden musste.

Offene Sympathie für Besetzer

Insgesamt wurden bei den Protesten und Krawallen rund um die „Syndikat“-Räumung 34 Polizeibeamte verletzt. Bemerkenswert fiel die Bewertung der Vorgänge durch Niklas Schrader, den innenpolitischen Sprecher der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus, aus. Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ bekannte der Linke, er habe selbst an der Demonstration teilgenommen, „nicht als Parlamentarier, sondern als Sympathisant und Anwohner“. Ungeachtet des vorliegenden Räumungstitels für die Kneipe durch das Landgericht bezeichnete der Innenpolitiker die Proteste als „legitim“ und als „zivilen Ungehorsam“. Das Vorgehen der Polizei bewertet Schrader wiederum als „sehr martialisch“.

Im scharfen Kontrast dazu steht, wie der Linkspolitiker das Polizeivorgehen bei der großen Corona-Demonstration einschätzt, die Anfang August in Berlin



Grüne Sympathie für linke Gesetzesbrecher: Räumung der Kneipe „Syndikat“ am 7. August Foto: imago images/Emmanuele Contini

stattgefunden hatte. Hier befand Schrader, die Entscheidung, die Demonstration zu beenden, sei richtig gewesen. Ein Problem sah er offenbar nur darin, dass die Polizei dabei zu zögerlich vorgegangen sei. Bei Demos der linken Szene würde hingegen „meist frühzeitig“ eingegriffen, monierte Schrader in der „taz“.

Der rote Innenpolitiker befindet sich mit seiner Sichtweise offenbar auf einer Wellenlänge mit einigen Grünen: Georg Kössler, Sprecher der Berliner Grünen-Fraktion für „Klima- und Umweltschutz, Eine-Welt-Politik und Clubkultur“, gab über Twitter anlässlich der Corona-Demo kund, es werde „zu lasch gegen gefährliche Spinner und Faschos“ vorgegangen und „viel zu hart gegen eine linke Demo“.

Der Grünen-Innenpolitiker Benedikt Lux wies wiederum auf Berlins liberales Demonstrationsrecht hin, schränkte dann aber gleich ein: Die Anmelder der Corona-Demo und auch die Demo-Klientel hätten

sich „als unzuverlässig erwiesen“. Aufgrund dieser Wertung regte er an, etwa bei einer erneuten Demo zu prüfen, ob man nicht einzelne Teilnehmer ausschließt.

„Erschütterung der Justiz“

Bislang haben solche Aussagen zum Demonstrationsrecht keinen Aufschrei in der Öffentlichkeit ausgelöst. Ungewöhnlich deutliche Kritik ging an die Adresse von Berlins Generalstaatsanwältin Margarete Koppers und Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne). Koppers hatte Anfang August bekannt gegeben, die Ermittlungen zu einer mutmaßlich rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln an sich zu ziehen. Anlass für die Übernahme und die Versetzung zweier erfahrener Ermittler bot der Verdacht der Befangenheit. Wie aus einem Abhörprotokoll hervorgeht, soll ein Zeuge nach einer Vernehmung die Vermutung

geäußert haben, einer der beiden Ermittler sei AfD-nah, er habe nichts zu befürchten.

Die Vereinigung der Berliner Staatsanwälte sprach angesichts des Vorgehens von Koppers von „Erschütterungen der Berliner Justiz“ und „verheerenden Auswirkungen“ für die Beamten. Demnach stützt sich der Befangenheitsverdacht gegen den Oberstaatsanwalt bislang nur darauf, dass „einer der beiden Beschuldigten für sich diese Einschätzung gewonnen haben will“.

Die Staatsanwälte-Vereinigung sieht durch das bisherige Vorgehen der Generalstaatsanwältin im Neuköllner Fall auch eine Gefahr für künftige Ermittlungen: Beschuldigte könnten es nämlich in die Hand bekommen, über entsprechende Äußerungen gezielt einen Befangenheitsverdacht in die Welt zu setzen, um damit dienstliche Konsequenzen für die Staatsanwälte zu provozieren.

KOLUMNE

Das Berlin-Paradox

VON VERA LENGSELD

In Deutschland gibt es seit Jahren eine merkwürdige Dynamik in der Politik. Wenn ein Politiker in seinem Ämtern besonders krass versagt hat, wird er in ein höheres Amt gehievt. Das bekannteste Beispiel dafür ist Ursula von der Leyen, unter deren Führung die Bundeswehr ruiniert wurde und die jetzt die höchste Position in der EU bekleidet.

Da scheint sich Berlins Regierenden der Bürgermeister Müller gesagt zu haben, was für CDU-Politiker gilt, sollte auch für die Genossen der SPD klappen. Sein Gesellenstück hat er abgeliefert. Unter seiner Regentschaft ist Berlin zunehmend in Richtung Dritte-Welt-Metropole abgedriftet. Die „Partyszene“ beherrscht den öffentlichen Raum, im Sommer vor allem Schwimmbäder und Badeseen. In gewissen Vierteln sollten sich jüdische Mitbürger besser nicht mehr sehen lassen, der Müll auf den Straßen ist zum Symbol der Wohlstandsverwahrlosung geworden. Immer weniger Sozialwohnungen werden gebaut, und der geplante Mietendeckel verschärft die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt.

Müller war, bevor er Regierender wurde, von 2011 bis 2014 erfolgloser Bausenator. Er unternahm nichts gegen das totale Chaos am Großflughafen BER, der vor neun Jahren in Betrieb gehen sollte und statt etwas mehr als zwei Milliarden Euro inzwischen mehr als sieben Milliarden kostet. Nun soll er im Oktober kommen, der Pannens Flughafen, aber wird er die Eröffnung überleben, oder gleich wieder wegen bereits bekannter Mängel geschlossen werden?

Als Regierungschef ließ sich Müller von einer linksradikalen Initiative unter Druck setzen, die Hausbesitzer mit mehr als 3000 Wohnungen enteignen will. Weil diese Initiative von seinen Koalitionspartnern, den Linken und Grünen, unterstützt wird, präsentierte Müller, statt diesen Rückfall in den Sozialismus zu bekämpfen, den „Mietendeckel“. Die Mieten werden zukünftig von der Politik diktiert. Einspruch nicht möglich. Im von den Linken regierten Pankow wurde den Eigentümern sogar verboten, gegen den Mietendeckel zu klagen. Das will Müller als Bauminister für ganz Deutschland durchsetzen!

MELDUNG

Chebli tritt gegen Müller an

Sawsan Chebli will in den Deutschen Bundestag, sie will im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf kandidieren, der SPD-Ortsverband Ku'damm hat sie dafür einstimmig nominiert. Aber Ku'damm ist nur eine von 14 SPD-Untergliederungen im Wahlkreis. Der örtliche SPD-Kreisvorsitzende Christian Gaebler hat erklärt, dass er die Kandidatur des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller unterstütze. Somit dürfte es zu einer Kampfkandidatur zwischen Chebli und Müller kommen. Da die SPD indes kaum noch auf Direktmandate hoffen kann, wird ein sicherer Platz auf der Landesliste letztlich über den Einzug in den Bundestag entscheiden. F.B.

● MELDUNGEN

Per Tunnel nach Sizilien

Rom – Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte hat das Projekt eines Tunnels vorgestellt, der das italienische Festland mit Sizilien verbinden soll. Mit diesem will der Conte das chronische Problem mangelnder Verkehrsinfrastrukturen in Süditalien beheben. Der Tunnel soll als Alternative zu einer Brücke über die Meerenge von Messina dienen, für die in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Pläne entworfen worden waren, die jedoch bisher nie realisiert wurden. Erst vor wenigen Jahren wurde ein Vorhaben verworfen, bei dem über die Meerenge für 8,5 Milliarden Euro eine mehr als drei Kilometer lange Straßen- und Bahnbrücke entstehen sollte. Das nun vorgestellte Tunnelprojekt nach Sizilien und auch neue Bahn-Hochgeschwindigkeitsstrecken in Kalabrien und Sizilien will die Regierung in Rom mit Milliarden finanzieren, die Italien aus dem sogenannten EU-Wiederaufbaufonds erhält. N.H.

Große Dürre auf der Krim

Simferopol – Die Krim zählt zu den Regionen mit den geringsten Wasserreserven Europas. In diesem Jahr sind die Wasserreserven so gering wie zuletzt vor 25 Jahren. Grund dafür ist neben zwei Jahren in Folge mit extremer Trockenheit die Tatsache, dass die Ukraine seit 2014 die Wasserversorgung der Halbinsel über den Nord-Krim-Kanal wegen des Konflikts mit Russland gekappt hat. Zwar wurde angedacht, eine Wasserleitung aus der südrussischen Region Kuban oder aus Rostow zu bauen, doch ist dieses Projekt teuer und zudem leiden die beiden Regionen selbst unter Wasserknappheit. Auch der Bau einer Meerwasserentsalzungsanlage erscheint aufgrund der hohen Kosten aussichtslos. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij lehnt Verhandlungen mit Russland über die Wiederaufnahme von Wasserlieferungen auf die Krim ab. Beobachter befürchten, dass es zu einem militärischen Konflikt mit Russland kommen könnte, dessen Truppen sich im Rahmen des groß angelegten Manövers „Kaukasus 2020“ im Süden Russlands aufhalten. MRK

Hundeverbot in Nordkorea

Pjöngjang – Der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un hat die Haltung von Hunden als Haustiere verboten. Er bezeichnete die Haustiere als „Symbol kapitalistischer Tendenz“. Kim Jong-un wies die Behörden an, privat gehaltene Hunde aufzuspüren und zu beschlagnahmen. Anschließend sollen sie in Zoos und Restaurants gebracht werden. In einem UN-Bericht ist von einer Unterversorgung des kommunistischen Landes mit Nahrungsmitteln die Rede, von der die 25,5 Millionen Einwohner des Landes betroffen seien. Miswirtschaft und Naturkatastrophen durch Dammbüche oder Überschwemmungen vernichten regelmäßig landwirtschaftliche Flächen. Kim Jong-uns Hundeverbot könnte der Versuch sein, Hundefleisch, das als Nahrungsmittel in den letzten Jahren aus der Mode gekommen ist, bei der Bevölkerung wieder in Erinnerung zu rufen, um den Engpass zu decken. MRK

CHINA

„Der Damm ist leicht deformiert“

Wenn die Drei-Schluchten-Talsperre bricht, kann das 15 Millionen Menschen das Leben kosten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die unweit von Sandouping in der zentralchinesischen Provinz Hubei im Mai 2006 fertiggestellte Drei-Schluchten-Talsperre gehört zu den größten Bauwerken der Welt. Ihre Staumauer ist 181 Meter hoch sowie über zwei Kilometer lang und besteht aus 26,7 Millionen Kubikmetern Beton. Die Nennleistung der 34 installierten Turbinen liegt bei 22,5 Gigawatt – kein anderes Kraftwerk rund um den Globus vermag mehr Strom zu produzieren. Trotzdem stieß das Aufstauen des Flusses Jangtsekiang zu einem Gewässer von der doppelten Größe des Bodensees auf vielfältigen Widerstand. Der fand sich sogar im Nationalen Volkskongress Chinas, der 1992 nicht wie sonst stets üblich einstimmig für das Vorhaben votierte.

Risse durch Pfusch am Bau

So wurde die geplante Überflutung von fast 24.000 Hektar fruchtbaren Ackerlandes, 13 Städten, 1350 Dörfern und 657 Fabriken sowie die dadurch notwendige Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen bemängelt. Darüber hinaus

gab es erhebliche Sicherheitsbedenken. Schließlich zählt der Jangtsekiang zu den mächtigsten und unberechenbarsten Strömen Asiens. Außerdem liegen die Schluchten von Qutang, Wu und Xiling in einer erdbebengefährdeten Region. Selbst das Militär intervenierte und warnte, dass die Staumauer Ziel von Terroranschlägen oder feindlichen Angriffen werden könne. Daraufhin bot die Führung in Peking Flugabwehrraketen, Hubschrauberstaffeln, Patrouillenboote und 4600 Soldaten der Volksbefreiungsarmee zum Schutz der Talsperre auf.

Dabei scheint die größte Gefahr derzeit aber eher von den über einhundert Rissen im Beton des Wasserbauwerkes auszugehen. Diese sind bis zu 30 Meter lang und drei Meter tief und resultieren aus der Verwendung von minderwertigem Material durch betrügerische Baufirmen. Immerhin wird die Mauersohle mit 140 Tonnen pro Quadratmeter belastet, wenn sich fast 40 Milliarden Kubikmeter Jangtsekiang-Wasser in dem Stausee befinden. Und genau das ist momentan der Fall.

Der Monsunregen fiel dieses Jahr überaus reichlich aus und ließ zahllose

Flüsse in den chinesischen Provinzen Hubei, Hebei und Henan anschwellen, was zu den schlimmsten Überschwemmungen seit 49 Jahren führte. Dazu kam die parallele Schneeschmelze im Hochland von Tibet, wo der 6380 Kilometer lange Jangtsekiang entspringt, der von etwa 700 Nebenflüssen mit einem Einzugsgebiet von fast zwei Millionen Quadratkilometern gespeist wird. Deswegen strömten teilweise bis zu 40.000 Kubikmeter Wasser pro Sekunde in den Stausee oberhalb der Drei-Schluchten-Talsperre.

Daraufhin ließ die Betreibergesellschaft China Three Gorges Corporation (CTG) am 29. Juni drei große Überlaufschleusen in der Staumauer öffnen, um diese zu entlasten. Trotz dieser Maßnahme stieg der Pegel bis zum 19. Juli auf das bisher noch nie erreichte Rekordniveau von 164 Metern – 15 Meter über dem Alarmwert. Damit fehlen zwar immer noch 16 Meter bis zum theoretisch möglichen maximalen Füllstand, aber das ist kein Anlass zur Entwarnung.

Denn der Pfusch am Bau und die daraus resultierenden Risse schwächen die Staumauer offenbar schon jetzt. Sicht-

barster Ausdruck dessen sind Verformungen des Bauwerkes. Deren Existenz musste mittlerweile sogar die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua eingestehen. Allerdings fügte sie hinzu, dass sie sich allesamt noch im Normbereich bewegten, der bis zu 26,7 Millimeter betrage. Danach folgte das beruhigend gemeinte Fazit: „Der Damm ist leicht deformiert, aber sicher.“

Überaus starker Monsunregen

Sollte Letzteres sich als falsch erweisen, dann drohte China eine Katastrophe epochalen Ausmaßes. Brüche der Staumauer, würden sich die Wassermassen über weite Teile der Provinz Hubei ergießen und die 38 Kilometer flussabwärts liegende Gezhouba-Talsperre zerstören, um anschließend innerhalb nur eines Tages die am Jangtsekiang gelegenen Großstädte Yichang, Wuhan, Jiujiang, Wuhu und Nanjing zu überfluten. Das könnte an die 15 Millionen Menschen das Leben kosten. Außerdem käme es zu Schäden an Produktionsanlagen, die ein deutlich größeres weltweites wirtschaftliches Beben zur Folge hätten als die Corona-Pandemie, die ebenfalls von Hubei ausging.



Das Wasserkraftwerk ist das größte der Erde: Chinas Drei-Schluchten-Talsperre

Foto: Imago images/Xinhua

LIBANON

Programmierte Katastrophe

Die Riesenexplosion in Beirut hat den schon am Boden liegenden Staat in den Abgrund katapultiert.

150 Tote, Tausende Verletzte und 300.000 Obdachlose sind die vorläufige Bilanz der Riesendetonation von Beirut, die einen großen Teil der Hauptstadt des Libanon zerstört hat. Dass es bislang keine Hinweise auf einen Anschlag oder einen politischen Hintergrund gibt, ist das eigentlich Erstaunliche an dieser Katastrophe, die eine der explosivsten Regionen der Welt heimgesucht hat, in der Explosionen nichts Ungewöhnliches sind. Die Ursache der Explosion waren fast 3000 Tonnen Ammoniumnitrat, die in einem Lagerhaus am Hafen untergebracht waren. Der Stoff, der zur Herstellung von Sprengstoff und Düngemitteln dient, war

dort seit sechs Jahren ohne Vorsichtsmaßnahmen gelagert worden.

Auf die Verantwortlichkeit für die Lagerung dieses Sprengstoffs konzentriert sich jetzt im Lande – zusätzlich zu den weltweiten Hilfsmaßnahmen – die öffentliche Diskussion. Oft gehen die Hilfs- und Aufräumtrupps nach ihrem Einsatz direkt auf die teilweise zerstörten Straßen und demonstrieren noch mit ihren Aufräumgeräten gegen die Regierung, gegen die sie schon seit fast einem Jahr auf die Straße gehen. Die Riesenexplosion und deren Aufarbeitung haben das ohnehin schon vorhandene Misstrauen gegen die Regierung mit Recht noch gesteigert, wurde als

Ergebnis der ersten Untersuchungen doch ein Dutzend einfacher Hafendarbeiter verhaftet, die keinerlei Kompetenz hatten, während von den Hintermännern in den Ministerien und den Milizen, die den Libanon kontrollieren, bislang noch niemand ins Visier genommen wurde. Dabei wissen alle, dass diese den Libanon zur Geisel genommen haben und ihn zugrunde richten.

Als der französische Präsident Emmanuel Macron zu Besuch in die zerstörte Stadt eilte, forderten ihn die Einheimischen auf, sie vor den korrupten Politikern zu retten. Es war so, als wünschten sich die Menschen die Kolonialzeit zurück, als

französische Truppen mehr als 20 Jahre lang das Mandat über den Libanon hatten.

Anstatt Kolonialtruppen werden nun Hilfsmaßnahmen aus aller Welt in den Libanon gekarrt und auch Riesensummen zum Wiederaufbau. Gerade dies könnte das Manna der korrupten Eliten sein, denn ohne die Detonation hätte dem Libanon, der auch als Finanzplatz bankrott ist, niemand mehr geholfen. Selbst die eigenen libanesischen Auswanderer in aller Welt, die über Jahrzehnte das Land über Wasser gehalten haben, waren die letzten Jahre skeptisch geworden, ob es sich noch lohnt, in dem durch und durch korrupten Land weiter zu investieren. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Viele Statistiken liefern bislang nur ein Zerrbild der dramatischen Lage in vielen Wirtschaftsbranchen. Wie extrem die ökonomischen Folgen der Corona-Krise wirklich sind, wird vielen Bürgern vermutlich erst im Wahljahr 2021 voll bewusst werden.

Wie wenig aussagekräftig viele derzeitige Wirtschaftsstatistiken sind, zeigt das Beispiel Italien. Erst wenige Wochen ist es her, dass Ministerpräsident Giuseppe Conte unter Hinweis auf die Coronavirus-Pandemie Druck auf die EU-Partner machte, damit schuldenfinanziert Hunderte Milliarden Euro für einen „Wiederaufbaufonds“ mobilisiert werden. Im Kontrast dazu überraschte unlängst die Banca d'Italia mit Daten, wonach im Juni bei den italienischen Banken ausgerechnet der Berg an nicht mehr bedienten Krediten deutlich kleiner geworden ist. Laut den Daten soll das Volumen fauler Kredite binnen eines Monats von 71,2 auf 68,1 Milliarden Euro Ende Juni gesunken sein. Die unerwartet günstige Entwicklung wurde mittlerweile sogar schon als „italienisches Wunder“ bezeichnet.

Die Magie hinter dem scheinbaren Wunder besteht allerdings lediglich im Rückgriff auf eine Sonderregelung. Bereits im März hatte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) unter Leitung des Spaniers José Manuel Campa beschlossen, dass Banken Kredite, die wegen der Corona-Krise gestundet werden, zunächst einmal nicht als Kreditausfall deklarieren müssen. Die Bankenaufsicht verschafft mit der Regelung den europäischen Banken zwar für den Moment Erleichterung, mit dem Andauern der Regelung staut sich aber bei den Banken ein Berg von Schrottkrediten an, der irreführenderweise als werthaltig in den Büchern steht.

Verlängerung bis März 2021 geplant

Wirtschaftsdaten, die nicht zum pandemiebedingten Wirtschaftseinbruch passen wollen, halten derzeit nicht nur italienische Statistiker bereit. So ist in Deutschland trotz der Corona-Krise die Zahl von Insolvenzanträgen von Unternehmen in diesem Frühjahr deutlich rückläufig gewesen. Hinter dem Phänomen steckt ein „Insolvenzmoratorium“, das die Bundesregierung im März auf den Weg gebracht hat. Laut der Sonderregelung müssen Unternehmen, die Corona-bedingt in die Insolvenz rutschen, keinen Insolvenzantrag stellen, der normalerweise in solchen Fällen vorgeschrieben ist. Die Sonderregelung gilt zunächst bis September. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat inzwischen signalisiert, dass sie überschuldete Firmen noch länger von



Für die Union könnte es gefährlich werden, dass die SPD mit Olaf Scholz einen Kanzlerkandidaten hat und mit Christine Lambrecht den Bundesjustizminister stellt: Die beiden SPD-Politiker vor einer Fraktionssitzung im Bundestag

BUNDESTAGSWAHL

Der CDU/CSU droht gleich eine doppelte Gefahr

Die SPD könnte der Union sowohl mit einer Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht als auch mit einem Bruch der Koalition schaden

der Pflicht zum Insolvenzantrag befreien will. Zur „Bild“ sagte die SPD-Politikerin: „Um pandemiebedingt überschuldeten Unternehmen Zeit zu geben, sich durch das in vielen Branchen wieder anziehende Wirtschaftsgeschehen oder staatliche Hilfsangebote zu sanieren, werde ich vorschlagen, die Insolvenzantragspflicht für diese Unternehmen weiterhin bis Ende März 2021 auszusetzen.“ Unionspolitiker signalisierten inzwischen Bereitschaft, die Regelung zu verlängern, aber nur bis Ende dieses Jahres. Dafür sprechen aus Sicht der Union nicht nur ordnungspolitische, sondern auch wahlaktische Gründe.

Denn zerbricht die Große Koalition nicht vorzeitig und finden regulär im Herbst 2021 Bundestagswahlen statt, ist bei einer Verlängerung der Ausnahmeregelung bis März die Wahrscheinlichkeit groß, dass nur sechs Monate vor der Bun-

destagswahl eine Insolvenzwelle über das Land hereinbricht. Was auf Deutschland dabei zukommen könnte, macht eine Prognose der Auskunftei Creditreform deutlich. Der Wirtschaftsdienst schätzt die Zahl sogenannter Zombie-Unternehmen in Deutschland schon derzeit auf 550.000. Bei einer Verlängerung der Insolvenzantragspflicht bis März 2021 rechnet Creditreform hingegen mit bis zu 800.000 insolvenzreifen Firmen. Die Folgen einer derartigen Riesenwelle von Firmenpleiten samt steigenden Arbeitslosen und Kreditausfällen bei den Banken würden vermutlich vor allem dem Bundeswirtschaftsminister angelastet werden und den stellt die Union.

Insofern hat die SPD ein Interesse an einer Verlängerung der Insolvenzregelung, und da sie mit Lambrecht den Bundesjustizminister stellt, auch die entsprechenden Möglichkeiten, denn der

Justizminister ist federführend zuständig. Sie hat es maßgeblich in der Hand, eine Verlängerung bis Ende März voranzutreiben.

Möglich ist auch, dass die Sozialdemokraten die Insolvenzregelung oder ihre Forderung nach abermaliger Verlängerung des Kurzarbeitergeldes zum Anlass nehmen, die Koalition vorzeitig platzen zu lassen. Eine baldige Neuwahl würde die Unionsparteien auf dem falschen Fuß erwischen, denn der Machtkampf um den CDU-Parteivorsitz ist bislang ungeklärt. Über die Frage, wer als Kanzlerkandidat antritt, will die Union erst Anfang 2021 entscheiden. Im Kontrast dazu haben die Sozialdemokraten mit der erstaunlich frühen Nominierung von Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten und der Diskussion um Koalitionsmodelle faktisch bereits den Startschuss zum Bundestagswahlkampf gegeben.

ÖSTERREICH

Kurz verteidigt deutsche Interessen gegen Merkel

Der Bundeskanzler verhinderte bei der EU-Umverteilung wie bei der Masseneinwanderung Schlimmeres

In der inländischen Finanzpolitik verfolgte die deutsche Bundesregierung bislang eine sparsame Politik. Die schwarze Null war jahrzehntelang das Ziel bundesdeutscher Politik. Das hat sich indes unter Hinweis auf Corona geändert. Nicht so in Österreich. Bei der Schließung der Balkanroute, die infolge der Flutung der Bundesrepublik mit einer Million Immigranten zum Bankrott bundesdeutscher Politik zu führen drohte, übernahm Österreichs heutiger Bundeskanzler und damaliger Außenminister Sebastian Kurz die Initiative.

Milliarden für „Systemkaputte“

So auch beim Brüsseler Bazar. Als die EU mit dem größten Geldverteilungsprogramm ihrer Geschichte alle selbstaufer-

legten Regeln und Verträge vergangener Zeiten über Bord zu werfen drohte, war es Bundeskanzler Kurz (ÖVP), der sich im Ringen um einen möglichst sparsamen Umgang mit europäischem Steuergeld als Sachverwalter der Interessen auch der Bürger der Bundesrepublik verstand. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zwar in ihrem Amtseid geschworen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, aber in der Not fühlte sie sich den EU-Krisenländern näher als ihrem eigenen. „Es ist sicherlich nicht negativ für den deutschen Steuerzahler, wenn die Budgets, die in Richtung Süden Europas fließen, nicht ins Unendliche wachsen“, sagte Bundeskanzler Kurz

im „Morning Briefing“ des Journalisten Gabor Steingart.

Um 110 Milliarden Euro konnten Kurz und seine vier Amtskollegen von den sogenannten sparsamen Fünf die Geldzuwendungen der Nettozahler an die „Systemkaputten“, wie sie Kurz bezeichnete, kürzen. Für diese bleiben immerhin noch 390 Milliarden Euro Geldgeschenke übrig. Mit diesem Geld dürfen sie nun machen, was sie wollen. Das ist bei den meisten wohl, ihre eigenen kaputten Systeme am Leben zu erhalten. In Italien dürfte auch die Mafia ihre Hände aufhalten, wenn es darum geht, im Namen Angela Merkels einen Erfolg Matteo Salvinis und dessen Lega bei den nächsten Wahlen zu verhindern. Analog strukturkonservativ dürften im Os-

ten der EU die alten kommunistischen Seilschaften aus der Sowjetzeit das Geld nutzen.

Merkels Kehrtwende in der Finanzpolitik um 180 Grad hat in ihrer eigenen Partei nur ein sehr kleiner Teil verstanden, dagegen mutig aufgestanden ist fast niemand. Wie schon so oft in ihrer Kanzlerschaft, sah es Merkel noch nicht einmal für nötig an, die rätselhafte Kehrtwende ihrem Volk plausibel zu vermitteln. Vielleicht werden es die Bürger der Bundesrepublik Merks österreichischem Amtskollegen irgendwann zu danken wissen, dass er, wie bei der Immigrantenkrisen 2015/16, auch jetzt wieder in Brüssel gegen den Willen ihrer eigenen Kanzlerin Schlimmeres von ihnen abgewendet hat. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Erstmals über eine Billion

Frankfurt am Main – Erstmals in der Geschichte der Europäischen Währungsunion sind die Forderungen der Deutschen Bundesbank im Rahmen des grenzüberschreitenden Euro-Verrechnungssystems Target 2 auf mehr als eine Billion Euro gestiegen. Nach Daten der Bundesbank kletterten ihre Forderungen an andere Zentralbanken des Euro-Systems mit Stand zum 31. Juli binnen Monatsfrist um rund 24 Milliarden auf 1,019 Billionen Euro. Mit weitem Abstand war die deutsche Zentralbank damit erneut der größte Gläubiger des Verrechnungssystems. Größte Schuldner des Systems sind Italien und Spanien. Aus Sicht der Deutschen Bundesbank ist die jüngste Entwicklung bei den Target-2-Salden insbesondere auf die Aufstockung der Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank zurückzuführen. In der Praxis wird das EZB-Kaufprogramm von den jeweiligen nationalen Zentralbanken ausgeführt. Diese wickeln einen Teil der Anleihenkäufe über den Finanzstandort Frankfurt am Main ab.

N.H.

Einnahmen glatt halbiert

Madrid – Die spanische Tourismusbranche hat nach einem Wiederanstieg der Zahl der Corona-Infektionen und Reisewarnungen ihre ohnehin pessimistischen Prognosen noch einmal nach unten revidiert. Laut einem Bericht der Tageszeitung „El País“ drohen der Branche bis zum Jahresende der Verlust von bis zu 750.000 Arbeitsplätzen und eine Halbierung der normalerweise zu erwartenden Einnahmen. „El País“ beruft sich dabei auf Schätzungen des Reiseunternehmerverbandes Exceltur. Der Tourismusverband hatte bislang mit Einnahmeverlusten von 40 Milliarden Euro gerechnet. Inzwischen werden die drohenden Einbußen für das Gesamtjahr mit 83 Milliarden Euro beziffert. Angesichts der geänderten Prognose fordert der Reiseunternehmerverband 30 Milliarden Euro von dem Anteil, den Spanien aus dem sogenannten Wiederaufbaufonds der Europäischen Union erwarten kann. Für Spanien sind in dem Fonds insgesamt rund 140 Milliarden Euro vorgesehen.

N.H.

Euro laut EZB stark wie selten

Frankfurt am Main – Anfang dieses Monats war der Euro laut der Europäischen Zentralbank im Vergleich zu den Währungen von 19 Handelspartnern wie Australien oder der Schweiz so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Diese Entwicklung konterkariert das offizielle Ziel der Europäischen Zentralbank einer höheren Inflation in der Eurozone. Die relative Stärke des Euros gegenüber anderen Währungen macht importierte Waren für Verbraucher billiger und wirkt somit tendenziell inflationsdämpfend. Im Gegenzug verteuern sich Produkte aus der Eurozone auf dem Weltmarkt. Damit sinken wiederum die Chancen für Exporteure, insbesondere in den wirtschaftlich ohnehin angeschlagenen Euro-Ländern wie Italien, Spanien und Griechenland. *N.H.*

ZWISCHENRUF

Saskias Welt

ERIK LOMMATZSCH

Letzten Sonntag ließ die SPD-Co-Bundesvorsitzende Saskia Esken ihre Twitter-Gemeinde wissen: „Guten Morgen! Tee ist fertig ...“ „Darauf folgte eine Sonderzeichen- und Buchstabenspielerei, die mit etwas Mühe als Zug gedeutet werden konnte. Danach wurde es wieder deutlicher: „Habt ne feine Zeit! (nach Diktat verweist)“.

Wie ist die Botschaft der Nachfolgerin von August Bebel, Kurt Schumacher und Willy Brandt zu deuten? Handelt es sich um den Zug, der für die SPD abgefahren ist? Führt Esken da mit? Steuert sie als Führungskraft gar die Lok? Besonders spannend: Kehrt sie zurück? Die traurige Botschaft an diejenigen, die das Wirken der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Interessenvertretung eines erheblichen Teils der Bevölkerung nach wie vor für wichtig halten, lautet: Es steht zu befürchten.

Bescheidene politische Laufbahn

Saskia Esken wurde am Nikolaustag 2019 mit Norbert Walter-Borjans an die Spitze der SPD gewählt. Sie ist der medial wesentlich präsentere Teil des Führungsduos. Der politisch interessierte Beobachter versteht bis heute nicht, was die Sozialdemokraten zur Entscheidung für Frau Esken bewegt haben mag.

Bis zum Co-Chef-Sessel der deutschen Traditionspartei verlief die politische Karriere der ausgebildeten Informatikerin eher im sehr bescheidenen Rahmen. Vorsitz von Ortsverein und Kreisverband, 2013 und 2015 wählte man sie zur Beisitzerin im Vorstand der baden-württembergischen SPD. Bei der Abstimmung 2016 wurde entschieden, dass dieses Gremium ganz gut ohne sie zurechtkommt, 2018 ebenfalls. Seit 2013 verfügt Frau Esken über ein Bundesmandat. Ausschau haltend nach weiteren Anhaltspunkten, die Erfahrungen belegen, die sie für ihr derzeitiges Leitungsamt empfohlen haben könnten, stößt man auf ... nichts. Es sei denn, man führt ernsthaft den stellvertretenden Vorsitz des Landeselternbeirats Baden-Württemberg in den Jahren von 2012 bis 2014 ins Feld.

Eines jedenfalls kann man Frau Esken nicht vorwerfen – dass sie die Öffentlichkeit über ihr Denken im Unklaren lassen würde. Durch ihre Wortmeldungen lässt sie einerseits ein linksprovinzielles, nicht zwingend an Realitäten orientiertes Politikverständnis

erkennen, das wohl selbst dem einen oder anderen Juso peinlich ist. Andererseits steht sie für linke Forderungen hart an der Grenze zur Radikalität.

Frau Esken twittet schon mal, mit ihrem Alter kokettierend: „58 und Antifa. Selbstverständlich.“ Wiederholt positionierte sie sich mit Aussagen wie: „Es gibt in den Reihen der Polizei latenten Rassismus, gegen den mit Maßnahmen der inneren Führung vorgegangen werden muss.“ Die Polizei hat sie besonders im Auge. Bereits kurz nach Übernahme des Parteivorsitzes übte sie Kritik an deren Vorgehen gegen linksradikale Gewalttäter in der Silvesternacht in Leipzig. Das noch für die laufende Legislatur vorgesehene Bundespolizeigesetz, das eine Ausweitung von Befugnissen vorsieht, dürfte maßgeblich an ihrem Widerstand scheitern. Einer Berliner „Anti-Rassismus“-Demonstration, mit Angriffen auf die Polizei, spendete sie Twitter-Beifall. Dass hier die von ihr sonst für so wichtig gehaltenen „Corona-Schutzmaßnahmen“ nicht beachtet wurden, hatte sie offenbar übersehen. Ganz anders bei einer Demonstration gegen diese Maßnahmen einige Wochen später. Hier kritisierte Frau Esken auf dem ihr eigenen Niveau die „Covidioten“.

Zu Ausschreitungen bei „Partys“ in Stuttgart und Frankfurt meinte sie, es habe „in der deutschen Geschichte immer wieder Jugendkrawalle gegeben“. Der hohe Migrantenanteil bei den Randalierern entspreche „dem Anteil der jungen Bevölkerung in unseren Städten“. Das seien aber „Stuttgarter und Frankfurterinnen, deren Familien zum Teil schon in dritter Generation hier leben“. Daher sollten wir „nicht ihren Frust noch vergrößern, indem wir sie als Problemgruppe definieren nur wegen der Herkunft ihrer Familie“. Zur Behebung der Schäden bringt Frau Esken auch schon mal eine „Vermögensabgabe“ ins Spiel.

Juniorpartner der Grünen?

Angestrebt wird im Bund eine Links-kohalition, in die sich die SPD, geht es nach Frau Esken, auch als kleinerer Partner fügen würde. Viel Spielraum geben die derzeitigen Umfragewerte, zu denen das Agieren der Co-Vorsitzenden erheblich beitragen dürfte, ohnehin nicht her. Die Überlegung, ob es sinnvoll war, Olaf Scholz ungewöhnlich früh als „Kanzlerkandidat“ zu präsentieren, dürfte vor diesem Hintergrund höchstens von akademischem Interesse sein.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:**
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Historische Entscheidung: Am 5. Mai 2020 untersagte das Bundesverfassungsgericht deutschen Behörden die Mitwirkung an den EZB-Anleihekäufen und verpflichtete die Regierung, die Verhältnismäßigkeit der EZB-Geldpolitik nachzuweisen Foto: paz

GELDPOLITIK DER EZB

Was ist „verhältnismäßig“?

WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Ein alter Volksspruch lautet: Ein Stein zum Hausbau ist verhältnismäßig wenig, ein Stein in der Galle ist verhältnismäßig viel. Bewertungsmaßstäbe dafür, ob etwas zu groß oder zu klein, zu schnell oder zu langsam, zu gut oder zu böse ist, sind in der Politik von ideologischen Grundhaltungen abhängig. Sie können daher keinen Absolutheitsanspruch von richtig oder falsch für die Beurteilung einer politischen Maßnahme erheben. Daher war es auch ergebnisoffen, als das deutsche Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Frühjahr dem Begehren einer Klägergruppe entsprach und die Europäische Zentralbank (EZB) aufforderte, die Verhältnismäßigkeit ihrer unorthodoxen geldpolitischen Maßnahmen nachzuweisen.

Die EZB hatte seit 2016 mit ihrer Nullzinspolitik nicht nur unter Deutschlands Sparern, sondern unter den sparsam wirtschaftenden Nordeuropäern insgesamt für Furore gesorgt. Unter Führung ihres damaligen italienischen Präsidenten Mario Draghi hatte die europäische Währungsbehörde darüber hinaus ein inzwischen billionenschweres (!) Anleihekaufprogramm aufgelegt, um damit den hochverschuldeten südeuropäischen Ländern an den regulären Kapitalmärkten vorbei „unter die Arme zu greifen“.

In seinem Urteil vom 5. Mai 2020 ging es dem BVerfG nicht um den Verstoß der EZB gegen ihre eigenen Statuten, in diesem rigorosen Ausmaß nicht erlaubte Staatsfinanzierung zu betreiben. Es ging vielmehr um die Nebenfolgen dieser extremen Eingriffe in die europäischen Kapitalmärkte und um die störenden Auswirkungen auf die Einkommenskreisläufe der europäischen Volkswirtschaften. In juristischer Diktion sollten die von der EZB ergriffenen Maßnahmen von lang anhaltender Nullzinspolitik und immer wieder neu aufgelegten Kaufprogrammen auf ihre Verhältnismäßigkeit in Bezug auf die mit ihnen verbundenen Kollateralschäden überprüft werden.

Ein abgekartetes Spiel?

Für kurzzeitige Aufregung hatte es gesorgt, dass das BVerfG in seinem Urteil auch die mangelnde Kontrolle des EuGH in dieser Sache moniert hatte. Am Ende sah es ganz nach einem abgekarteten Spiel zwischen EZB, EU-Kommission und südeuropäischer Ländergruppe aus, als nach Ablauf der vom BVerfG gesetzten Prüffrist per 5. August 2020 verkündet

wurde, dass die Verhältnismäßigkeit der von der EZB ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen gegeben sei. Dabei hatte die Prüfung allein in der Zusammenstellung von Sitzungsprotokollen des Zentralbankpräsidiums bestanden, wobei jene Mitschriften, die dem Thema Verhältnismäßigkeit gewidmet waren, als geheim eingestuft wurden und damit der Öffentlichkeit vorenthalten blieben.

Es wirft kein gutes Licht auf die Leitmedien, insbesondere der Finanzpresse, diese Informationsverkürzung bei einer für die europäische Geldpolitik so zentralen Frage kritiklos hingenommen zu haben. Schließlich war die unter Mario Draghi eingeführte Geldpolitik der EZB

Es wirft kein gutes Licht auf die Leitmedien, diese Informationsverkürzung kritiklos hingenommen zu haben

nicht nur in den für sparsames Haushalten bekannten Nordstaaten der EU umstritten, weil diese gezielt den hochverschuldeten Südländern zugutekam, die eher im Ruf stehen, mit ihren üppigen Sozialsystemen über ihre Verhältnisse zu leben. Auch unter Finanzwissenschaftlern, ehemaligen Bundesbankern und Verfassungsrichtern und selbst in den Fachgremien der EZB bis hin zum Rücktritt einer Direktorin hat sich seit Jahren eine breite Ablehnungsfront gegen diese mit den Gründungsstatuten der Währungsbank schwer vereinbare Politik gebildet.

Aufgrund der Geheimhaltung jener Protokollteile, die sich mit dem Für und Wider der Verhältnismäßigkeit der getroffenen Maßnahmen befassen, kann über ihren Inhalt nur spekuliert werden. Wenn die Diskussion fachgerecht geführt wurde, was man bei den Gremien einer Währungsbehörde voraussetzen darf, müssten Fragen wie die folgenden erörtert worden sein, deren Brisanz die Einstufung als Verschlussache erklären würde:

- Ist es verhältnismäßig, zur Erleichterung der Zinslasten hochverschuldeter Länder dem systembildenden Produktionsfaktor der Marktwirtschaft, dem Kapi-

tal, seinen Preis – sprich: Zins – zu nehmen und ihn damit seiner systemischen Steuerungsfunktion zu entledigen?

- Ist es nicht einer Prüfung wert, ob die mit der Nullzinspolitik verbundene Kapitalflucht in die Immobilien zu ähnlichen Blasen führt, wie wir sie von der Finanzkrise 2007/2008 kennen; ganz abgesehen von den Mieterhöhungen, die besonders hart einkommensschwache Mieter treffen?

- Ist es ein hinnehmbarer „Kollateralschaden“, mit der Nullzinspolitik Kahlschlag für ganze Wirtschaftszweige wie Banken-, Sparkassen- und Versicherungswirtschaft zu betreiben?

- Ist es verhältnismäßig, in einem freien Land dem Bürger im Wege der Nullzinspolitik zu verwehren, eine eigenständige kapitalgedeckte Altersversorgung aufzubauen?

- Ist es hinnehmbar, dass selbst Rentenkassen, Pflegeversicherung und Krankenkassen für die Einlagerung ihrer gesetzlichen Rücklagen infolge der Nullzinspolitik mit Strafzinsen belastet werden?

- Ist es akzeptabel, dass eine der größten Errungenschaften der hochentwickelten Zivilgesellschaft – das Stiftungswesen – infolge der Nullzinspolitik in eine existenzielle Gefährdung gerät, womit vielfältige Entlastungen des Staates in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Ökologie, Bildung und Kultur hinfällig werden?

Verdächtige Geheimhaltung

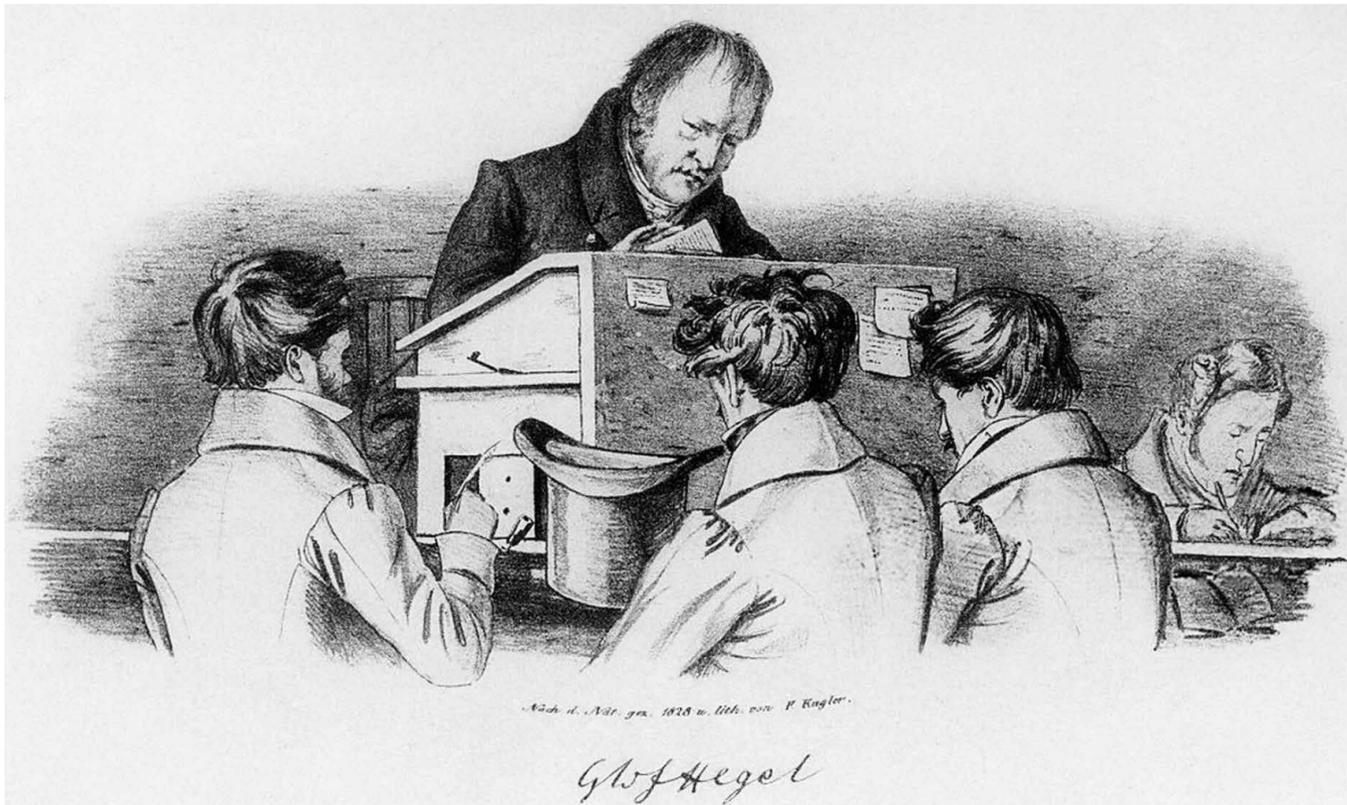
Die Geheimhaltung der Erörterung dieser und ähnlicher Aspekte der Nebenfolgen und Kollateralschäden der geldpolitischen Maßnahmen der EZB könnte zugleich als Eingeständnis der befassten Institutionen gewertet werden, dass die Verhältnismäßigkeit tatsächlich nicht gegeben ist, man sich aber aus Gründen übergeordneter „Faktizität“ veranlasst sah, ein Pro-forma-Testat zu erlassen.

Welche Folgen sich aufgrund dieser verschwiegenen, aber offen zutage tretenden Störungen der Wirtschaftskreisläufe in den Mitgliedsländern der EU in Zukunft ergeben werden, steht auf einem anderen Blatt.

● **Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis** ist Volkswirt, Publizist und Blogger mit den aktuellen Schwerpunkten EZB-Geldpolitik und Folgen des Brexit. Er war unter anderem Generalbevollmächtigter der Deutsche BP AG, Direktor der Stiftung Frauenkirche Dresden und Lehrbeauftragter an der Leuphana Universität Lüneburg. www.muemis-bloghouse.de

Weltgeist vom Neckar

Vor 250 Jahren wurde der Philosoph Hegel geboren – Der Schwabe fühlte sich in Preußen am wohlsten



„Abgespannt, grämlich saß er mit niedergebücktem Kopf in sich zusammengefallen da, und blätterte und suchte ... das stete Räuspeln und Husten störte allen Fluss der Rede in schwäbisch breitem Dialekt“: Der Berliner Student Heinrich Gustav Hotho über Hegel am Katheder (Lithografie von F. Kugler, 1828)

VON HARALD TEWS

An der Frage, was denn nun zuerst da war, die Henne oder das Ei, zerbrechen sich die Philosophen seit der Antike die Köpfe. Georg Wilhelm Friedrich Hegel entschied zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Der Weltgeist sei für alles verantwortlich. Was damit genau gemeint ist, darüber hat jeder Interpret so seine eigenen Ansichten. Die Hegelsche Definition ist so lang wie sein Gesamtwerk: mehrere 1000 Seiten. Gerade wegen seiner Unbestimmtheit und seines kryptischen Aufbaus übte Hegels philosophisches Weltgebäude eine bis heute ungeheure Anziehungskraft aus. Ohne Hegel wäre Marx nicht auf den dialektischen Materialismus verfallen, hätte der gründliche Hegel-Leser Lenin vielleicht nicht die russische Revolution ausgerufen und wäre das 20. Jahrhundert womöglich ganz anders verlaufen.

Hegel für das ganze weltgeschichtliche Elend verantwortlich zu machen wäre aber zu kurz gedacht. Er kann nichts dafür, dass man aus seinem Gedankengebäude, das ja wie auch bei vielen anderen Philosophen eher eine Ruine ist, nur das herausgreift, was einem gerade nützt. Hegel als Vordenker des Sozialismus zu bezeichnen, greift ebenfalls in die Irre.

Doch ja, auch Hegel begrüßte die Französische Revolution. Sie brach just dann aus, als er von seiner Heimatstadt Stuttgart – dort wurde er am 27. August 1770 als Sohn pietistischer Eltern geboren – nach Tübingen zog, um dort evangelische Theologie zu studieren. Mit dem gleichaltrigen, ebenfalls vor 250 Jahren geborenen Dichter Friedrich Hölderlin (siehe PAZ vom 20. März) und dem knapp fünf Jahre jüngeren Wunderkind und späteren Philosophen Friedrich Wilhelm Joseph Schelling heckte er in der Stubengemeinschaft jakobinische Ideen eines deutschen Bundes unter österreichischer – wohlgerneht: nicht preußischer – Führung aus.

Als Hegel Jahre später nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt Napoleon durch Jena reiten sah, bezeichnete er ihn als „Weltseele zu Pferde“. Da ist er

wieder in abgewandelter Form, dieser absolute und auch autoritäre „Weltgeist“, den er in Jena philosophisch wieder aufgriff. Nach Beendigung des Studiums und unbefriedigenden Stationen als Hofmeister in Bern und Frankfurt am Main folgte Hegel seinem bereits als Professor lehrenden Freund Schelling in die Romantiker-Hochburg als unbezahlter Privatdozent.

Hegel kam 1801 in Jena an, kurz nachdem Schiller, die Schlegel-Brüder, Tieck, Novalis und sogar Hölderlin die Stadt schon verlassen hatten. Die Dichter bereiteten den geistigen Nährboden, den Hegel mit seiner Philosophie veredelte. Immanuel Kant mit seinen erzieherischen Aufklärungsgedanken im Hintersinn dürstete man nach neuen Ideen, nach Visionen, wie es in Deutschland weitergehen sollte.

teles – in Hegel. In der Politik würde man diese Ergebnisse von These und Antithese wohl als faule Kompromisse bezeichnen.

Aus diesem philosophischen Baukasten griff Marx heraus, was er für seine Kapitalismuskritik benötigte. Als Materialist bog er die Dialektik des Idealisten Hegel für seine Bedürfnisse zurecht. Einer der gegen Hegel schießenden Kernsätze von Marx lautet: „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“

Zugleich bastelte er an Hegels Vergleich von Herr und Knecht weiter. Während es bei Hegel um das Selbstbewusstsein des in seinem Handeln freien Knechts und des von seinem Eigentum versklavten Herren geht, gipfelt alles bei Marx in der

Dazu kam es nicht, weil Hegel inzwischen einem Ruf nach Heidelberg gefolgt war. Als die Universität zu Berlin nur anderthalb Jahre später das Angebot wiederholte und auf ein Vorsprechen verzichtete, wurde Hegel doch schwach und lehrte dort von 1818 bis zu seinem Tod 1831.

Konnte der Schwabe anfangs mit den Preußen nicht viel anfangen, so erkannte er später die Modernität des Staates und anerkannte die von Wilhelm von Humboldt und anderen durchgeführten Reformen. So schrieb er begeistert: „Hier ist die Bildung und die Blüte der Wissenschaften eines der wesentlichen Momente selbst im Staatsleben.“

Sein philosophisches System wollte er in einem umfangreichen Gesamtwerk ausbreiten, von dem außer der „Phänomenologie des Geistes“ noch die „Wissenschaft der Logik“ (1816) und „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ (1821) erschienen sind. Zahlreiche Vorlesungsmitschriften wie jene zur Ästhetik sind nach seinem Tod und zum Teil sogar erst im 20. Jahrhundert veröffentlicht worden.

Die lange Rezeptionsgeschichte zeigt ein andauerndes Interesse an Hegel, der aber unter Kollegen viele Gegner hatte. Während sich Friedrich Nietzsche an dem Moralisten Hegel störte, der die christliche Religion als Synthese aller anderen Religionen bezeichnete, beschimpfte Schopenhauer den Kollegen wie folgt: „ein platter, geistloser, ekelhaft-widerlicher, unwissender Scharlatan“. Zuspriech erhielt er von linker Seite. Der marxistische Philosoph Ernst Bloch meinte: „Hegel leugnet die Zukunft, aber keine Zukunft wird Hegel verleugnen.“ Da ist was dran.

● **Hegel-Haus** Am 27. August wird das derzeit wegen Umbau geschlossene Museum in Hegels Geburtshaus in der Eberhardstraße 53 in Stuttgart mit einer Dauerausstellung neu eröffnet.

● **Neue Bücher** Hegel: „Die Hauptwerke“, 6 Bände, 3000 Seiten, Suhrkamp, 58 Euro; Klaus Vieweg: „Hegel. Der Philosoph der Freiheit“, C.H. Beck, 34 Euro; Sebastian Ostritsch: „Hegel. Der Weltphilosoph“, Propyläen, 26 Euro.

„Ein Mensch, der Hegel nicht kannte, hätte nicht mitreden dürfen; wer die Wahrheit erkennen wollte, studierte Hegel. Alles stürzte sich auf ihn“ **Leo Tolstoi**

Mit seinem in Jena entstandenen Hauptwerk „Phänomenologie des Geistes“ schuf Hegel das romantische Manifest des deutschen Idealismus. Dabei ist das Buch selbst für hartgesottene Philosophie-Leser sprachlich und grammatikalisch eine harte Nuss. Schauen wir mal, was er über das „gleichgültige Auch“ (was auch immer das sein mag) zu sagen hat: „Dieses Auch ist also das reine Allgemeine selbst oder das Medium, die sie so zusammenfassende Dingheit.“ Alles klar?

Immerhin schält sich in dem Werk die hegelianische Dialektik von Ursache und Wirkung heraus, also: These + Antithese = Synthese. Schon die Dreiteilung der jeweiligen Kapitel in A, B, C erinnert an die Trinität von Vater, Sohn und heiligem Geist. Profan gesagt, ergeben Ei und Henne den Weltgeist, führen Idee und Materie zur Erkenntnis, gipfeln Platon und Aristot-

Überwindung der Herrschaft durch die Knechtschaft. Also der Entstehung eines klassenbewussten Proletariats auf Grundlage ungleicher Produktionsverhältnisse.

Im Vergleich zum mit Geld verschwenderischen Marx war Hegel Kapitalist reinsten Wassers. Nach sechs Hungerjahren in Jena, wo er sein väterliches Erbe aufbrauchte, nahm er in Bamberg eine Stelle als Zeitungsredakteur an, wurde dann Gymnasialrektor in Nürnberg und heiratete, als er finanziell gefestigt war.

Danach erfolgte zweimal der Ruf aus Berlin an die damals noch junge Universität. Es galt, die vakante Professorenstelle des verstorbenen Philosophen Johann Gottlieb Fichte neu zu besetzen. Da sich herumgesprochen hatte, dass sich Hegels rhetorische Fähigkeiten in Grenzen hielten, wollte man in Berlin zunächst seinen mündlichen Ausdruck überprüfen.

VERTREIBUNG

Kriegskinder in Pirna befragt

Kinder erleben Kriege auf ganz eigene Weise – oft mit der Folge einer lebenslang anhaltenden Traumatisierung. Das zeigt auch die Ausstellung „Kriegskinder“ im Stadtmuseum Pirna, die bis zum Frühjahr 2021 zu sehen sein soll. In deren Vorfeld hatte Kuratorin Katrin Purtak mehr als 60 Zeitzeugen aus der sächsischen Kreisstadt und deren Umland interviewt.

Diese berichteten über die trügerische Idylle in der Zeit bis Anfang 1945, die dann folgenden US-amerikanischen Luftangriffe und das Eintreffen der sowjetischen Besatzungstruppen sowie das Leben der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ostdeutschland in den bis 1949 bestehenden Lagern von Pirna und Graupa.

Die Ergebnisse der Befragungen werden auf zweierlei Weise präsentiert: Zum einen direkt in den Räumen des Stadtmuseums im historischen Klosterhof in Form von Zitaten und Kurzbiografien unter Hinzuziehung diverser auf den ersten Blick eher unspektakulärer Objekte, die jedoch sämtlich eine besondere Geschichte zu erzählen haben – seien es Geldscheine oder geschmolzene Besteckteile, seien es Plüschtiere und ähnliche Alltagsgegenstände. Leider kön-



Pirna: Kriegskinder im Container

nen die Besucher wegen der Hygiene-Auflagen keinen der Kopfhörer an den jeweiligen Themen-Stationen benutzen, um sich Auszüge aus den Originalinterviews anzuhören.

Zum anderen haben die Ausstellungsmacher in der Grohmannstraße an Rande der Pirnaer Innenstadt einen orangefarbenen Frachtcontainer aufgestellt, der laut neudeutscher Diktion als „Mini-Museum to go“ fungieren und jene Passanten anlocken soll, die den Weg ins Museum wohl kaum von selbst finden würden. Gedacht war, dass diese sich im Inneren des Blechungetüms an fünf Audiostationen mit dazugehörigen Bildschirmen ausgewählte Passagen aus den Befragungen samt hierzu passenden Filmsequenzen zu Gemüte führen – allerdings ist das wegen der Pandemie ebenfalls nicht möglich, weswegen der Container jetzt nur als überdimensionaler Werbeträger dient.

Ansonsten verhinderte das Virus bisher auch eine Instrumentalisierung des Leidens deutscher Kinder im Zweiten Weltkrieg und der Zeit danach zum Zwecke der Rechtfertigung der Einwanderungspolitik der Regierung Merkel seit 2015. Eigentlich sollten im Zusammenhang mit der Ausstellung allerlei Veranstaltungen unter Mitwirkung eines Teils der 2000 „Geflüchteten“ aus dem Nahen Osten stattfinden, die derzeit in der 38.000-Einwohner-Stadt leben. Doch diese „Events“ müssen momentan gleichermaßen ausfallen.

Wolfgang Kaufmann

ZUGSPITZE

Vor 200 Jahren
erstmals
bestiegen

Die Zugspitze im Wettersteingebirge an der Grenze zur Republik Österreich ist mit ihren 2962 Metern über Normalnull der höchste Berg der Bundesrepublik Deutschland. Dessen erste sicher dokumentierte Besteigung erfolgte vor 200 Jahren, am 27. August 1820. Damals arbeitete sich der bayerische Leutnant Josef Naus zusammen mit seinem Burschen und Messgehilfen Maier sowie dem Bergführer Johann Georg Tauschl, der sich damit zwei Gulden und 42 Kreuzer verdiente, von Garmisch-Partenkirchen aus durch das Reintal auf den Gipfel hinauf. Im Zuge dieses Unternehmens nahm der Offizier im Auftrag des Königlich Bairischen Topographischen Bureaus Vermessungen für den Atlas von Bayern vor.

In den Jahren 1823 und 1834 zwangen weitere Seilschaften in den Fußstapfen der Gruppe um Naus den Berg, bevor 1837 schließlich auch der Aufstieg über die österreichische Seite gelang. Die nächsten Meilensteine in der alpinistischen Geschichte der Zugspitze stellten die erste Besteigung durch eine Frau am 22. September 1853 sowie die erste Winterbesteigung am 7. Januar 1882 dar. Zum Ende des 19. Jahrhunderts kletterten bereits 1600 Menschen pro Jahr hinauf – und Mitte der 1920er Jahre waren es sogar schon über 10.000. Dann brachte die Eröffnung der Bayerischen Zugspitzbahn eine weitere, geradezu explosionsartige Steigerung der Besucherzahlen.

Späterhin, nämlich ab 1927 und 1931, wurden vom Gipfelbereich der Zugspitze auch Ballons und Segelflzeuge gestartet. Zudem war am 19. März 1922 ein Rumpler-Doppeldecker mit Franz Hailer am Steuer auf einem Schneefeld kurz unter der höchsten Spitze gelandet.

Inzwischen führen drei Bergbahnen zum Gipfel der Zugspitze hinauf. Das hat zur Folge, dass sich auf diesem an manchen Tagen bis zu 7000 Menschen drängen. Nicht wenige davon steigen oder klettern aus eigener Kraft nach oben. Deswegen kommt es immer wieder zu Unfällen, die mittlerweile jede Statistik sprengen. Kein Bergretter vermag heute wirklich genau zu sagen, wie viele Opfer der Tou-



Das Gipfelkreuz auf dem Ostgipfel

ristenmagnet Zugspitze insgesamt schon gefordert hat.

Auf jeden Fall gibt es diesen Sommer aufgrund der Corona-bedingten Einschränkungen beim Seilbahnbetrieb etwas weniger Trubel. Zudem fehlen aktuell die meist recht zahlungskraftigen Besucher aus dem arabischen Raum, für die man im Jahre 2012 eigens ein muslimisches Gebetshaus auf dem Berg errichtete. Dazu brachte die zuständige bayerische Marketingabteilung Prospekte in Umlauf, in denen nichts von dem Gipfelkreuz zu sehen war, das seit 1851 am höchsten Punkt der Zugspitze steht.

Wolfgang Kaufmann

BERLINER SCHLOSS

Monumentaler Bildersturm
gegen das alte Preußen

Die „Zwingburg der Junker“ sollte einem Roten Platz nach Moskauer Vorbild weichen. Die Sprengung der Residenz der preußischen Könige wurde in aller Heimlichkeit vorbereitet



Am 7. September 1950 um 10.25 Uhr: Die erste Sprengladung explodiert unter der Hofapotheke und dem sogenannten Grünen Hut am ältesten Teil des Berliner Schlosses

VON KLAUS J. GROTH

Vor 70 Jahren, am 7. September 1950, ließ Walter Ulbricht die Ruine des Berliner Schlosses sprengen, um das Zeugnis des ihm verhassten Preußentums aus der deutschen Geschichte zu tilgen. Die Residenz der Preußenkönige galt als bedeutendstes Bauwerk des norddeutschen Barock.

Die Sowjetunion war der verehrte und bewunderte Lehrmeister der DDR in allen sozialistischen Lebenslagen. Ulbricht, ihr treuester Vasall, mühte sich, es dem Großen Bruder gleichzutun. Zentrum seiner „Hauptstadt Deutschlands, Berlin“ sollte ein Roter Platz wie in Moskau für Aufmärsche und Kundgebungen werden, „auf dem der Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können“, wie er auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 unter rauschendem Beifall erklärte. An dem Ort für sein Vorhaben erhob sich das 500 Jahre alte Berliner Stadtschloss, 1945 von zahlreichen Bomben getroffen, aber noch erstaunlich standfest. Es hätte wiederaufgebaut werden können.

Am 7. September 1950 verkündete das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, der Fünf-Jahres-Plan für den Wiederaufbau Berlins sichere 1,89 Milliarden Mark zu. Im neu gestalteten Lustgarten könnten die Bürger schon ab dem 1. Mai des folgenden Jahres „ihren Willen zum Frieden bekunden“. Berichtet wurde auch die Ankündigung des Oberbürgermeisters Friedrich Ebert, „dass das ehemalige Königliche Schloss, das heißt, seine Ruine beseitigt wird“. Für „die mehr als 30 Millionen Mark, die allein ausgegeben werden müssten oder müssen, um den Schlüter Teil,

d.h. den am Wasser gelegenen Teil des Schlosses zu erhalten, hierfür denke ich können wir in Berlin sehr viele sonnige Wohnungen für die Aktivisten und auch noch einige Krankenhäuser, die wir sehr dringend benötigen, bauen“, so der einst sozialdemokratische und nun sozialistische Reichspräsidentensohn weiter.

Die Kriegsschäden waren reparabel

Das Parteiorgan verschwieg, dass die Sprengung des Schlosses schon am selben Tag beginnen sollte. Um 12.30 Uhr erschreckte die Berliner eine gewaltige Detonation. Viele folgten. Die dicken Mauern der ehemaligen Hohenzollernburg trotzten dem von den Sowjets zur Verfügung gestellten Dynamit. Was Ulbricht hatte verhindern wollen, trat ein. Namhafte Kunsthistoriker und Denkmalpfleger wie Johannes Stroux, Ernst Gall und Richard Hamann erhoben Protest gegen den Abriss des Schlosses, das, so Hamann, „in allen Kunstgeschichten

der Welt genannt und abgebildet ist“. Otto Grotewohl, Ministerpräsident der DDR, beruhigte die aufgeschreckten Genossen: „Jetzt schreien alle, und wenn das Schloss weg ist, kräht kein Hahn mehr danach.“ In den westlichen Sektoren und auch im Osten fanden Protestversammlungen von Bürgern statt. Unterstützung kam sogar von unerwarteter Seite. Kurt Liebknecht, Neffe von Karl Liebknecht, argumentierte mit marxistischer Dialektik: „Genossen, ich höre immer, dass die Zwingburg der Junker abgerissen werden müsse. Aber ich habe noch nie einen Junker mit einer Maurerkeller oder einem Hobel gesehen. Genossen, ihr wollt das Werk der deutschen Arbeiter zerstören. Das ist unser Schloss, nicht das Schloss der Hohenzollern.“

Aber Ulbricht ließ sich auch von einem prominenten Alt-Kommunisten nicht umstimmen. Der Abriss dauerte vier Monate. Erst zum Jahreswechsel fiel das Eosander-Portal.

Wie viele Leibeigene und Frondienstleistende unter den Werktätigen waren, die Stein auf Stein die Burg „Zwing Cölln“ zwischen 1443 und 1451 errichteten, ist nicht bekannt. Bauherr war Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg, genannt Eisenzahn (1413–1471). Die Burg lag an der Spree im cöllnischen Teil der Doppelstadt Berlin-Cölln. Eine hölzerne Brücke führte über den Fluss, die einzige Verbindung zwischen beiden Städten. Wer hinüber wollte, musste den Hohenzollern Zoll bezahlen. 1451 zog der Kurfürst ein. In den folgenden Jahrhunderten wurde die trutzige Burg um- und angebaut. Alle Architekten, die in Preußen Rang und Namen hatten, setzten sich hier ein Denkmal. Der Baumeister und Bildhauer Andreas Schlü-

ter gestaltete die Fassaden zur Stadt und Prunkräume im Stil des italienischen Barocks. Der Innenhof an der Spree wurde nach ihm benannt.

Im Mai 1945 wurde der Architekt Hans Scharoun von der sowjetischen Stadtkommandantur zum Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen beim Magistrat von Berlin ernannt. Im provisorisch hergerichteten Weißen Saal des Schlosses stellte er seine Pläne und die seiner Kollegen für den Wiederaufbau Berlins vor. Dabei fand die Ruine keine Verwendung mehr.

Nach ihrem Abriss wurde das trostlose Areal in Marx-Engels-Platz umbenannt. Hier fanden Aufmärsche und vor allem die Paraden am 1. Mai statt.

1973 beschloss der Ministerrat der DDR, einen Palast der Republik als „Haus des Volkes“ zu errichten. Vom „Volk“ erhielt er die Spitznamen „Palazzo Protzo“ und „Erichs Lampenladen“. Das asbestverseuchte Bauwerk wurde nach der deutschen Vereinigung 2006 auf Beschluss des Bundestags abgerissen.

Protest kam auch von links

Als der Gedanke aufkam, das Schloss neu aufzubauen, lieferten sich Befürworter und Gegner heftige Gefechte. 2013 wurde der Grundstein für eine Rekonstruktion des Schlosses gelegt, die allerdings nicht alle Teile umfasst. Bauherrin und Eigentümerin ist die „Stiftung Humboldt-Forum“ im Berliner Schloss. Zur Erinnerung an das geistige Erbe der Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt soll der Komplex museale Sammlungen, unter anderem das Dahlemer Museum, aufnehmen und kulturellen sowie wissenschaftlichen Veranstaltungen Raum bieten. Die endgültige Fertigstellung ist für 2021 vorgesehen.

„Genossen, ihr wollt
das Werk der
deutschen Arbeiter
zerstören. Das ist
unser Schloss, nicht
das Schloss der
Hohenzollern“

Kurt Liebknecht

erster Präsident der Deutschen
Bauakademie von 1951 bis 1961

VON MANUEL RUOFF

Was ist geblieben vom bayerischen König Ludwig II.? Was ist die Relevanz seiner Person für die Gegenwart?

Die sichtbarste Antwort bilden sicherlich seine Schlösser. Zu nennen sind hier Linderhof, Herrenchiemsee und natürlich Neuschwanstein. Ludwigs Bausucht, konkreter die Kosten dieser Sucht, haben ihn die Regentschaft und möglicherweise auch das Leben gekostet.

Verteidiger Ludwigs können zur Relativierung auf die Kosten von Kriegen im Allgemeinen und des deutschen Bürgerkrieges zwischen Preußen und Österreich von 1866 im Besonderen verweisen, aus dem der Bayernkönig nach Kräften versucht hat, den von ihm regierten drittgrößten deutschen Staat herauszuhalten.

Und wenn Ludwig Neuschwanstein auch für sich allein haben wollte, so können Verteidiger Ludwigs doch gleichfalls auf die stattlichen Einnahmen verweisen, die sein Land heute durch seine Schlösser hat. Der besondere Reiz Neuschwansteins insbesondere für ausländische Touristen liegt dabei zweifelsohne nicht nur im Bau selbst, sondern auch in seinem von Romantik, Tragik und Melancholie umgebenen, zumindest in seiner Jugend wunderschönen Erbauer, dessen Leben und auch Sterben voller Rätsel ist, getreu seinem eigenen Ausspruch: „Ein ewig Rätsel will ich bleiben mir und anderen.“ Wenn der Deutsche Tourismusverband auf internationaler Ebene mit Neuschwanstein Bayern als ein Land der Märchenschlösser bewirbt, dann kann er das, weil Neuschwanstein & Co. eben nicht von Walt Disney erbaut wurden, sondern von einem „Märchenkönig“.

Prachtvolle Schlösser

Eine weitere Bedeutung Ludwigs II. über seinen Tod hinaus bis heute liegt in der Förderung Richard Wagners. Man mag Wagner für einen üblen Egoisten und Antisemiten halten, aber seine Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Kultur, und Ludwig hat diese Arbeit in geradezu maßloser Weise finanziell gefördert.

Schließlich sei auf Ludwigs Bedeutung für die Gründung des Deutschen Reiches verwiesen. Ausgerechnet unter Ludwig II., der sich in der Tradition des absolutistischen Sonnenkönigs Ludwig XIV. sah, verzichtete Bayern auf entscheidende Souveränitätsrechte zugunsten des 1871 gegründeten Reiches. Es spricht manches dafür, dass Bayern auch unter einem anderen Herrscher die Einigung mitgemacht hätte. Doch wirkte Ludwig schon bemerkenswert aktiv mit.

Förderung Richard Wagners

Das fängt spätestens damit an, dass Ludwig ungeachtet seiner unübersehbaren Frankophilie, die sich nicht darauf beschränkte, dem Sonnenkönig nachzueifern, die Teilnahme am dritten Einigungskrieg gegen Frankreich im Gegensatz zum zweiten gegen Österreich aktiv vorantrieb. Dieses Engagement ermöglichte schon kurz nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges einen für die Franzosen überraschenden Vorstoß bayerischer Truppen vom pfälzischen Landau aus, von dem es heißt, dass er die unerwartet frühe Vorentscheidung im Kriege zuungunsten Frankreichs ermöglicht habe.

Und Ludwigs aktive Rolle im Reichseinigungsprozess endet frühestens mit dem sogenannten Kaiserbrief, in dem er dem preußischen König Wilhelm I. den Titel eines deutschen Kaisers antrug. Die Bedeutung dieses Kaiserbriefes ist nicht zu unterschätzen. Nicht umsonst ist in Deutschland von der „kaiserlosen, der schrecklichen Zeit“ die Rede. Es sei hier die These erlaubt, dass sich die Deutschen schwerlicher hinter dem preußischen König hätten versammeln können, wenn er nicht der „Kaiser“, sondern nur das „Bundespräsidium“ gewesen wäre.



Im Selbstverständnis in der Tradition des absolutistischen Sonnenkönigs Ludwig XIV.: Ludwig II.

Foto: Herrenchiemsee

LUDWIG II. VON BAYERN

„Ein ewig Rätsel will ich bleiben mir und anderen“

Die bleibende Bedeutung des vor 175 Jahren geborenen „Märchenkönigs“ für Bayern, Deutschland und die Kultur ist nicht zu unterschätzen

Doch wie sollte der Preußenkönig an den Kaisertitel gelangen? Was konnte das Führen des Namens legitimieren? Die Reichsgründung von 1871 war im Gegensatz zur 48er-Revolution eine sogenannte Einigung von oben, das Reich eine Art Fürstenbund. Nicht umsonst war nicht die Volksvertretung, der Reichstag, das höchste Organ des Reiches und auch nicht der Kaiser, sondern der Bundesrat als Vertretung der Fürsten und Freien Städte. In diesem Konstrukt konnte die entscheidende Legitimation des Kaisertitels nicht in einem Angebot des Volkes oder seiner Vertreter liegen, sondern nur in einem der Fürsten. Und kein Fürst war so prädestiniert als Vertreter seiner Standesgenossen dem ersten unter ihnen, dem König von Preußen, den Kaisertitel anzutragen wie der zweite unter ihnen, der König von Bayern. Und Ludwig erfüllte den entsprechenden Wunsch des preußischen Ministerpräsidenten Otto von

Bismarck und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur Legitimierung des kleindeutschen Kaisertums.

Aktive Rolle im Einigungsprozess

Ludwigs aktive Rolle im Reichseinigungsprozess verblüfft angesichts seiner Frankophilie und seines Standesbewusstseins, ist jedoch nicht etwa Ausdruck oder gar Beweis einer Geistesstörung, sondern Folge wenn nicht verständlicher, so doch zumindest nachvollziehbarer Motive. Im zweiten Einigungskrieg hatte Ludwig mit Vorbehalten an der Seite Österreichs gestanden. Die Folge war, dass sein Land als Kriegsgegner Preußens eine schmerzhaft Niederlage erlitt und sein Versuch, Bayern aus dem Kriegsgeschehen herauszuhalten, als Zaudern und Desinteresse gegen ihn interpretiert wurde. Beides wollte Ludwig kein zweites Mal erleben. Er versuchte, sich in Bayern an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen, statt von

ihr überrollt zu werden, und wählte die Seite Preußens, in der Hoffnung, dafür von Preußen bei dessen Sieg belohnt zu werden. Selbst wenn Frankreich gewinnen sollte, hatte ein mit Preußen verbündetes Bayern – so die Überlegung in München – wenig zu verlieren, da die Stärkung der deutschen Mittelstaaten zur Verhinderung beziehungsweise Schwächung einer deutschen Zentralgewalt klassische französische Deutschlandpolitik war.

Bei der Frage nach den Motiven für Ludwigs Kaiserbrief schließt sich der Kreis, und wir landen wieder bei der Bauart des Königs sowie den Niederungen der Politik. Ludwig brauchte Geld für seine Schlösser und Bismarck hatte Zugriff auf das nach dem Deutschen Krieg beschlagnahmte Vermögen des hannoverschen Königshauses. Das Ergebnis war, dass Bismarck Ludwig mehrere Millionen Mark zukommen ließ und Ludwig dafür zur Feder griff.

AIRBUS A319

Verkürzt, aber vielfältig verwendet

Der Airbus A319 ist ein Kurz- und Mittelstreckenverkehrsflugzeug, das zur Airbus-A320-Familie gehört. Vor 25 Jahren, am 25. August 1995, startete die erste Maschine in Hamburg-Finkenwerder zum Jungfernflug. Erster Kunde für den neuen Jet war die Fluggesellschaft Swissair, die ihre erste Maschine im April 1996 in Dienst stellte. Das Flugzeug kann je nach Bestuhlung und Variante zwischen 110 und 160 Passagiere an Bord nehmen.

Die A319 hat einen gegenüber der älteren A320 um 3,73 Meter verkürzten Rumpf. Mit in etwa derselben Treibstoffkapazität wie bei der A320-200 führt das zu einer höheren Reichweite von 6900 Kilometern bei 124 Passagieren. Die A319 ist der direkte Konkurrent der Boeing 737-700. Northwest Airlines ersetzte seine DC-9-Flotte durch A319, weil der kleine Airbus wesentlich weniger Sprit verfliegt.

Im Januar 1997 stellte eine A319 einen Rekord auf, als sie in neun Stunden und fünf Minuten eine Strecke von 6646 Kilometern zurücklegte. Sie war in Hamburg gestartet und zum Abnehmer im kanadischen Winnipeg überführt worden.

Die wichtigsten Nutzer sind derzeit EasyJet, American Airlines, United Airlines und Delta Airlines. EasyJet verfügt über 172, American Airlines über 131 Flugzeuge. Bis zum Juni dieses Jahres hat Airbus an seinen Standorten in Hamburg und dem chinesischen Taijini 1482 Maschinen gebaut.

Seit dem Dezember des Jahres 2010 bietet Airbus die A319neo mit zwei neuen Triebwerken an. Der Zusatz „neo“ steht für „new engine option“, denn daneben wird die ältere Version als A319ceo (current engine option) weiter angeboten. Die A319neo unterscheidet sich außerdem durch aerodynamische Verfeinerungen, eine verbesserte Elektronik und ein neues Kabinendesign.

Allerdings war das Flugzeug zunächst kein großer Verkaufserfolg. Ende Juli 2019 hatte Airbus gerade einmal 36 Aufträge für die A319neo. Den Fluggesellschaften ist das Flugzeug zu klein. Bis zur Corona-Krise zogen sie Jets mit mehr Sitzplätzen vor. Allerdings hat der A319neo seine Nische als



A319-100 von Swiss

Firmen- und Regierungsflugzeug gefunden. Von der entsprechenden Version hat Airbus 77 Maschinen verkauft.

Mit der ACJ 319 bietet der Flugzeugbauer eine extreme Langstreckenversion an. Das Geschäftsflugzeug – „ACJ“ steht für „Airbus Corporate Jet“ – fliegt bis zu 12.600 Kilometer weit.

Bei der deutschen Luftwaffe fliegt seit letztem Jahr die erste und bislang einzige A319OH. „OH“ steht für „offener Himmel“. Das Flugzeug wird für die Rüstungskontrollflüge im Rahmen des auch als Open Skies oder OH-Vertrag bezeichneten Vertrages über den Offenen Himmel eingesetzt und ersetzt dabei eine wesentlich kleinere Propellermaschine. Friedrich List

VON ERIK LOMMATZSCH

Was haben P.D.Q. Bach, Friedrich Gottlob Nagelmann und die Säugtierordnung der Nasenschreitlinge (Lat.: Rhinogradentia) gemeinsam? Sie verfügen über ein stattliche Reihe von Anhängern, die ihr Andenken liebevoll pflegen – und sie haben niemals existiert.

Diese und eine Vielzahl ähnlich gearter Erscheinungsformen gehören in das Reich des sogenannten wissenschaftlichen Witzes. Unter „wissenschaftlichem Witz“ – die Bezeichnung ist nicht in jedem Fall ganz glücklich – versteht man frei Erfundenes, das durch die Art und Weise seiner Behandlung in wissenschaftlicher Sprache Eingang in Fachpublikationen und Lexika gefunden hat oder in Zusammenhängen auftaucht, in denen es zumindest auf den ersten Blick ernstgenommen wird.

Der Aspekt des Betrugs – worum es sich streng genommen handelt – spielt beim „wissenschaftlichen Witz“ keine Rolle. Unterhaltungswert, Austesten von Grenzen, Satire, Lust am Karikieren des Wissenschaftsbetriebes und die Freude daran, Zeitgenossen aufs Glatteis zu führen oder gar handfest zu blamieren, sind bestimmende Motive. Einiges ist sehr schnell als Scherz erkennbar. Anderes wird übernommen und erst viel später als Fiktion erkannt.

Dass nicht jeder den entsprechenden Sinn für Humor besitzt, erfuhr seinerzeit Mischa Meier, heute Professor für Alte Geschichte in Tübingen. Zum Standardnachschatzwerk „Der Neue Pauly. Enzyklopädie der Antike“ hatte er mehrere Beiträge verfasst. Der Artikel zum Stichwort „Apopudobalia“, in dem eine „antike Form des neuzeitlichen Fußballspiels“ beschrieben wird, war ein reines Phantasieprodukt. Meier führte als Gewährsmann einen ebenfalls frei erfundenen alten Griechen namens Achilleus Taktikos an und verwies, hier noch dicker auftragend, als weiterführende Literatur auf eine fiktive „Festschrift“ für den damaligen deutschen Nationalspieler Matthias Sammer.

Die Gemeine Steuer-Zecke

All dies wurde im Manuskript übersehen. Als das Werk 1996 im Druck vorlag, kam es zunächst zu Kritik wegen der unstimmgigen Wortbildung von „Apopudobalia“. Erst dann wurde offenbar, dass es sich bei dem Artikel von vorn bis hinten um Unsinn handelte. Der Verlag J.B. Metzler, nur mäßig amüsiert, beabsichtigte zunächst, Meier die Kosten für das Einstampfen in Rechnung zu stellen. Letztendlich blieb „Der Neue Pauly“ in dieser Form erhalten, die Aktion war unter Historikern auf positive Resonanz gestoßen.

„Brockhaus“ hingegen veranlasste fingierte Artikel in seinen großen Nachschla-



Hat es bis hinauf in die Fachliteratur geschafft: Der frei erfundene Nasenschreitling

Foto: Musée Zoologique de Strasbourg

DER „WISSENSCHAFTLICHE WITZ“

Von Dunkelbirnen, Nasenschreitlingen und antiken Fußballern

Nicht nur Gelehrte haben Spaß daran, frei Erfundenes in die Welt zu setzen. Manchmal wird sogar erheblicher Aufwand betrieben

gewerken selbst. So findet sich in der 20. Auflage der Enzyklopädie aus dem Jahr 1999 unter dem Stichwort „Zecken“ (Lat.: Ixodida) nach einigen Ausführungen über diese Milbenordnung ein Hinweis auf die „ausschließlich am Menschen saugende Gemeine Steuer-Z. (Ixodes fiscalis)“.

Angeregt von einem Gedicht Christian Morgensterns über das „Nasobem“, hatte sich der Zoologe Gerolf Steiner auf eine zwar lediglich geistige, aber dennoch sehr ertragreiche Forschungsreise begeben, die zur „Entdeckung“ der bereits ausgestorbenen Nasenschreitlinge (Lat.: Rhinogradentia) führte. Wie der Name nahelegt, waren die Tiere in der Lage, sich mittels ihrer Nase fortzubewegen, überhaupt spielte die Nase in ihrem Leben eine große Rolle.

Steiner verfasste unter dem Pseudonym Harald Stümpke eine umfangreiche Abhandlung über „Bau und Leben der Rhinogradentia“, die 1961 im renommierten Fachverlag Gustav Fischer erschien. Das Buch wurde mehrfach aufgelegt und

übersetzt. Dass es sich hier lediglich um eine, wenn auch äußerst aufwendige, Spielerei handelt, war nicht sofort jedem klar, zumal der Autor als Wissenschaftler mit den Formen einer entsprechenden Präsentation vertraut war.

Einen einfacher durchschaubaren „wissenschaftlichen Witz“ stellt die „Dunkelbirne“ dar. Sie ist ebenfalls durch ein Morgenstern-Gedicht inspiriert und nützlich, sofern man Dunkelheit erzeugen möchte. Sie taucht zumeist im Zusammenhang mit dem genialen „Erfinder“, dem Entenhausener Ingenieur Daniel Düsentrieb auf.

An einem Frosch erstickt

Im Gegensatz zu diesem handelt es sich bei Jürgen Mittelstraß um eine höchst reale Person. Der Philosophieprofessor hat es sich allerdings nicht nehmen lassen, in der von ihm herausgegebenen „Enzyklopädie für Philosophie und Wissenschaftstheorie“ einen Artikel über den von ihm erfundenen „Unzufriedenheitssatz“ einzufügen, den er dort auf den vor-

sokratischen Denker Heraklit zurückführt. Aufsehen erregte Anfang der 1960er Jahre der vor allem als Maler und Cartoonist bekannte Hans Traxler mit dem Buch „Die Wahrheit über Hänsel und Gretel“. Die Ausführungen über die Grabungen am Hexenhaus und damit der historischen Grundlage des Märchens erschien zunächst vielen als realistische Darstellung, in einer weiteren Auflage wurde dann eigens vermerkt, dass es sich um eine Parodie handelt.

Inzwischen unüberschaubar dürfte die Anzahl der erfundenen und auch in seriösen Werken weiter kolportierten historischen Personen sein. Bekanntes Beispiel ist P.D.Q. Bach, angeblich jüngster Sohn von Johann Sebastian Bach und ebenfalls Komponist. Friedrich Gottlob Nagelmann wiederum ist inzwischen ein Kosmos für sich. Die „Lebensgeschichte“ des fiktiven Juristen wurde von vielen „Experten“, die Freude daran haben, fortgeschrieben.

Danach erstickte der aus dem ostpreussischen Insterburg stammende Nagel-

mann am 29. Februar 1994 – den Tag gab es nicht – im Alter von 104 Jahren an einem Frosch, der ihm im Hals stecken geblieben war. Sogar Roman Herzog hielt eine Trauerrede auf ihn. Nagelmann war am „Erschöpfungsbeschluss“ des Bundesverfassungsgerichts „beteiligt“ und „veröffentlichte“ etwa über die Frage der Haftung bei „Steinlaus-Schäden“ – womit die Brücke zur „Steinlaus“, einen auf Lorient zurückgehenden Scherzbeitrag für ein medizinisches Wörterbuch, geschlagen wurde.

Nagelmann gilt zudem als Fernsehpartner und Mentor des SPD-Bundestagshinterbänklers Jakob Maria Mierscheid und stand in Kontakt mit dem Diplomaten Edmund Friedemann Dräcker und dem Psychologen Ernst August Dölle. Ebenso wie bei Nagelmann handelt es sich um völlig frei erfundene Personen. Von ihren Verehrern werden deren Namen jedoch immer wieder in die verschiedensten Zusammenhänge eingebracht, womit ihr Fortleben gesichert sein dürfte.

HISTORIKER

Wissenschaft am Zügel des Zeitgeists

An den Hochschulen grassiert das Virus der historisch-politischen Korrektheit: Wie unsere Geschichte auf Linie gebracht wird

Auf dem jüngsten Deutschen Historikertag in Münster verabschiedete die vermeintliche Crème de la Crème der hiesigen Geschichtswissenschaft eine Resolution „Gegen den politischen Missbrauch von Geschichte“. Und tatsächlich sollten Historiker keine eifernden politischen Agitatoren oder paternalistische Volkspädagogen sein, sondern „zeigen, wie es eigentlich gewesen“. Allerdings wird dieses, von dem preußischen Altmeister der Zunft, Leopold von Ranke, formulierte Prinzip heute auch und gerade von vielen staatlich alimentierten Fachvertretern verletzt. Schuld daran ist ihr Bemühen, sich dem obwaltenden Zeitgeist anzupassen – sei es aus ängstlichem

Opportunismus, sei es aus ideologischer Verblendung oder der Gier nach Fördermitteln.

Absonderlichste Theorien

Also fließen die absonderlichsten Theorien und Fragestellungen aus der Welt des Genderismus, Klima-Alarmismus und Multikulturalismus in die Arbeit der Geschichtswissenschaftler sowie auch mancher Vertreter von historischen Hilfswissenschaften ein. Da werden mittelalterliche Minnelieder auf versteckte homosexuelle Anspielungen hin durchforstet oder Belege dafür gesucht, dass die antiken Metropolen allesamt „ethnische Schmelztiegel“ gewesen seien, um den

vermeintlichen Nutzen der Massenmigration nachzuweisen.

Dazu kommen die zahlreichen neuen Forschungsansätze, in denen das Klima zum alles bestimmenden Faktor erhoben wird. Dabei hat sich ein solches deterministisches Vorgehen schon einmal als weitestgehend unbrauchbar erwiesen – nur hielt man damals die Rasse für den Dreh- und Angelpunkt der Weltgeschichte.

Cäsars Tod als Klimafolge

Mit ihrer Zeitgeisthörigkeit stehen die deutschen Geschichtswissenschaftler freilich nicht allein da, denn das Virus der historisch-politischen Korrektheit grassiert inzwischen an fast allen Universitäten

der westlichen Welt. So versuchen US-Forscher die Umwälzungen nach Caesars Ermordung im Jahre 44 v. Chr. als Folge von Klimaschwankungen hinzustellen. Und in Frankreich und Großbritannien vertreten manche Experten nun die Ansicht, dass die Völkerwanderung zu keinem Chaos mit kulturellem Niedergang geführt habe, sondern eine Zeit der „sanften Transformationen“ gewesen sei – und gelegentlich verwenden sie auch die sattsam bekannte Floskel von der „Bereicherung“ durch Immigration.

In Skandinavien wiederum gilt der Blick neuerdings fast nur noch den Frauen der Wikinger, um den Mythos von den starken Nordmännern soweit als möglich

zu „dekonstruieren“. Den Vogel schießen allerdings Theo Vennemann, ehemals Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, und Robert Mailhammer von der Western Sydney University ab. Die beiden Vertreter der Disziplin der historischen Linguistik behaupten allen Ernstes, dass nordafrikanische Händler die Runenschrift zu den Germanen gebracht hätten.

Dabei lassen sie sich weder von krassen chronologischen Diskrepanzen noch vom Fehlen diesbezüglicher Quellen beirren. Trotzdem bezeichnete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die Theorie von Vennemann und Mailhammer unlängst als „verdientvoll“. Wolfgang Kaufmann



KÖNIGSBERG

Museen beklagen Besucherrückgang

Wiedereröffnung nach dreimonatiger Schließung – Direktoren werben mit Preisnachlässen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Nach dreimonatiger Zwangspause dürfen seit Kurzem die Königsberger Museen ihre Tore wieder für Besucher öffnen. Allerdings nicht in vollem Umfang, da die Zahl der Besucher, die sich gleichzeitig in den Ausstellungsräumen aufhalten dürfen, nach wie vor begrenzt ist.

Fast zur gleichen Zeit wurde die obligatorische Quarantäne für Touristen, die in das Gebiet kommen, abgeschafft, sofern sie mindestens zwei Nächte in einem Hotel oder Sanatorium gebucht haben beziehungsweise Eigentümer oder Pächter einer Immobilie sind. In diesem Jahr war der Sommer bislang nicht so heiß wie im letzten oder vorletzten Jahr. In der Regel trägt kühleres Wetter zu einer größeren Anzahl von Museumsbesuchen bei, da die Touristen dann nicht nur am Strand sind, sondern auch Ausstellungen besuchen.

Wie Swetlana Siwkowa, die Direktorin des Ozeanmuseums, jedoch beklagte, war die Zahl der Besucher seit der Wiedereröffnung des Museums vielmal geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Sie fragt sich, warum eine solche Größe für Museen erfunden wurde – eine Person pro 20 Quadratmeter, dies in den Turnhallen aber nicht gelte. Da dürfe sich eine Person pro vier Quadratmeter aufhalten. Sie gingen ins Bad und in die Sauna. „Aber Museen müssen schrecklich ansteckende Orte sein“, mutmaßte sie. Seit Beginn der Quarantäne hatte das Ozeanmuseum etwa 230.000 Besucher weniger, was einem Verlust von umgerechnet rund 350.000 Euro entspricht.

Das Bernsteinmuseum, das normalerweise das meistbesuchte in der Region ist, stand vor ähnlichen Herausforderungen. Es gibt hier auch nicht mehr so viele Besucher wie zuvor. Das ist verständlich,



Viele Aktionen mussten aufgrund der Corona-Krise ins Freie verlegt werden: Ein Auto im Retrolook steht als Werbeträger vor dem Bernsteinmuseum im Dohnaturm, das sich in normalen Jahren großer Beliebtheit bei den Besuchern erfreut *Foto: J.T.*

denn Touristen sehnen sich nach drei Monaten des Stillstands so sehr nach der Küste und nach einem Sonnenbad, dass sie lieber ihre Freizeit am Meer verbringen. Um Besucher in das Bernsteinmuseum zu locken, hat die Direktion die Preise für Eintrittskarten gesenkt. Von Juli bis Ende dieses Jahres kostet ein Besuch des gesamten Museums umgerechnet vier Euro für einen Erwachsenen (statt 4,60 Euro), für Jugendliche 2,90 Euro (statt vier Euro), für Schulkinder 1,75 Euro (anstelle von drei Euro). Ein Familienticket kostet jetzt 5,80 Euro (statt 9,30 Euro). Es gilt für zwei Er-

350.000

Euro Verlust verzeichnet das Ozeanmuseum aufgrund der Schließung während des Lockdowns und des allgemeinen Besucherrückgangs

wachsene und zwei Kinder. Besuchern wird empfohlen, Eintrittskarten online auf der Website des Museums oder an

einem Automaten im Außenhof mit Bankkarten zu kaufen. Am Eingang des Museums wird jeder gebeten, eine Schutzmaske zu tragen und seine Hände mit Desinfektionsmittel zu behandeln.

Auch der Königsberger Zoo hat die Eintrittspreise gesenkt. Ein Erwachsenenticket kostet jetzt 2,90 Euro (statt 3,50 Euro), ein Kinder-, Vorzugs- und Studententicket 90 Cent (statt 1,10 Euro).

So versuchen der Zoo und die Museen, die Chancen der Sommersaison zu nutzen, die dieses Jahr erst mitten im Sommer begann und schon sehr bald enden wird.

SYNAGOGE

Jüdisches Gotteshaus erhält Betriebsurlaub

Verzögerung wegen fehlender Genehmigungen – Verstöße sind inzwischen verjährt

Die Regionalregierung hat offiziell die Genehmigung zur Inbetriebnahme der Synagoge auf der Insel Lomse in Königsberg erteilt. In der von der Regionalen Agentur für Architektur, Stadtplanung und -Entwicklung erteilten Genehmigung ist vermerkt, dass die gemeinnützige Organisation „Fonds für den Bau einer Synagoge in Kaliningrad“ die Erlaubnis erhalten hat, das Gebäude mit einer Gesamtfläche von fast 2800 Quadratmetern und fünf Stockwerken Höhe in Betrieb zu nehmen.

Die Baugenehmigung für das Gotteshaus wurde im Juni 2015 erteilt, und die Synagoge wurde bereits im November 2018 feierlich eröffnet. Die Eröffnungszeremonie war symbolträchtig auf den 80. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht gelegt worden. An der Eröffnung nahmen der Oberrabbiner von Russland sowie der deutsche Botschafter in Russland teil. Trotz der Tatsache, dass es keine offizielle Genehmigung der Aufsichtsbehörden für die Inbetriebnahme der Synagoge gab, wurde sie genutzt und Veranstaltungen darin abgehalten. Bald schon eröffnete darin auch eine koschere Kantine. Für



In Anlehnung an den ursprünglichen Bau errichtet: Die neue Synagoge befindet sich genau an der Stelle, wo ihr Vorgängerbau gestanden hatte *Foto: J.T.*

die Einrichtung eines Bewirtungsbetriebs sind jedoch eine Reihe von Genehmigungen von Institutionen wie der Verbraucherschutzbehörde, der Brandinspektion und weiterer Fachdienste einzuholen.

Am 17. September 2019 wurde die Synagogen-Stiftung von den Aufsichtsbehörden angewiesen, die Verstöße beim Bau der Synagoge zu korrigieren. Die Frist für die Ausführung war der 7. Oktober

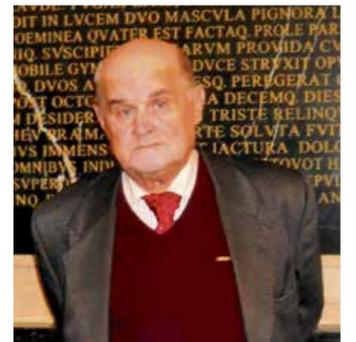
2019. Die Stiftung war jedoch nicht in der Lage, die Verstöße zu beheben. Am 26. November 2019 verfasste die Regionale Agentur für Architektur und Stadtplanung dann ein Protokoll über die Verwaltungsverstöße und reichte Klage ein. Als dann die Gerichtsverhandlung am 15. Januar 2020 stattfand, war die Verjährungsfrist für die Verwaltungshaftung bereits abgelaufen, sodass die Klage abgewiesen wurde. Worin genau die Verstöße während des Baus bestanden, war der Gerichtsentscheidung nicht zu entnehmen. Es gab auch keine Kommentare seitens der Synagogen-Stiftung zu den Ursachen für die Verzögerung bei der Inbetriebnahme.

Das Gebäude der neuen Synagoge wurde an der Stelle des vorherigen Gebäudes errichtet, das in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 zerstört wurde. Seine Höhe beträgt 36 Meter, die Fassade besteht aus historischen Materialien. Die Synagoge umfasst zwei Gebetsräume, Räume für Kindergarten und Schule sowie für Rituale und Feste, einen Lesesaal und weitere Räume. *J.T.*

MELDUNGEN

Igor Odinzow ist verstorben

Königsberg – Als „Dombaumeister“ hat sich Igor Odinzow einen Namen gemacht. Am 8. August verstarb der gelernte Bauingenieur im Alter von 83 Jahren. Odinzow wurde 1937 auf der Krim geboren, studierte in St. Petersburg und zog 1975 in die Pregelmetropole, wo er in der sowjetischen Armee diente. In staatlichem Auftrag baute er Sanatorien, Kasernen und eine Brotfabrik in sozialistischer Plattenbauweise. Als er 1992 den Auftrag zum Wiederaufbau des Königsberger Doms erhielt, hatte er keine Ahnung von Backsteingotik oder Denkmalschutz. Er gründete und leitete das Unternehmen „Kafedralnyj sobor“, dessen Direktor er bis 2016 war. Die Anfänge gestalteten sich schwierig. Von heimischen Kriegsveteranen als Verräter beschimpft, von deutschen Kunsthistorikern als Dilettant bezeichnet, gelang es ihm dennoch, dank seiner Beharrlichkeit und mit viel Hilfe von Deutschen, etwa



Bei einer Domführung: Igor Odinzow im Jahr 2010 *Foto: MRK*

durch Spenden alter Königsberger und letztlich auch mit Unterstützung Putins, das „Wunder“ zu vollbringen und den Königsberger Dom wiedererstehen zu lassen. Der vielfach ausgezeichnete Odinzow hat ein deutsch-russisches Gemeinschaftswerk mit Symbolcharakter vollendet. *MRK*

Ein „Hund“ aus Palmnicken

Groß Dirschkeim – Ein Spaziergängerpaar hat im Frühjahr in der Nähe des Kreises Dirschkeim an der Ostsee einen alten Grubenwagen entdeckt. Das Paar fotografierte den Fund und schickte das Foto an das Bernsteinmuseum in Königsberg. Wissenschaftliche Mitarbeiter des Museums begaben sich sofort an den Fundort, damit dieser nicht wieder ins Meer gespült oder vom Sand bedeckt würde. Wie sich herausstellte, handelte es sich bei dem Grubenwagen um einen sogenannten Hund, der wahrscheinlich beim unterirdischen Bernsteinabbau in Palmnicken eingesetzt wurde. Damals wurde das Gestein mit Spitzhacken abgetragen und auf Grubenwagen verladen. Der gefundene Hund wird nun zum Bernsteinmuseum abtransportiert, wo er von den einzigen professionellen Restauratoren für Holz und Metall im Königsberger Gebiet vom Rost befreit wird. Die Experten hoffen, dass vielleicht ein Schriftzug zu erkennen sein wird, der hilft, die Herkunft des Wagens zu bestimmen. *MRK*

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Bähnisch, Alwine, geb. **Schindler**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 24. August
Westmeier, Karl-Heinz, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 22. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 22. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Feldten, Lisbeth, aus Lyck, am 26. August
Seher, Elfriede, geb. **Danisch**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 150, am 23. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August
Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August
Von Terzi, Hedwig, aus Lyck, Falkstrasse 11, am 22. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Albrecht, Alma, geb. **Köpke**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 27. August
Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August
Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August

Moser, Christa, geb. **Scheidereiter**, aus Fohrenhorst, Kreis Ebenrode, am 27. August
Wilimzik, Ella, geb. **Grubert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bratumil, Herbert, aus Lyck, am 22. August
Faupel, Ursula, geb. **Willumeit**, aus Treuburg, am 23. August
Joswig, Werner, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. August
Medler, Annette, geb. **Krüger**, aus Neidenburg, am 25. August
Nelius, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. August
Rama, Eduard, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. August
Ronneberger, Marga-Marta, aus Maschen, Kreis Lyck, am 26. August
Thomas, Karl, aus Windkeim/Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 24. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Beutel, Hildegard, aus Germau, Kreis Samland sowie Mohrunen und Tilsit, am 21. August
Fisch, Dr. Bernhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, am 26. August
Hüser, Hans-Georg, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. August
Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehag, Meitzen, Kreis Neidenburg, am 26. August
Maartin, Ursula, geb. **Weiß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. August
Nuppenau, Herta, geb. **Nickel**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 22. August
Piechottka, Ruth, geb. **Gottschalk**, Kreisgemeinschaft Ortels-

burg, am 26. August
Rimkus, Kurt, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 22. August
Theile, Anneliese, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Fischhausen, am 24. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beuck, Lucie, geb. **Bojahr**, aus Pöbthen, Kreis Fischhausen, am 24. August
Denda, Willi, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Genz, Gerhard, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August
Köper, Elise, geb. **Albers**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. August
Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August
Mosebach, Eva-Maria, geb. **Linowski**, aus Ortelsburg, am 31. August
Schwiderski, Waltraut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 21. August
Thies, Wilfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August
Wischnewski, Walter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August
Wronna, Heinz, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 22. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hensch, Edith, geb. **Mahler**, aus Wehlau, am 24. August
Kalisch, Oskar, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August
Krause, Else, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 25. August
Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Messer, Elly, aus Königsberg, am 17. August
Mrozek, Käthe, geb. **Steinat**, aus Ebenrode, am 23. August
Raikowski, Irne, geb. **Radzimanowski**, aus Pittehen, Kreis Liebstadt, am 23. August
Reske, Helmut, aus Wehlau, am 27. August
Sawitzki, Herta, geb. **Bogdanski**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Schützhold, Herta, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August
Wayland, Ruth, geb. **Schettler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 26. August
Werner, Irmgard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August
Wiese, Oswald, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. August
Wirtz, Gertrud, geb. **Lubeck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bark, Brigitte, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. August
Bünger, Renate, geb. **Boguschew**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 23. August
Kubbos, Gerry, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 27. August
Langer, Irmgard, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 25. August
Manzau, Lothar, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 26. August
Mischnat, Elisabeth, geb. **Kalinowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August
Podbielski, Erich, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 25. August
Ramseger, Helga, geb. **Ginnuth**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 26. August

Rippke, Heinz, aus Regehen, Kreis Fischhausen, am 26. August
Sprotte, Inge, geb. **Kaulbach**, Kreis Lyck, am 21. August
Szech, Horst, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 27. August
Thomaschky, Harro, aus Tilsit, Jägerstraße 22, am 22. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bürgermeister, Lore, geb. **Körner**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 21. August
Hug, Elfriede, geb. **Jedamski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 22. August
Lusch, Gerda, geb. **Wilks**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 22. August
Moese, Lieselotte, geb. **Zeranski**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Nagel, Inge, geb. **Keller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. August
Possoch, Irmtraud, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. August
Schudy, Karl-Heinz, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 24. August
Schulz, Heinz, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 22. August
Zielenski, Eduard, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 25. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Christoph, Lore, geb. **Schmidt**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. August
Denda, Reinhold, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Dudda, Annelene, geb. **Mohr**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. August
Grimm, Erika, geb. **Grusdat**, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 27. August
Koloska, Meinhard, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. August
Lojewski Jürgen, aus Soffen, Kreis Lyck, am 24. August
Mrowka, Siegfried, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 26. August
Niklas, Gerhard, aus Gusken, Kreis Lyck, am 21. August
Schewe, Brigitte, geb. **Berger**, aus

ANZEIGE

*Diamantene Hochzeit.*

Auf 60 Jahre Eheglück schaut Ihr beide jetzt zurück. Ihr habt in Eurem Leben so viel uns schon gegeben. Für alle Mühe, die Ihr Euch gemacht, sei hiermit Dank Euch dargebracht. Es möge für Euch im weiteren Leben noch viel Freude und Gesundheit geben.

Herzlichen Glückwunsch zum **60.** Hochzeitstag am 23. August von **Margrit, Udo, Sylvia, Annette, Burghart, Marten, Daniel, Christoph**

Fischhausen, am 27. August
Schmidtke, Hans-Georg, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 27. August
Skibba, Richard, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 24. August
Tutas, Hans, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 21. August
Von Glasow, Ernst, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 25. August
Vonhof, Inge, geb. **Kayka**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 24. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Augustin, Manfred, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, am 27. August
Erzberger, Peter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. August
Kramer, Hannelore, geb. **Lipka**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Kroll, Erwin, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 25. August
Lenz, Heidi, geb. **Schorlepp**, aus Wehlau, am 23. August
Lindemann, Helmut, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 27. August
Lohpens, Joachim Werner, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 21. August
Posingies, Sabine, geb. **Erzberger**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 23. August
Rimkiene, Elena (Gislinde), geb. **Luttikus**, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 26. August

Sanchez, Rosemarie, geb. **Wysoczki**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 26. August
Sommer, Gisela, geb. **Rogge**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 21. August
Warnat, Ingrid, geb. **Laaser**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 27. August
Wittke, Brigitte, geb. **Fischer**, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 21. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bolz, Joachim, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 26. August
Rottsahl, Sabine, geb. **Schmidtke**, aus Treuburg, am 27. August
Tertel, Jürgen, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 26. August

**ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT**

Fellehner, Rudolf Hermann Josef, aus Tegnerskrug, Kreis Schloßberg, und **Ehefrau Liselore Ursula**, geb. Finger, am 23. August
Rega, Johannes, aus Eichmedien, Kreis Sensburg, und **Ehefrau Lydia**, geb. **Andreas** aus Moschnen, Kreis Goldap, am 19. August

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturinformatives Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesge-

schaftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt

„100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Diese virtuelle Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
 Telefon: (040) 41 40 08 - 34
 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
 Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

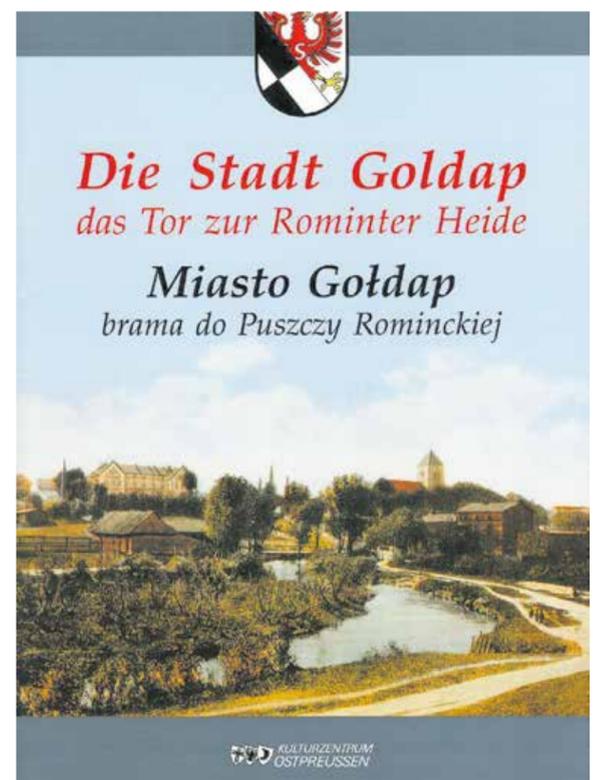
Kulturzentrum Ostpreußen

„Die Stadt Goldap – das Tor zur Rominter Heide / Miasto Goldap – brama do Puszczy Rominckiej“ ist der Titel einer zweisprachigen Publikation, die das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen veröffentlicht hat.

Das 18-seitige, aus hochwertigem Kunstdruckpapier hergestellte Werk enthält zahlreiche historische, teilweise farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch verfasst.

Das Heft kann beim Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Tel. 09141/86440, Fax: 09141/864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 3,50 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden.

Weitere Informationen:
www.kulturzentrum-ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.


Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutziński, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bundestagsabgeordneter Pols würdigte Arbeit der Ostpreußen Landesgruppe – Die Landesgruppe Niedersachsen tagte im Ostpreußischen Landesmuseum. Eine herzliche Begrüßung durch den Direktor des Hauses, Dr. Joachim Mähner, stand am Beginn der Jahreshauptversammlung, die nach der Wiedereröffnung der Museen im Ostpreußischen Landesmuseum im Juni stattfinden konnte.

Mit besonderer Freude konnte die Vorsitzende Dr. Barbara Loeffke den Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten im Deutschen Bundestag, sowie den Geschäftsführer des BdV-Landesverbandes Niedersachsen, Herrn Gediga, sowie Frau Brigitte Junker von der Kreisgemeinschaft Angerburg in der trotz Corona-Krise gut besuchten Versammlung begrüßen. **Ermunternde Grußworte**

„Haben wir Ostpreußen endgültig verloren? Blickt man in die Gesichter in diesen besonderen Räumlichkeiten und auf die Tradition der Deutschlandtreffen Ihrer Landsmannschaft, die seit 1949 – also mit der Gründung der Bundesrepublik – stattfinden, ist das berühmte Land der kristallinen Seen und dunklen Wälder in unseren Herzen nicht untergegangen.“ Mit dieser Aussage leitete Eckhard Pols sein Grußwort ein.

Mit großem Interesse verfolgte die Versammlung die Ausführung des Bundestagsabgeordneten. Er wies zunächst darauf hin, dass es zunehmend auch jüngere Abgeordnete in seiner Gruppe mit ostdeutschen Wurzeln gibt – die Mitgliederzahl der Gruppe ist von 35 auf 70 angewachsen –, die sich der Aufarbeitung des Kriegsfolgen schicksals widmen. So konnte endlich erreicht werden, dass für die Entschädigung für die deutschen Zwangsarbeiter 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Pols berichtete ferner über die voraussichtliche Weiterführung des DRK-Suchdienstes bis 2025.

Das kulturelle Erbe sichern
Wichtiger Auftrag für die Zukunft ist es, das kulturelle Erbe des deutschen Ostens zu sichern. Dabei erinnert Pols an die lange Geschichte

des Ostpreußischen Landesmuseums, dessen Ursprünge in dem auf Initiative von Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke entstandenen Ostpreußischen Jagdmuseum im Alten Kaufhaus am Alten Kran zurückgehen.

Mit großer Freude konnten die Ostpreußen zur Kenntnis nehmen, „dass es gelungen ist, die Modernisierung des weltweit einzigen Museums für ganz Ostpreußen weiter voranzutreiben mit dem Ergebnis, dass 5,6 Millionen Euro aus Bundesmitteln und 2,4 Millionen Euro des Landes Niedersachsen zur Verfügung gestellt werden für die geplante Erweiterung des „Kant-Baus“. Der Kant-Bau, der 2014 zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant fertiggestellt sein soll, wird eine Ausstellung über den Königsberger Philosophen und die deutsche Aufklärung beinhalten.

Ein wichtiges Thema für die Vertriebenen ist die Kulturförderung über §96 BVFG. Geplant ist unter anderem die Sanierung von Schloss Steinort, einem der bedeutendsten noch erhaltenen Schlösser Ostpreußens.

Ebenfalls erfreut vernahmten die Ostpreußen, dass am 9. Juni das Berliner Deutschlandhaus nach Bestätigung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung an die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zum Einbau der Ersteinrichtung übergeben worden ist. Im Sommer 2021 soll die Eröffnung des Ausstellungs- und Dokumentationszentrums, für das 60 Millionen zur Verfügung gestellt wurden, stattfinden. Pols wörtlich: „Wir haben uns jahrelang dafür eingesetzt, dass der Schwerpunkt der Dauerausstellung gemäß einstimmigem Beschluss des Stiftungsrates, dem auch ich angehöre, Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges sein soll.“

Nicht unerwähnt ließ Pols, dass Stephan Grigat, der Sprecher der Ostpreußen, nicht müde wurde, an die enormen Opfer zu erinnern, die Ostpreußen durch Krieg, Flucht und Vertreibung zu erleiden hatte: Mehr als ein Viertel der Menschen verlor das Leben.

Lob für die Ostpreußen
Mit Dank und Lob für die Ostpreußen schloss Eckhard Pols seine Ausführungen: „Dass die deutschen Heimatvertriebenen eben nicht rückwärtsgewandt, sondern dialogbereit sind, haben die Ostpreußen durch ihre zahlreichen Kontakte, Besuche oder Projekte zwischen Deutschland und den östlichen Nachbarn bewiesen. Für diesen Einsatz darf ich Ihnen den Dank der gesamten CDU/CSU-Bundestagsfraktion aussprechen.“

Der Beifall für diese Ausführung ließ nicht auf sich warten. Frau Dr. Loeffke dankte Herrn Pols für seine Teilnahme an der Veranstaltung und seinen Einsatz für die Vertriebenen, die sein Engagement zu schätzen wissen.



Seit vielen Jahren ein treuer Freund der Ostpreußen: Bundestagsabgeordneter Eckhard Pols
Foto: pa

Kant-Bau zum 300. Todestag
Nachdem die Vorsitzende schon auf die Geschichte des Ostpreußischen Jagdmuseums und die danach folgende des Ostpreußischen Landesmuseums hingewiesen hatte, gab Direktor Dr. Mähner einen Einblick in die aktuelle Situation des Museums und berichtete über die Erweiterungspläne, den mit Spannung erwarteten „Kant-Bau“ für den großen ostpreußischen Philosophen.

Die Rechte der Vertriebenen
Ihre Rückschau auf den Berichtszeitraum 2019/2020 leitete die Vorsitzende aus Anlass des Kriegsendes vor 75 Jahren mit der Frage ein: Was wurde aus den Rechten und berechtigten Anliegen der Vertriebenen? Was hat der jahrzehntelange Einsatz für die Heimat gebracht? So beachtlich das auch durch unsere Organisationen für die einzelnen Mitglieder geleistet gewesen ist, so wenig Erfolg – das müssen wir nüchtern feststellen – war uns bei der Durchsetzung unserer politischen Ziele beschieden. Aber die Heimatvertriebenen haben nicht resigniert, sondern angepackt, wo immer sich die Möglichkeit dazu bot, und so haben sie vorbildlich zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes beigetragen.

Das tragische Kriegsende in seiner ganzen Grausamkeit wurde eindrucksvoll von Vorstandsmitglied Fritz Folger in einem Vortrag beschrieben.

Nicht unerwähnt blieben in den Ausführungen der Vorsitzenden die auch für die deutschen Heimatvertriebenen historischen Daten, wie

die Charta der deutschen Heimatvertriebenen 1950, der Aufstand der unterdrückten Deutschen in Mitteldeutschland 1953, der Bau der Berliner Mauer 1961, die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) 1965, die Annahme des Moskauer und Warschauer Vertrages durch den Deutschen Bundestag mit nur wenigen Gegenstimmen bei Stimmenthaltung der CDU/CSU 1972, die Entscheidung 1973 und 1975 des Bundesverfassungsgerichts, dass das Deutsche Reich fortbesteht, der Fall der Mauer 1989 und der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit 1990/1991.

Schließlich ging sie noch auf die Kontakte zu den befreundeten Organisationen des Bundes der Vertriebenen, zur Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und den benachbarten Landsmannschaften ein. Es gilt, zusammenzurücken, um so die Interessen der Vertriebenen verstärkt zu vertreten. Auch der Landesgruppe Niedersachsen liegt die Kulturpflege besonders am Herzen, um über die Darstellung der Kultur Ostpreußens auch Nicht-Vertriebene für Ostpreußen zu interessieren. Über all dem stehen die Gedanken an unsere Heimat, das Land und die Situation unserer in der Heimat verbliebenen Landsleute.

Volksabstimmung 1920
Ihr Augenmerk wandte die Vorsitzende schließlich der Volksabstimmung in Teilen Süd-Ostpreußens im Jahre 1920 zu. Auf dem damals

in Allenstein errichteten Abstimmungsdenkmal, das später zerstört wurde, waren die Ergebnisse der Volksabstimmung zu lesen: 363.209 Abstimmungsberechtigte sprachen sich für den Verbleib der Abstimmungsgebiete beim Deutschen Reich aus, 7980 stimmten für Polen. Hans-Ludwig Loeffke, schieb als Kreisvertreter von Allenstein im „Ostpreußenkalender 1950“: Die Atlantikcharta, die zwischen den „Großen Drei“ im Jahre 1941 geschlossen wurde, besagt in §2 ganz unzweideutig, dass „keine Gebietsveränderungen, die nicht mit dem frei zu äussernden Willen des betroffenen Volkes im Einklang stehen, vorgenommen werden dürfen.“ Dieser frei zu äussernde Wille wurde 1920 verwirklicht!

Vielfältiges Programm
Die Berichte aus den Gruppen boten ein eindrucksvolles Bild der Aktivitäten auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene. Auf dem Programm standen neben den regelmäßigen, meist monatlichen Treffen Ausflüge, Besuche der Dittchenbühne in Elmshorn und Vorträge u.a. über den Ermländischen Bischof Maximilian Kaller, den Schriftsteller Erhard Brüchert aus Pommern, ein Vortrag von Dr. Christopher Spatz über sein Buch „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ sowie ein Vortrag über „Jagd in Ostpreußen – einst und jetzt“ von Horst Buschalsky. Treffen zum Osterfest, zu Erntedank und zu Weihnachten rundeten das Programm neben vielem Anderen ab.

Vorstand im Amt bestätigt
Zu den anstehenden Regularien gehörten die Abstimmung über den Kassenbericht, der von Frau Pottschien vorgetragen wurde. Die Kassenprüfung ergab keinerlei Beanstandungen, sodass die Entlastung der Kassenführerin und auch des Vorstandes einstimmig erteilt wurden.

Auf der Tagesordnung standen auch die Wahl des Landesvorsitzenden sowie des Schatzmeisters und Schriftführers und der Kassenprüfer. Frau Dr. Loeffke wurde in ihrem Amt bestätigt, ebenso die Schatzmeisterin Frau Pottschien und die Kassenprüfer Gerold Plewa und Dr. Karsten Uffhausen.

Gedenken an die Verstorbenen

ANZEIGE
Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“
August von Goethe Literaturverlag:
ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, €18,80

Zu Beginn der Versammlung wurde der im Berichtsjahr Verstorbenen gedacht. Am 8. März 2020 verstarb Herr Uwe Jäckel, ein treuer Weggefährte der Landsmannschaft Ostpreußen. Er war langjähriger Beisitzer und Schriftführer der Bezirksgruppe Lüneburg und Vorsitzender im Kreisverband Celle seit 2014. Darüber hinaus war er in verschiedenen sozialen Einrichtungen aktiv, so im Sozialverband Deutschland und im Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge, die seinen Einsatz wiederholt würdigten haben.

Die Versammlung gedachte ferner des Vorsitzenden der Gruppe Göttingen, Herrn Werner Erdmann, Träger des Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen, der am 3.11.2019 verstarb. Herr Erdmann wurde 1977 zum Stellv. Vorsitzenden und 2002 zum Vorsitzenden gewählt. Besondere Verdienste hat Herr Erdmann sich bei der Organisation und Betreuung von Fahrten und von Transporten mit Hilfsgütern nach Ostpreußen erworben. Unvergessen ist sein Einsatz bei der Gestaltung der „Rosengartenfeier“, die über Göttingen hinaus große Anerkennung fand. Gedacht wurde auch aller Landsleute, die im abgelaufenen Jahr abgerufen wurden. Ein besonderes Gedenken galt den Menschen, die ihr Leben für Deutschland opferten und den Flüchtenden den Weg in den Westen ermöglichten.

Ein Rundgang durchs Haus
Abgerundet wurde die Jahreshauptversammlung durch einen Besuch der Deutschbaltischen Abteilung des Ostpreußischen Landesmuseums, in die Dr. Mähner zuvor eingeführt hatte.

Abschließend dankte die Vorsitzende Herrn Dr. Mähner für seine Zukunftspläne, die Einführung in die Deutschbaltische Abteilung sowie die der Landesgruppe Niedersachsen gewährte groß-

Beilagen der PAZ zum Nachbestellen

In den vergangenen Wochen hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* einige Sonderbeilagen zu wichtigen Themen der preußischen und ostpreußischen Geschichte sowie zur Museumskultur herausgegeben.

Diese Beilagen stießen unter den Lesern auf großen Zuspruch und können nun auch einzeln in der Geschäftsstelle der PAZ bestellt werden.

Der Preis per Stück beträgt 1,- Euro, zzgl. Versandkosten.

Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter der E-Mail-Adresse: **selke@paz.de** oder telefonisch unter der Nummer **(040)414008-0**.



1945: Nullpunkt unserer Geschichte

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Doch die Menschen in Deutschland und Europa bewegt er bis heute. Betrachtungen und Denkanstöße aus verschiedenen Blickwinkeln und Ländern.



Erzähltes Preußen. Eine Museumsbeilage

Nach Wochen des Lockdowns sind seit Mai auch die Museen wieder geöffnet. Ein guter Anlass, einige derjenigen Häuser, die auf vielfältige Weise von der Geschichte Preußens und den Geschichten seiner Menschen berichten, (neu) zu entdecken.



100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

Zum Gedenken an das Referendum vom 11. Juli 1920, als die Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens aufgefordert waren zu entscheiden, ob ihre Heimat bei Deutschland verbleiben oder zu Polen kommen sollte.

Zusendungen für die Ausgabe 36/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 36/2020 (Erstverkaufstag 4. September) bis spätestens Dienstag, den 25. August 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4,
22087 Hamburg

Heimatkreisgemeinschaften

artige Gastfreundschaft. Die Versammlungsteilnehmer waren sich einig: Niemand sollte sich einen Besuch dieses wunderbaren Museums entgehen lassen.

Ehrungen

Für ihren Einsatz in der Landsmannschaft Ostpreußen wurden Dietmar Kiekel und Peter Meinecke mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Dietmar Kiekel, geboren 1943 in Eisselbitten, Kreis Samland, zeichnet sich besonders seit dem Tod des langjährigen Vorsitzenden Wolfgang Weyer durch die Durchführung guter Veranstaltungen und vieler erfolgreich durchgeführter Ausflüge und Reisen aus.

Peter Meinecke, in Stade geboren, kommt das Verdienst zu, erfolgreich bei der Gewinnung neuer Mitglieder für die Gruppe Buxtehude zu wirken. Seinen Aktivitäten ist zu verdanken, dass die Gruppe Buxtehude regelmäßig in großer Besetzung zusammenkommt und stets zu den festen Säulen besonders bei öffentlichen Veranstaltungen zu Fest- und Feiertagen in Buxtehude gehört.

Herrn Kiekel und Herrn Meinecke dankte Frau Dr. Loeffke herzlich für die ausgezeichnete Arbeit für Ostpreußen, auch in Erinnerung an den langjährigen Vorsitzenden Wolfgang Weyer, sodass die Gruppe Buxtehude weiter zu den aktivsten Gruppen in Niedersachsen gehört.

Holzminden – Nach langsamer Lockerung der coronabedingten Einschränkung will sich die Ostpreußengruppe wieder treffen und die im März ausgefallene Jahreshauptversammlung am 28. August um 15 Uhr im „Felsenkeller“ nachholen. Im Anschluss daran wird die Vorsitzende den Film „Ostpreußen, wie es war“ vorführen. Für den 25. September ist ein Vortrag des 2. Vorsitzenden angesagt: „25 Jahre Pastorendienst in Holzminden“. Für alle „Alt-Holzminden-Begeisterte“, Mitglieder und Gäste findet am 23. Oktober

eine weitere Vortragsreihe statt. Und am 15. November dürfen sich Mitglieder und Gäste wieder auf das beliebte Königsberger Klopessen freuen. Am 3. Advent findet die traditionelle vorweihnachtliche Feier mit einer vorausgehenden Andacht statt. Alle Veranstaltungen unter Corona-Auflagen.

Renate Bohn


Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen um ein Jahr verschoben

Schwerin - Unser Landestreffen der Ostpreußen am 26.09.2020 in Schwerin muss leider um ein Jahr verschoben werden. Wir hatten immer noch Hoffnung und warteten daher bis zum Schluss. Doch ehe Stornogebühren fällig geworden wären, mussten wir uns entscheiden. All die viele Arbeit der Vorbereitungen und Organisation ist nun leider umsonst. Wir hatten die große Sport- und Kongresshalle Schwerin für 1.800 Besucher sowie über 180 Hotelplätze für die Chöre aus der Heimat schon über ein Jahr zuvor fest reserviert. Innenveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern sind jedoch bis zum 31.10.2020 nur für 200 Personen erlaubt (in Ausnahmefällen bis 400 Personen) und dann mit Schutzmaske und Sicherheitsabstand von 1,50 Meter – das hat keinen Sinn. Nun hoffen wir, dass wir 2021 wieder unsere Heimattreffen veranstalten können. Als neuen Termin für unser Landestreffen haben wir bereits jetzt den 25.09.2021 in Schwerin fest gebucht und laden schon jetzt herzlich dazu ein - bitte vormerken.

Anklam - Am 26.09.2020 wollen wir in Anklam den Tag der Heimat im erlaubten kleineren Rahmen festlich begehen. Unser Denkmal

für die Opfer von Flucht und Vertreibung – das erste seiner Art in Mecklenburg-Vorpommern – wird fast auf den Tag genau 25 Jahre alt. Tagungsort ist von 10 bis 16 Uhr die Mehrzweckhalle Volkshaus Anklam, Baustr. 48-49. Vorbereitet ist ein heimatliches Kulturprogramm, Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang und Büchertisch.

Manfred Schukat
Landesvorsitzender


Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Dittchenbühne nutzt Corona-Pause für Generalüberholung

Elmshorn - Das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ bereitet sich auf eine neue Aufführungssaison vor. Wenn auch über Premieren- und Aufführungstermine aufgrund der Corona-Bestimmungen weiterhin keine Angaben gemacht werden können, so wurde jetzt innerhalb von etwa drei Wochen die Bühne samt der Bühnentechnik auf einen aktuellen Stand gebracht.

Mehr als 70 Bühnenscheinwerfer wurden beispielsweise aus ihren Halterungen an der Theaterdecke genommen und heruntergeholt, entstaubt und gewartet, neu verkabelt und wieder in Stellung gebracht. Dabei ist auch die LED-Technik in den Theatersaal eingezogen – das bedeutet für die „Dittchenbühne“ einen geringeren Stromverbrauch und für das Publikum weniger Wärmeentwicklung im Zuschauerraum. Mit einem neuen Mischpult sind jetzt auf der Bühne unendlich viele Beleuchtungseffekte und Farbgestaltungen möglich. Darüber hinaus hat die Dittchenbühne eine neue Bühnenleinwand bekommen, auf die von vorn und von hinten projiziert werden kann, sodass es

ANZEIGE

Ostpreußen

25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern 26.09.2020 in Schwerin

verschoben auf 2021

Liebe Landsleute und Freunde der Heimat von nah und fern!
Die anhaltenden Corona-Beschränkungen erlauben Innenveranstaltungen in MV noch bis 31.10.2020 nur für 200 Personen. Wir hatten bis zuletzt gehofft, aber ein Heimattreffen mit Sicherheitsabstand und Mundschutz ist nicht sinnvoll. So mussten wir uns schweren Herzens für 1 Jahr später entscheiden.

Neuer Termin: 25. September 2021 Sport- und Kongresshalle Schwerin

Alle guten Wünsche für Gesundheit und Gottes Segen – bleiben Sie uns treu!

**Ihre Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Vors. Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam**

jetzt bei der Gestaltung von Bühnenbildern oder dem Einspielen von Bildern oder Video-Clips neue Möglichkeiten gibt.

Bei der Durchsicht der alten Scheinwerfer ist das Renovierungsteam von Rainer Koch und Peter Korff sogar auf ein Uraltgerät aus den 30er Jahren gestoßen. Diese Lichtquelle wird jetzt als technisches Museumsstück an einem besonderen Platz im Eingangsbereich der Dittchenbühne ausgestellt.

Wann aber die neuen Möglichkeiten erstmals vor Publikum zum Einsatz kommen, kann Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt noch nicht sagen: „Das ist vom

Verlauf der Corona-Pandemie abhängig und von den Bestimmungen zur Eindämmung des Virus.“ Die Aufführungen von „Kopernikus“, die ursprünglich Ende des Monats beginnen sollten, werden wohl auf 2021 verschoben.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – 20 Mitglieder der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e. V. erlebten am 13. August 2020 bei sommerlichen Temperaturen einen unterhaltsamen Nachmittag. Es begann mit einer gemeinsamen Kaffeetafel im Sportheim des Sportvereins SV Adelby. Nach anregenden Gesprä-

chen bei Kaffee und Kuchen wechselten die Teilnehmer in die St. Johannis-Kirche zu Adelby. Hier erläuterte Organist Sven Rösch das exklusive Orgelprogramm unterschiedlicher Komponisten, um die Vielfalt der im Mai 2019 eingeweihten Orgel der Orgelbaufirma Paschen aus Kiel zu demonstrieren. Die künstlerische Ausgestaltung der Orgel lag in den Händen von Uwe Appold. Nach den verschiedenen Musikstücken erklangen zum Abschluss das Pommernlied und das Ostpreußenlied.

Die Zuhörer bedankten sich mit einem kräftigen Applaus und einer großzügigen Spende.

Hans Legies, 1. Vorsitzender

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Bartenstein

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Unser Kreistreffen wird - wie angekündigt - am Sonnabend, 5. September 2020, in Nienburg/Weser stattfinden am 10.30 Uhr im „Hotel zur Krone“, Verdener Landstraße 245, OT Holtorf. Unter corona-bedingten Abstands- und Hygieneregeln werden wir im großen Saal zusammenkommen und auf das sonst gewohnte Buffet verzichten müssen. Trotzdem wird niemand verhungern.

Wir rechnen mit bis zu ca. 30 angemeldeten Teilnehmern, die den am Vortag neugewählten Vorstand unserer HKG kennenlernen wollen.

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon: 0151 - 12 30 53 77; Fax: 03 90 00 - 5 13 17, GSt.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon: 0341 - 960 09 87, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Kreistag stimmt schriftlich ab Aufgrund der Corona-Pandemie musste unser Hauptkreistreffen am 3./4. Oktober in Bad Nenndorf abgesagt werden. Damit kann auch die für diesen Termin anberaumte Sitzung des Kreistages nicht statt-

finden. Da der Kreistag aber einige zwingende Beschlüsse zu fassen hat, wird dies ausnahmsweise im vereinfachten schriftlichen Verfahren erfolgen. Grundlage bildet die Regelung in Paragraf 5 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs-, und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (abgedruckt als Artikel 2 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27. März 2020 (BGBl 2020, Teil I, Nr. 14, S. 569 ff.)).

Alle Kreistagsmitglieder werden demnächst angeschrieben und Ihnen die Beschlussvorlagen nebst Anlagen übersandt. Sie können dann innerhalb von vier Wochen ihre Stimmen in Textform abgeben - per Brief, Fax oder E-Mail. Gibt mindestens die Hälfte der Kreistagsmitglieder ihr Votum ab und erhält der jeweilige Beschluss die in der Satzung festgelegte erforderliche Mehrheit der Stimmen, so ist er nach der obengenannten Regelung gültig.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Vorstand der Stadtgemein-schaft Tilsit e.V. verjüngt Wenn die zwei ältesten Mitglieder unserer Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. mich anrufen, um ausdrück-

lich die Verjüngung unseres Vorstandes mit dem jungen, erst kürzlich gewählten Stadtvertreter Dr. Andreas Kurt Borm (PAZ 19/2020 vom 08. Mai 2020) zu begrüßen, darf sich nicht nur das frisch gewählte Vorstandsmitglied freuen, sondern die gesamte Stadtgemeinschaft.

Im Vorfeld des Wahlaufs zum neuen Vorstandsmitglied vom 30.07.2020 trafen sich der Kandidat für das Vorstandsamt mit dem 1. Vorsitzenden, Erwin Feige, und dem Sprecher der Stadtvertretung, Prof. Günter Hertel, in Chemnitz. Daraufhin wurden entsprechend der gültigen Satzung, §7, Absatz 3a, der Stadt-gemeinschaft Tilsit e.V. (SGT) und der Empfehlungen der Land-smannschaft Ostpreußen zur Verbandsarbeit unter eingeschränkten Corona-Bedingungen (PAZ 16/2020 vom 17. April 2020) alle Stadtvertreter und Vorstandsmit-glieder aufgerufen, Dr. Andreas Borm ihre Stimme zu geben.

Auf dem beigefügten Bild mit Erwin Feige, das Dr. Andreas Kurt Borm an den Vorstand sandte, erkennt man unschwer neben der Freude auch seine emotionale und physische Fähigkeit für diese Aufgabe. Er betont seines Vaters und Großvaters Herkunft aus Tilsit. Bescheiden unerwähnt lässt er seine Promotion an der Universität Greifswald mit einer Dissertation zur Entwicklung Königsbergs zur Großstadt in den 1920/1930er Jahren. Wir werden diese Forschungsergebnisse einem größeren Kreis, auch für Nichtakademiker, geeignet vorstellen.

Nunmehr dürfen wir mit Dankbarkeit feststellen, dass alle Stadtvertreter inkl. Vorstandsmitglie-der (=100 Prozent) seiner Wahl in

den Vorstand der Stadtgemein-schaft zugestimmt haben.

Andreas Kurt Borm wird sich in die Aufgabe des Web-Designs unserer Homepage einarbeiten. Das ebenfalls im virtuellen Verfahren gewählte Mitglied der Stadtvertretung Bernd Polte (siehe PAZ 19/2020, S.17) nimmt jetzt schon Aufgaben im Auftrag des Vorstands wahr, die der Geschäftsführer Manfred Urb-schat an beide über-trägt.

Kurzvita des neuen Vorstandsmitglieds:

Dr. Andreas Kurt Borm, M. A. (Jahrgang 1981), Mitglied des Bundes Junges Ostpreußen (Beisitzer im Vorstand); Vater aus Tilsit (geb. 1941), Großeltern: Bäckerei Kurt Borm (Rosenstraße) in Tilsit; ab 2001/02 Studium der Fächer Geschichte/Mathematik für das Lehramt an Gymnasien in Heidelberg, Greifswald und Mainz; 2002 Erster Preisträger des Jugendförderpreises der Landsmannschaft Ostpreußen für seine Initiative und Ausführung einer Internet-plattform für einen Gedanken- und Dokumentenaustausch über Ostpreußen; seit August 2011 Studienrat, Koordinator einer Schulpartnerschaft mit Polen; 2011-2015 Weiterbildungslehrgang für das Fach Informatik; 2015-2018 Fernstudium Schulmanagement; mehrfache Reisen nach Danzig/Gdansk, Memelland/Litauen, Masuren/Polen, Königsberg/Kalinin-grad; 2016 Promotion über die Entwicklung der Stadt Königsberg zur Großstadt in den 1920er Jahren (Universität Greifswald, online verfügbar). Zum Mitglied der Stadtvertretung durch virtuelles Verfahren (über die PAZ) seit 17.05.2020 gewählt.



Neues Vorstandsmitglied Der Kandidat für den Vorstand der Stadt-gemeinschaft Tilsit e.V., Dr. Andreas Kurt Borm, und ihr 1. Vorsitzender, Erwin Feige, am 9. Juli 2020 in Chemnitz Foto: Lana Decker

Zwei Hinweise des Sprechers der Stadtvertretung zu gegenwärtigen Aufgaben einiger ihrer Mitglieder:

Im Zuge eines kürzlich durch Testamentseröffnung veranlass-ten Erbes einer gebürtigen Tilsiterin an die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. ergeben sich zur Zeit eine Vielzahl von Aktivitäten, vor allem des 1. Vorsitzenden, in juris-tischer, logistischer und finanziel-ler Form. Der Schatzmeister Man-fred Gesien prüft ergänzend die finanziellen Themen. Bernd Polte und der Unterzeichner bearbeiten den schriftlichen Nachlass der Erblasserin, der immensen Um-fang hat. Sobald wie möglich, spä-

testens im Weihnachtsbrief unse-res Heimatbriefes werden wir da-rüber berichten. Insofern sehen Sie/Ihr uns bitte nach, wenn wir derzeit Satzungsfragen nicht prior-itär sehen.

Gleichwohl müssen wir als Stadtvertreter uns so bald wie möglich physisch treffen. Das ist wegen der Versammlungsein-schränkungen derzeit schwierig zu planen. Wir prüfen, wann und un-ter welchen Bedingungen wir uns für wenigstens zwei halbe Tage treffen können.

Prof. Günter H. Hertel Sprecher der Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V

Rätsel

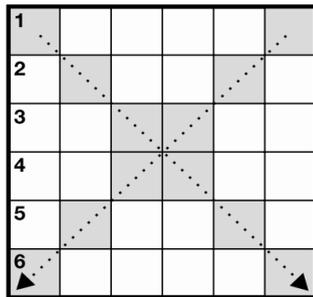
Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid and a 6x6 grid. Clues include: durchtriebener Mensch, Dauerbezug, ärmelloses Pullover, Treib-, Gärungs-mittel, Ertrag einer Kapital-anlage, chem. Element, giftiges Gas, indischer Religions-stifter, Land-haus (franzö-sisch), briti-scher Sagen-könig, dünn, zart, schriftl. festge-haltenes Recht, rhyth-mischer Sprech-ge-sang, Vertiefung im Boden, flieder-blau, heil-violett, zylindri-sches Maschi-nenteil, behaarte Tierhaut, Büch-er-fruit, US-Film-star... Gardner, in einen Raum hinein-gehen, bibli-scher König, Feuch-tigkeit, Geleit-zug, Wüsten-insel, kleine Metall-schlinge, aus-nahmslos, wüst, leer, längliche, gerun-dete Verdickung, Konzept einer Urlaub-s-fahrt, Berufs-verei-nigung, Zunft, Haupt-schlag-ader, Fremd-wort-teil: fern, höchster weltlicher Herrscher-titel, Back-masse, Geld-summe als Bürg-erschaft, mexi-kanischer Indianer, Laub-baum, enthalt-same Lebens-weise, gepflegt, sauber, hübsch, hinterer Teil des Fußes, Hacke, Meeres-pflanze in Kisten-nähe, Elek-tronik-messe in Berlin, Anzahl kleiner Lebe-wesen, Schalt-modul, Besatz-streifen, starke Hitze, ver-fallenes Bauwerk, bayer. Benedik-tiner-abtei, Has-t, fieber-hafte Eile, osteng-lische Graf-schaft, Anpflan-zung, Fisch-knochen, mens-chliche Aus-strahlung, poetisch: aus Erz beste-hend, brüchig; baufällig, Schall-drehen-der Klang; Echo, dau-erhaft, stand-haft, obwohl ein Schiff stürmen, Frauen-gestalt bei Lessing, früherer österr. Adels-titel, Fluss zum Rhein, Wendung zurück, Signal-farbe, durch-triebene Person, alkoho-lisches Kalt-getränk, Sing-gemein-schaft, Nuss-oder Mandel-konfekt, blut-saugendes Insekt, Kletter-pflanze, Boots-ruder, dt. Kompo-nist (Carl), altes Blas-instrument, Sinnes-organ, winter-licher Nieder-schlag, Drama von Ibsen, junges Pferd, Gebirge zwischen Europa u. Asien, Affe, Weiß-hand-gibbon, durch kräftiges Reiben säubern, Kfz-Zeichen Ess-lingen, flüch-tiger Augen-blick, Kellner, Rand eines Gewäs-sers, krankhaft erhöhte Tempera-tur, Ostasiat, Alpental in Tirol, Abkür-zung für Summa

Sudoku

6x6 Sudoku grid with numbers 7, 8, 9, 4, 1, 2, 6, 3, 7, 8, 4, 5, 2, 9, 6, 3, 8, 9, 3, 1, 7.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



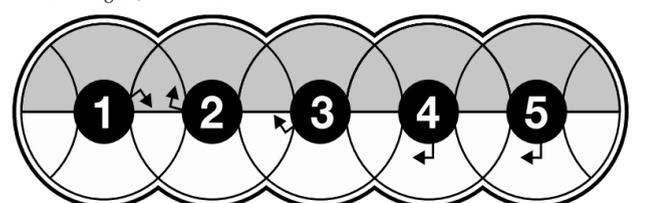
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei europäische Hauptstädte.

- 1 Gewichtsklasse beim Kampfsport
2 Eheschließung
3 zusammengedrehte Schnur
4 Buch-, Presseunternehmen
5 nicht teuer
6 Realität, Leben

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Zusammenstellung wissenschaftlicher Ausdrücke.

- 1 Schafrasse, 2 Gewürzständer, 3 Stadt an der Peene, 4 kautschukähnliches Naturerzeugnis, 5 ein Planet



EISENBahnGESCHICHTE

Transportmittel für Demontage-Güter

Gerhard Greß und Jörg Patzelt beschreiben das Eisenbahnnetz in Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg

VON RAINER CLAASSEN

Es gibt Menschen, die behaupten, dass ein Buch, das sich „Teil 2“ nennt, gegenüber dem zuvor erschienenen ersten Teil zwangsläufig abfällt. Mag sein, dass das fallweise stimmt – bei „Ostpreußen und seine Verkehrswege“ ist jedenfalls der Abfall nicht zu spüren.

„Ostpreußen und seine Verkehrswege Teil 2 ab 1945“ zeichnet sich als Erstes durch einen nahtlosen Anschluss an das vorangegangene Werk aus. Beide Autoren sind familiär vorbelastet und haben sehr einfühlsam, aber auch plastisch das Kriegsende mitsamt der Flucht und den anschließenden Vertreibungen dargestellt. Sie benutzen dafür statistische Angaben ebenso wie Zeitzeugenberichte, und es ist erschütternd, wenn man sieht, wie die Menschen verzweifelt auf die Bahnhöfe strömten und hofften, dort Hilfe der Eisenbahner zu finden und wegzukommen, um nur ja nicht der mordenden und plündernden Roten Armee in die Hände zu fallen. Vom Ende in Allenstein und Insterburg berichten Eisenbahner, die damals Dienst taten und deren Überlieferungen bisher nur in einzelnen Kreisheimatbriefen oder Fachzeitschriften auftauchten. Es ist erfreulich, dass sie nunmehr einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht werden.

Authentische Augenzeugenberichte

Beginnend mit der Konferenz von Potsdam, werden die politischen und territorialen Verhältnisse in Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg im Großen dargestellt; sehr hilfreich sind die hier abgebildete Deutschlandkarte mit Einteilung der Besatzungszonen wie auch die auf der nächsten Seite gezeigte Ostpreußenkarte mit den neuen Grenzlinien. So kann auch ein Leser, für den die Gegend bisher „terra incognita“ war, den knapp und sachlich gehaltenen Beschreibungen gut folgen.



Bahnhof Insterburg im Jahr 1987: Ein Zug aus Königsberg trifft ein

Foto: VBG

Sehr gut passt auch die anschließende Doppelseite mit einer Beschreibung von Planung und Bau (bis zur Einstellung 1942) des Masurischen Kanals; ein Kartenausschnitt, eine Längsschnittzeichnung und zwei Fotos wurden von Verfasser Patzelt an den richtigen Stellen in den gut verständlichen Text eingeordnet.

Einige wenige CIA-Aktenauszüge, neben der Original-Reproduktion auch in verständliches Deutsch übertragen, beschreiben den Zustand nach der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs; dem folgt eine durch Fotos, Tabellen und (wiederum) eine Karte unterstützte Darstellung des Kolonnenverkehrs, der dem Abtransport von Demontage- und sonstigem Raubgut der Sowjetarmee diente.

Die Menschen strömten verzweifelt auf die Bahnhöfe, und hofften, dort Hilfe der Eisenbahner zu finden, um nur ja nicht der Roten Armee in die Hände zu fallen

Die nachfolgenden Abschnitte sind schwerpunktmäßig nach Orten geordnet; wie schon im ersten Band fehlt eine systematische Sortierung, wobei man sich allerdings schon fragen müsste, welche Ordnungskriterien da zugrundegelegt werden könnten. Das Thema ist nicht so umfangreich, dass man sich „verirren“ könnte. Was man sucht, findet man auch, und beim Durchblättern stößt man auf jeder Seite auf interessante Abbildungen, die zudem teilweise noch Vergleichsfotos von früher enthalten. Eines steht fest: Langeweile kommt bei diesem Buch überhaupt nicht auf.

Sehr gut war auch die Idee, immer wieder reine Landschaftsaufnahmen in die Streckenbeschreibungen aufzuneh-

men; Ostpreußen ist auch heute noch von unvergleichlicher Schönheit und hat es verdient, auf diese Weise gewürdigt zu werden.

Die in Ostpreußen vorhandenen Autobahnteilstücke werden auf fünf Seiten abgehandelt; eine angemessene Kürze, wenn man bedenkt, wie wenig von dieser Infrastruktur bei Kriegsausbruch im Osten fertiggestellt war. Dagegen kommen die Kleinbahnen wieder voll und ganz zu ihrem Recht – „Kleinbahn-Meister“ Patzelt hat auch hier wieder zusammengetragen, was auffindbar war.

Erlebnisberichte Reisender

Einen schönen Abschluss bilden Erlebnisberichte von den ersten touristischen Fahrten ins Königsberger Gebiet ab 1991. Die beigefügten Presseartikel enthalten viel Zeitkolorit. Besonders erfreulich ist, dass der Eisenbahnfotograf und frühere BMW-Manager Brian Rampp von seiner beruflichen Tätigkeit bei der Eröffnung des Königsberger BMW-Werkes berichtet.

Fazit: Ein gelungenes, lesenswertes Buch, für dessen 215 Seiten mit vielen sehr schönen Abbildungen der Preis von knapp 50 Euro durchaus angemessen erscheint. Wer den ersten Band bereits besitzt, wird beim Erwerb des zweiten nicht enttäuscht sein.

Schade, dass Autor Gerhard Greß den Erfolg dieses Buches nicht mehr erleben konnte – er verstarb kurz vor dem Erscheinen.

Rainer Claassen

Gerhard Greß/Jörg Patzelt: „Ostpreußen und seine Verkehrswege, Teil 2 ab 1945“, VGB Verlagsgruppe Bahn GmbH, Am Fohlenhof 9a, 82256 Fürstenfeldbruck, 215 Seiten, gebunden, 49,95 Euro



ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Bunzlau entdeckt das „Bunzeltöpfern“ neu

Die Stadt hat für Jahrzehnte mit Töpfern gefremdelt – nun gibt es den Traum von einer Keramikgasse

Vom 19. bis zum 23. August verwandelt sich der Ring im niederschlesischen Bunzlau [Boleslawiec] zum polenweit größten Keramikmarkt. Die Sprecherin der Stadt, Agnieszka Gergont, informierte darüber, dass die bereits 26. Auflage Corona-bedingt auf Massenveranstaltungen verzichten müsse. So fällt dieses Jahr der bunte Umzug durch die Stadt ebenso aus wie Konzerte verschiedener polnischer Stars. An mehreren Stellen in der Innenstadt werden jedoch Freilichtausstellungen präsentiert, Musik gespielt und Keramik-Flohmärkte organisiert.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges hatte die Bunzlauer Keramik eine große wirtschaftliche Bedeutung. Weltweit wurde diese Tonware für ihre besondere Feuerfestigkeit, aber auch für ihr unverwechselbares Dekor geschätzt. Früher fand man in fast jedem deutschen Haushalt Schmortöpfe, Kannen zum Warmhalten von Getränken auf der Herdplatte oder die braunen „Bunzeltöpfe“ zum Kraut- und Gureineinsäuern.

Der Erfolg der Bunzlauer Keramik führte schnell zu Nachahmungen. Davor schützten sich die Töpfer in Bunzlau und Umgebung mit dem Markenstempel „Original Bunzlau“. Mit der Vertreibung der Deut-



Im Keramik-Museum zu Bunzlau: Jaroslaw Sawicki präsentiert das Töpferhandwerk Foto: Wagner

schen aus Niederschlesien nahm die Keramikproduktion ihr vorläufiges Ende, bis 1950.

Heute produzieren polnische Manufakturen in unterschiedlicher Größe in der Stadt wieder „Original Bunzlau“ in hervor-

ragender Qualität. „Charakteristisch für die Bunzlauer Keramik ist, dass diese Tonware nirgendwo anders hergestellt werden kann. Man kann zwar die Formen oder gar das Dekor nachmachen, aber unsere Produkte sind wie ein endemischer Baum (A.d.R. ausschließliches Vorkommen in einem begrenzten Gebiet), denn diesen weißbrennenden Ton findet man nur in unserer Stadt und im Kreis Bunzlau“, so Gergont. „Um den vielen Besuchern über unser spezielles Produkt besser berichten zu können, habe ich gelernt, Bunzlauer Keramik herzustellen. Nun mache ich meine Schalen und Becher selber. Zuletzt habe ich für meinen Mann ein Sushi-Set gemacht“, berichtet Gergont stolz.

Wer nach historischen Stücken und der Geschichte der Bunzlauer Keramik sucht, findet diese gleich in mehreren Museen der Stadt. Kornel Filipowicz, Leiter des Internationalen Keramik- und Kulturzentrums in Bunzlau, ist stolz auf das besondere Erbe der Stadt: „Wir nutzen dieses Erbe für uns und präsentieren es gerne. Wir sind für dieses Erbe verantwortlich. So haben wir das Vorkriegs-Keramikmuseum restauriert. Vor uns steht noch die Sanierung einer historischen Töpferei

„Wir sind für dieses Erbe verantwortlich. So haben wir das Vorkriegs-Keramikmuseum restauriert“

Kornel Filipowicz
Leiter des Internationalen
Keramik- und Kulturzentrums
in Bunzlau

an der Brücke am Bober. Wir wollen auch den prächtigen Pückler-Palast renovieren – das einstige Jugendhaus und spätere Heim für behinderte Kinder wurde bereits dem Keramik-Museum übergeben.“

Filipowicz zeigt den Besuchern gerne den gepflegten Bunzlauer Ring, auf dem zwar kein einziger Keramikladen zu finden ist, dafür aber viele bunte Symbole der „Keramik-Hauptstadt Polens“, wie Bunzlau sich stolz bezeichnet. „Leider können wir keinen Einfluss auf die priva-

ten Hausbesitzer am Ring nehmen, um dort Keramikgeschäfte einzurichten. Wir träumen zwar von einer Keramikgasse auf dem Ring, aber es ist Zukunftsmusik. Bisweilen laden Keramik-Bänke zum Verweilen ein, auch Informationstafeln aus typischer Bunzlauer Keramik informieren Besucher über Sehenswürdigkeiten. Keramik ist unser Leben!“, so Filipowicz.

Seit über 20 Jahren setzt die Stadt auf ihr Alleinstellungsmerkmal und weltbekanntes Markenprodukt. Nun wissen auch die heutigen Bunzlauer, was in Bunzlauer Keramik steckt. „Bunzlauer Keramik hat sich im Bewusstsein der Bewohner eingepreßt. Schon allein, weil so viele Besucher kommen und diese besondere Keramik sehen und erwerben wollen. Dadurch erkannten auch die Hiesigen den Wert dieser Keramik. Jeder hatte zwar irgendeinen Bunzlauer Teller oder eine Tasse zu Hause stehen, auch kannte man die braunen Bunzlouki (polnisch für Bunzeltöpfe), doch dieses Erbe wirklich zu schätzen, hat man erst kürzlich gelernt. Wir haben endlich erkannt, welch großartiges Erbe wir besitzen“, freut sich Gergont und ist überzeugt, dass auch das 26. Bunzlauer Keramikfest ein Erfolg sein wird.

Chris W. Wagner

SCHÖNES HINTERPOMMERN

Eine Reise nach Hinterpommern

Kommen Sie mit nach Neustettin, Groß Born und Dramburg

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Schon im Februar 2020 war für Juli eine Reise nach Neustettin, Dramburg und Stargard geplant worden. Die drei Städte liegen an der Bahnstrecke Stettin - Posen. Fast hätte „Corona“ jedoch diese Fahrt undurchführbar gemacht, wenn Polen nicht seine Grenze wieder geöffnet hätte. Bewaffnet mit Gesichtsmasken, Anwendungspflicht in geschlossenen Räumen, besonders in Bahn und Bus, traten wir den Urlaub an. Pünktlich erreichten wir Neustettin [Szczecinek]. Gewöhnungsbedürftig war nur der Empfang im „Pensjonat Szczecinek“. An der Hotelür prangte ein Schild mit einer Telefonnummer. Ohne Handy hätte es da gleich eine Schwierigkeit gegeben. Nach unserem Anruf erschien eine Hotelangestellte. Sie wies uns ein, gab uns den Code für die Eingangstür und verschwand wieder bis zum Frühstück am nächsten Morgen. Wir waren aber mit Kaffee und Tee zum Selberkochen sowie Wasser im Zimmer reichlich versehen. Ebenso verlief der Empfang im Hotel Artemis in Dramburg [Drawsko Pomorskie]. Nur in Stargard im Hotel Spichlerz begrüßte uns der Hotelbesitzer. Das mag wohl daran gelegen haben, dass hier 6 Monteure der Firma Schmeer aus Magdeburg untergebracht waren, die nachts an der Strecke Dölitz-Arnswalde Schienen verlegten und nach getaner Arbeit munter zusammensaßen.

Unser Pensjonat Szczecinek war ein Wachhaus aus kaiserlichen Zeiten für ein Kasernengelände gewesen, denn Neustettin war Garnisonsstadt. Es lag nahe am 3 qkm großen und 14 m tiefen Streitzigsee. Da Neustettin wie Belgard am Ende des 2.

Weltkrieges kaum zerstört wurde, ist die Kreisstadt eine Perle Hinterpommerns mit gepflegten Promenaden am See geblieben. In diesen Parkanlagen begrüßte uns ein Radfahrer in vollendetem Deutsch und erzählte von seiner langjährigen Tätigkeit in Deutschland. Er hatte uns, wie er sagte, an unserer Kleidung als Deutsche erkannt. Wir wanderten am Streitzigsee am Schloss der Greifenherzöge vorbei bis zum Bismarckturm, den man leider nicht

infolge der Erbfolge zum Teil an den Kurfürsten von Brandenburg.

Nach dem frühen Tod ihres Mannes 1622 lebte Fürstin Hedwig weiter im Neustettiner Schloss. Sie war eine fromme Frau und stand fest im evangelischen Glauben. Im Jahr 1640 gründete sie eine Lateinschule. Es war nach dem Peter-Gröning-Gymnasium in Stargard die 2. Gründung eines Gymnasiums in Hinterpommern. Die nach ihr benannte Schule liegt



Das Greifenschloss am Streitzigsee in Neustettin, einst bis 1652 Witwensitz der Fürstin Hedwig

Foto: B. Kleczewski

bestiegen durfte. Zurück ging es mit dem Ausflugsdampfer „Bayern“ bis zur Haltestelle am Schloss. Das Schloss war bis 1652 der Witwensitz der Fürstin Hedwig aus dem Herzoghause Braunschweig-Lüneburg gewesen. Mit 22 Jahren hatte sie 1619 den Greifenherzog Ulrich geheiratet.

Er war Bischof von Cammin und ein Bruder des letzten regierenden Herzog Boguslaw XIII. gewesen. Das Greifengeschlecht starb danach aus und Pommern fiel

Gropius-Haus in Dramburg

Foto: B. Kleczewski



am Streitzigsee. Das traditionsreiche Fürstin-Hedwig-Gymnasium, das 300 Jahre jungen Menschen diente, über dessen Eingangstür „Juventuti sacrum, „der Jugend geweiht“ steht, nennt sich heute Elisabeth Liceum nach Elisabeth von Polen 1347-1398. Das jetzige Schulgebäude stammt aus dem Jahr 1913.

Nicht vergessen werden soll, dass Neustettin in den 1930er Jahren mit dem Bau des Truppenübungsplatzes Groß Born auch zum Versorgungszentrum für diesen Militärübungsplatz für Panzer und Artillerie wurde.

Als Touristen führen wir von Neustettin nach dem 18 km entfernten, am Pielburger See liegenden Groß Born, von dem der deutsche Landser behauptet hatte, dass Gott diesen Ort im Zorn erschaffen

hätte. Dieser Truppenübungsplatz, inzwischen der Größte Europas, auf dem auch Nato-Truppen Manöver durchführen, wurde 1945 von den Russen und erst ab 1993 von den Polen übernommen.

Die meisten Häuser entstanden in den 1930er Jahren. Auf der heutigen Aleja Niepodleglosci (nach historischem Plan daher nicht überraschend: Adolf-Hitler-Straße) weist ein Straßenschild auf die „Villa Guderian“ hin, die aber, wie wir erfahren, zerstört wurde. Seit 1997 ist die Kommandantur Sitz der Gemeindeverwaltung Groß Born [Borne Sulinowo]. In der Information pries man Groß Born als einen Ort für Liebhaber der Geschichte und der Geheimnisse des 2. Weltkrieges. Hier hat General Rommel seine Armee auf den Afrikafeldzug vorbereitet.

Nach kurzer Bahnfahrt erreichten wir Dramburg an der Drage. Die kleine Stadt entstand 1380 und ist während des 2. Weltkrieges sehr zerstört worden. Im ehemaligen Salzspeicher an der Marienkirche waren die Information und ein kleines Museum untergebracht. Hier wurden wir liebevoll betreut, unsere Fahrten nach Falkenburg [Zloceniec] und Tempelburg [Czaplinek] vorbereitet. Man begleitete uns durch das kleine Museum. Die Geschäftsleiterin freute sich, als ich ihr über die ausgestellte Kaisers Kaffeekanne etwas erzählen konnte. Sie machte uns auf den Chopin Park aufmerksam, in dem die von Walter Gropius (1883-1969) entworfene Villa Metzler steht, in der heute ein Stadtamt untergebracht ist. Sie erzählte, dass Walter Gropius' Onkel Erich Gropius in Janikow [Janowo] ein Gut besessen hätte, für das der Neffe ein paar Jahre vor dem 1. Weltkrieg einen Speicher und Arbeiterhäuser gebaut hätte. Walter Gropius gründete 1919 das Bauhaus in Weimar-Dessau und leitete es bis 1928. Sie wies auf das Panzerdenkmal an der Grundschule hin und bemerkte, dass die heutigen Bewohner von Drawsko Pomorskie es als Treffpunkt lieben. Sie schrieb uns ihre Telefonnummer zur Sicherheit für unsere 4 Tage in Dramburg auf.

Fortsetzung mit Tempelburg, Stargard und Pyritz

● BAUERNREGELN FÜR DEN MONAT AUGUST

Wie der August – so der Februar – Ist's in der ersten Augustwoche heiß, so bleibt der Winter lange weiß – St. Laurentz (10.8.) blifft, giff't 'n gelinnten Winter. – Wenn im August der Kuckuck noch schreit, dann gib't's im Winter harte Zeit. – Ein kühler August nach einem heißen Juli verkündet einen harten, ein trockener August einen schneereichen Winter. Im August Wind aus Nord, jagt Unbeständigkeit fort. – Himmelfahrt Mariä (15.8.) Sonnenschein läßt erwarten guten Wein.

Aus dem Pommerschen Heimatbuch

● HEIMATKREIS STETTIN



Trotz Corona und der Absage des traditionellen Stettiner Treffens im Haus Stettin in Lübeck trafen sich zur Beratung des Heimatkreises über die Weiterführung der Schriftenreihe des Historischen Arbeitskreises und der künftigen Termine, zu denen der Vorsitzende des Fördervereins Dirk Rhodegeß die Mitglieder noch in diesem Jahr einladen will, denn es muss weitergehen.



Im Haus Stettin v.l. Max Manke, Joachim Kreis, Sigrid Bohn, Wolfgang Dahle, Dirk Rhodegeß und Ursula Zander.

(Foto privat)

SORGEN IN DER MV-WERFT

Größtes Schiff in Stralsund – von Corona stillgelegt

Auf der M-V-Werft Stralsund ruht coronabedingt die Arbeit. Auf ihre Fertigstellung wartet an der Ausrüstungspier das 165 Meter lange und 23 Meter breite 20.000 BRZ-Expeditionskreuzfahrtschiff „Crystal Endeavor“ der Polar-Klasse PC 6, größte Megayacht der Welt mit Eisklasse. Zum Vergleich die Stralsunder „Gorch Fock“ (I) von 1330 Tonnen: Sie ist mit 82 Metern nur halb so lang, mit zwölf Metern Breite nur halb so breit wie der Kreuzfahrer, der insgesamt aber 15 Mal größer ist. Nur in der Höhe zwischen 35 und 42 Metern nehmen sie sich nicht viel.

Größte je im vorpommerschen Stralsund gebauten Schiffe waren die drei „Container-Fregatten“ der „Maersk-Boston-Klasse“: 294 Meter lang, 32,20 Meter breit, 55 Meter hoch und vermesen mit 53.701 BRZ. Sie sind darüber hinaus die schnellsten Containerschiffe der Welt mit 31 Knoten Geschwindigkeit. Im Vergleich: Sie sind gut zweieinhalb Mal größer als die „Crystal Endeavor“ und vierzig Mal größer als die „Gorch Fock“ (I).

Seitdem das elegante 350-Millionen-Luxus-Schiff am 21. Dezember 2019 ausgedockt worden ist, wurde noch mit Hochdruck an dem luxuriösen Innenausbau gearbeitet, weil schon ab August 2020 die erste Reise starten sollte. Arbeiter und Spezialisten von Firmen aus ganz Europa, darunter Italien, Polen, China, Rumänien, Russland usw. sind bisher daran beteiligt gewesen.

Noch bevor die Corona-Quarantäne für Heimkehrer oder Urlauber beschlossen wurde, führen diese rund 800 externen Mitarbeiter zurück in ihre Heimatländer. Bis Oktober, so hieß es aus Werftkreisen, sollen die Arbeiten ruhen, zumal die Arbeiten meistens von Teams mit engem Kontakt untereinander verrichtet werden müssen. Auch die körperliche Nähe in der Kantine hätte eine Ansteckung beschleunigen können. Daraufhin wurde von der Werfleitung die Reißleine gezogen.

Die rund 800 Mitarbeiter aus der Region können jetzt ihre Überstunden abbauen bzw. Kurzarbeitergeld, also 60 Pro-

zent des normalen Lohns, beziehen. Im Januar 2021 sollte dann die erste Eisfahrt ins antarktische Rossmeer beginnen, die schon jetzt mit 200 Passagieren, die von 200 Crewmitgliedern betreut werden sollen, komplett ausgebucht ist.

Darüber hinaus ist geplant, Regionen anzulaufen, die zu den entlegensten der Erde gehören. Zwei Hubschrauber und ein U-Boot werden dabei völlig neue Perspektiven und Eindrücke bieten. Alles unter dem Motto: zwischen Abenteuer und Luxus. Die Gäste sind ausschließlich in Suiten von bis zu 105 Quadratmetern untergebracht, für die pro Person 25.000 Dollar hingeblickt werden müssen. Davon profitiert die Reederei Crystal Expedition Cruises, die zur Genting-Gruppe gehört, die auch Werfteigner ist. Inwiefern die grassierende Pandemie die fristgerechte Fertigstellung und Ablieferung hinauszögert, vermag niemand vorherzusagen. Auf jeden Fall ist „höhere Gewalt“ verantwortlich – und damit ein Versicherungsfall – nicht die renommierte Werft



MS CHRYSTAL ENDEAVOR – Größtes Schiff in Stralsund

Foto: Peer Schmidt-Walther

am Strelasund. Das gilt auch für die beiden in Wismar in Arbeit befindlichen Superschiffe der GLOBAL-Class. Es heißt sogar, dass das zweite Schiff, kürzlich erst auf Kiel gelegt, nicht weitergebaut werde

wegen des coronabedingten ostasiatischen Markteinbruchs.

Peer Schmidt-Walther

„Diese Entwicklungen sind keine Überraschung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Im Grunde wird hier bestätigt, was Gregor Mendel schon vor gut 150 Jahren an Forschung vorgelegt hat“

Siegfried Hermann, Heydekrug
zum Thema: „Moderne Wissenschaft straft die Ideologien Lügen“ (Nr. 33)



Ausgabe Nr. 32

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

TYRANNEI DER MEHRHEIT

ZU: WOCHENRÜCKBLICK „DEN MIX SPALTEN“ (NR. 33)

Vielen Dank für den, wie immer, erfrischend amüsant-aufschlussreichen Wochenrückblick „Den Mix spalten“ über die „93 Prozent“. Selbst wenn diese Zahl stimmen würde, wäre das beängstigend. Mit den „berühmten“ Mehrheiten, jetzt heißt es ja #WirSindMehr, habe ich als ehemaliger DDR-Bürger schon immer meine Schwierigkeiten, weil deren Protagonisten wie selbstverständlich davon ausgehen, dass sie grundsätzlich im Recht sind. Denn: Sie sind ja die Mehrheit, Punkt. Ich empfinde dies als äußerst bedenklich, aufgrund meiner Vergangenheit sogar als bedrohlich, denn (das würde ich gerne diese Leute fragen) es war früher einmal eine Mehrheit in den US-amerikanischen Südstaaten für die Rassentrennung – hatte sie deshalb Recht? Es war auch eine Mehrheit der Deutschen für Adolf Hitler – hatte sie deshalb Recht? Ich glaube, Sie haben in einem früheren Artikel mal den Satz geschrieben, dass „Mehrheiten immer die Minderheiten tyrannisieren ...“ – das sehe ich auch so. Mit der einem guten Mathematiker eigenen Logik hat Bertrand Russel einmal gesagt: „Auch wenn alle einer Meinung sind, können alle Unrecht haben.“

Dirk Zahn, Hennigsdorf

Für mich, der vor der „Wende“ 25 Jahre DDR erlebt hat (davon aber glücklicherweise fünf Jahre zur See) sind diese Entwicklungen keine Überraschung. Als Kohls „Mädchen“ in die CDU einzog und danach die Macht an sich reißen konnte, war der Weg zur DDR 2.0 unweigerlich vorgezeichnet. Bei dem ganzen Theater um die Maske (früher mussten die braven DDR-ler entsprechende Winkelemente mitführen) haben die öffentlich-rechtlichen Medien jedoch nicht aufgepasst und bei den Bildern aus Weißrussland – da wo es kein Corona gibt – Demos ohne Abstand und ohne Maske gezeigt. Ein Land vor dem Massensterben?

Steffen Fischer, Seevetal

DER WEG DER GENOSSEN

ZU: KOMMENTAR „WARUM JETZT?“ (NR. 33)

Die SPD kann nur dann einen halbwegs glaubwürdigen Wahlkampf führen, wenn sie sich aus der gemeinsamen Regierung verabschiedet. 2021 dürften die desaströsen Ergebnisse der Regierungspolitik für den arbeitenden Bürger evidenter sein als heutzutage. Energiepolitik, Finanz- und Wirtschaftspolitik werden noch stärker als bisher für die Bevölkerung monetär erlebbar werden. Weitere Abgaben und unter Umständen noch längere Lebensarbeitszeiten sind in Aussicht gestellt, der allgemeine Lebensstandard wird weiter sinken. Dann ist es durchaus ratsam, beizeiten die Biege zu machen und sich neu aufzustellen. Die SPD könnte das tun und den CDU-Kandidaten das Holz alleine hacken lassen. Die Genossen hätten dabei nichts zu verlieren.

Jan Kerzel

ÄLTESTES SEEBAD?

ZU: PREUSSEN ALS ERFINDER DER SEEBÄDER (NR. 27, 31 UND 33)

Es ist verständlich, das die PAZ, schon durch ihren Namen verpflichtet, sich in ihren Beiträgen insbesondere mit der Rolle Preußens in der Entwicklung der deutschen Seebäder beschäftigt. Das Prädikat „Erfinder“ steht Preußen jedoch nicht zu. Schon 1793 gründete nämlich der progressive Herzog Friedrich Franz I. in Heiligendamm im wegen seiner Rückständigkeit verrufenen, damals 800-jährigen Mecklenburg das älteste Seebad der deutschen Länder und Kontinentaleuropas, in dem bereits 1794 die erste Badesaison eröffnet wurde! Dies verkündet stolz die goldene Inschrift an einem riesigen Findling im Herzen Heiligendamms, der „weißen Stadt am Meer“, die seit 2004 wieder den Titel „Seeheilbad“ trägt und im Juni 2007 Gastgeber des G8-Gipfeltreffens war. Reichskanzler Bismarck hatte also mit seinem Spruch nur teilweise Recht, als er behauptete: „Wenn die Welt einmal untergeht, dann ziehe ich nach Mecklenburg um. Da

geht sie nämlich 100 Jahre später unter.“ Leuchttürme stehen überall in der Welt, und sie wurden zu jeder Zeit errichtet.

Dr. Adam Sonnevend, Rostock

FASZINATION MASUREN

ZU: UNSTERBLICHE STIMME DER STILLE (NR. 33)

Wie schön, dass einer meiner Lieblingschriftsteller an dieser Stelle gewürdigt wird. Leider ist die Stille, von der in dem Text die Rede ist, aus Masuren vertrieben. Es ist kein Rückzugsgebiet mehr, wie übrigens auch weltweit festzustellen. Touristischer Kommerz, verbunden mit Radau, vertreibt die letzten Illusionen.

Unbekannter Leser, auf www.paz.de

VERGESSENE PERSÖNLICHKEIT

ZU: „MOTORFLUGPIONIER HANS GRADE“ (NR. 32)

Ein sehr interessanter Artikel. Ich kannte den Mann und seine Geschichte überhaupt nicht. Ein gutes Beispiel dafür, was für herausragende Menschen Deutschland hervorgebracht hat. Leider fehlt mir etwas der Abschluss. Woran ist Hans Grade gestorben? Ganz einfach altersbedingt, oder gab es noch andere Gründe?

H. Schinkel, Lengede

LINKE FRONTEN

ZU: „LÜGEN, IRRTÜMER UND VÖLLIGE VERBLENDUNG“ (NR. 32)

„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ Diese von dem KPD-Chefideologen Heinz Neumann formulierte Phrase galt bis zu dessen Entmachtung 1932 uneingeschränkt, prägte aber noch bis zur Ausrufung der Volksfront-Politik 1935 eine KPD-Politik, die teils auf individuellen Terror setzte (Mord an zwei Polizisten in Berlin 1931 durch den späteren Stasi-Chef Erich Mielke), teils sich in ziellose brutale Straßenkämpfe stürzte. Die SPD-Führer waren wie ihre Weimarer Koalitionspartner kei-

ne Lichtgestalten, sondern nur (genauso wie heute) fixiert auf Machterhalt und Anpassung. Die Angst regiert auch heute wieder in Deutschland. Die Linke fürchtet die Rechten, die Rechten fürchten den Staat und der Staat fürchtet das Volk.

Gotthelm Fugge

GEDENKEN

ZU: ARSENAL DES SCHRECKENS (NR. 31)

Wenn an das endgültige Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Kapitulation Japans im Fernen Osten erinnert wird, sollte man auch bedenken, dass die USA bis heute der einzige Staat der Welt sind, der Nuklearwaffen eingesetzt hat – nicht auf dem Gefechtsfeld, sondern gegen Zivilisten – und somit ein in der Weltgeschichte einmaliges Ausrufezeichen gesetzt hat. Von Roosevelt gewollt und von Churchill unterstützt, wurde am Ende des Zweiten Weltkrieges halb Europa auf Jahrzehnte zwar von Hitler befreit, dafür aber der weit schlimmeren Diktatur Stalins ausgeliefert. Nach 1945 sagte Churchill, man habe „das falsche Schwein“ geschlachtet! Viele Jahre später wurde die Siegerordnung von Potsdam durch die Befreiungsakte europäischer Völker korrigiert.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

KORREKTUR

ZU: „DER KÖNIG SUCHTE FRIEDEN“ (NR. 30)

In dem Artikel wird geschrieben, dass um 1770 bei der Geburt von Friedrich Wilhelm III. Glanz und Gloria vorbei gewesen seien und Friedrich Wilhelm II. den puritanischen Hof des Alten Fritz in eine Lasterhöhle verwandelt habe. Das kann er aber 1770 noch nicht getan haben, weil in jenem Jahr noch Friedrich II. regierte. Er starb erst 16 Jahre später. Nach Ableben des Alten Fritz stimmt die Aussage zwar, so wie es im Artikel steht, ist es doch etwas zu komprimiert.

Patrick Scheuch, Prüm

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Die verdeckte Finanzierung der Parteien durch den Staat

■ Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 15. Juli 2015 eine Klage gegen die verdeckte Parteienfinanzierung nicht zugelassen. Auch in seinem Beschluss vom 19. September 2017 ist es auf die Sache kaum eingegangen. In beiden Beschlüssen ist das Gericht vor der politischen Macht eingeknickt. Denn es geht um das »finanzielle Eingemachte« der Berliner politischen Klasse. Um ohne öffentliche Verhandlung kurzen Prozess zu machen, hat das Gericht das Vorbringen der Klägerin unterdrückt und den Grundsatz des rechtlichen Gehörs massiv verletzt. Das ist auch dem Verfassungsgericht nicht erlaubt und kann nicht das letzte Wort sein.

Das Versagen der Karlsruher Richter und die Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, müssen publik gemacht und eine Diskussion in der allgemeinen und der Fachöffentlichkeit angestoßen werden.

Wenn die Politik in eigener Sache entscheidet und das Gericht sich wegduckt, wird öffentliche Kontrolle umso wichtiger.

In den 1960er-Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht der offenen Staatsfinanzierung der Parteien Grenzen gesetzt. Daraufhin ergriffen die Parteien die Flucht in die verdeckte Staatsfinanzierung. Unbehelligt von Kontrollen und Grenzen, ließen sie die Subventionen ihrer Fraktionen im Bundestag und die sogenannten Globalzuschüsse ihrer Stiftungen in die Höhe schießen, und die Abgeordneten bewilligten sich persönliche Mitarbeiter, deren Zahl ebenfalls rasch anstieg – auch um sie für Parteizwecke ver-

wenden zu können. In der Zwischenzeit ist die verdeckte Staatsfinanzierung der Parteien mehr als viermal so hoch wie die offene staatliche Parteienfinanzierung.

Die Parteien haben sich ihren eigenen Staat geschaffen. Hans Herbert von Arnim deckt auf, welcher Mittel und Methoden sich die politische Klasse bedient, um die Regeln zu ihrem eigenen Vorteil umzugestalten und sich immer neue Geldquellen zu erschließen.

Parteiherrschaft und Willkür wirksam zu begrenzen ist deshalb dringend geboten!

Die Folgen übermäßiger staatlicher Finanzierung sind zunehmend bürgerferne Staatsparteien und wachsende Parteienverdrossenheit der Bürger. Darin liegt ein fundamentales Demokratieproblem.

Es ist höchste Zeit, eine öffentliche Debatte darüber in Gang zu bringen!

Niemand außer dem Bundesverfassungsgericht hat schon so viele Gesetze aus den Angeln gehoben wie diese Einmann-Instanz namens Hans Herbert von Arnim. « Die Zeit

Aktualisierte und überarbeitete Neuauflage



Hans Herbert von Arnim:
Die Angst der Richter vor der Macht
gebunden • 157 Seiten • Best.-Nr. 980 600 • 12,99 €



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

ALTKLEIDER

Textilverwerter in der Corona-Krise

Immer mehr Wegwerfmode, schlechte Stoffqualität und Einfuhrverbote in Afrika treiben die Kosten für Rotes Kreuz & Co. in die Höhe

VON DAGMAR JESTRZESMKI

Schon in den letzten Jahren waren übervolle Altkleidercontainer keine wirklich seltene Erscheinung. Seit Beginn der Corona-Krise bot sich jedoch an vielen Stellen das Bild zurückgelassener Altkleiderbeutel neben Sammel-Containern, die nicht abgeholt wurden. Das ließ auf ein akutes Verwertungsproblem der Kleiderspenden schließen. Mittlerweile sind landesweit die meisten Altkleider-Container der Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen abgebaut worden, während einige private Betreiber ihre Container anscheinend noch bewirtschaften.

Von den lokalen Fachdiensten für Abfallwirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit wurde die Bevölkerung darüber informiert, dass der Altkleidermarkt in Deutschland komplett zusammengebrochen ist. Bis auf Weiteres nehmen die Recycler nichts mehr an. Alttextilien sollen daher zurzeit mit dem Restmüll entsorgt werden. Als Alternative bietet sich weiterhin die Möglichkeit, aussortierte, noch tragbare Kleidung und Schuhe über nicht-kommerzielle regionale Internet-Gebrauchtbörsen zum Verkauf anzubieten oder zu verschenken.

Die Bürger wurden von offizieller Seite dazu aufgefordert, in dieser Situation auch ihr Konsumverhalten zu überdenken. Tatsächlich erweist die Statistik, dass die Deutschen heute mehr billige Textilien als je zuvor kaufen, ungläubliche 60 Kleidungsstücke pro Person und Jahr. Doch die in Bangladesch und China gefertigten Billigklamotten werden nur noch halb so lange getragen wie vor 20 Jahren. Man spricht nicht umsonst von Wegwerfmode. Dieses Verhalten spiegelt sich in den wachsenden Altkleiderbergen wider.

So stieg das jährliche Sammelaufkommen an Alttextilien von Mitte der 1990er Jahre bis 2016 um mehr als 20 Prozent. 1,3 Millionen Tonnen gebrauchte Textilien wurden 2018 in die Container gesteckt, zumeist vermutlich im Glauben, mit den Altkleiderspenden der Welt etwas Gutes zu tun. Falsch ist dieser Gedanke nicht, jedoch ließ die Qualität der Spenden immer mehr zu wünschen übrig. Auch kamen mehr Spenden zusammen, als soziale Einrichtungen für den Secondhandver-



Wegen der Corona-Krise nicht mehr im Betrieb: Altkleidercontainer des Deutschen Roten Kreuzes

Foto: imago images/Sascha Ditscher

kauf benötigen. Dafür verdienen andere an der Gebrauchtware.

Ein Grund für die immer kürzere Nutzungsdauer von Bekleidung ist der immer häufigere Modewechsel. Bei den Modeschöpfern ist dieser Aspekt angekommen, und von dieser Seite her wurde bereits ein Umdenken angekündigt.

Alles, was in die Altkleidercontainer geworfen wird, ist Eigentum der Container-Betreiber und wird überwiegend bei den großen Sortieranlagen abgeliefert. Auch das Rote Kreuz lässt die Altkleiderware in den Sortierbetrieben der Recyclingwirtschaft nach Bedarf, Verwendungszweck und Qualität bearbeiten. Mit dem Altkleidermarkt wurde jährlich ein Umsatz von schätzungsweise 800 Millionen Euro generiert. Die Entsorger der Alttextilbranche zahlten für eine Tonne Alttextilien 100 Euro. In den Sortierbetrieben wurden täglich mehrere 100.000 Kleidungsstücke von Hand in unterschiedliche Kategorien aufgeteilt, unter anderem nach Material, Qualität und saisonaler Mode. Das Geschäft mit den gespendeten Klamotten war so lukrativ, dass es Betrüger auf den Plan rief, die den Inhalt aus falsch deklarierten Containern an Sortieranlagen in Polen und Litauen verkauften. Besonders begehrt ist gut erhaltene Markenkleidung, Pullover und Blusen, die in den dortigen Secondhandboutiquen zu ähnlich hohen Preisen wie in Deutschland verkauft werden. Pullover wurden in großen Mengen nach Indien exportiert, wo die Wolle von Hand aufgerepelt und zu neuen Fasern verarbeitet wird. So entstehen aus alten Kaschmirpullovern neuerwarte, teure Kaschmirschals.

Seit 2018 haben die Verbraucher mehr Alttextilien zu den Sammelcontainern getragen als je zuvor, doch wegen der schlechteren Qualität sank der Anteil der für den Secondhandverkauf geeigneten Kleidungsstücke von 55 Prozent auf 50 Prozent. 40 Prozent des gesamten Alttextilaufkommens konnten früher durch das Wertstoffrecycling zu Putzlappen, Bau-Dämmstoffen oder Garn verarbeitet werden. Zuletzt aber waren nur noch 35 Prozent der Lumpen dafür geeignet. Demzufolge blieb mehr Restmüll für die thermische Verwertung übrig – ein Problem für die Verwerter, da 200 bis 300 Euro anfallen, um eine Tonne Textilabfälle zu vernichten. Schon wurde die Befürchtung geäußert, dass die deutschen Sortierbetriebe ins Nachbarland Polen abwandern könnten.

Zunehmend machte den Verwertern auch ein Absatzproblem der Secondhandware in Afrika Sorgen. So verboten immer mehr afrikanische Länder den Import von gebrauchten Textilien aus Europa und den USA, damit sich vor Ort wieder eine Textilindustrie entwickeln kann. Aktuell sind nicht nur die afrikanischen Märkte geschlossen. Weltweit ist den deutschen Akteuren der Alttextilbranche zurzeit weder die Vermarktung von tragbarer Secondhandkleidung und noch von Produkten des sogenannten Putzlappensegments möglich. Einige Sortierbetriebe haben Kurzarbeit beantragt. Die Recycler sind bestrebt, ihre betrieblichen Strukturen trotz Corona-Beschränkungen aufrecht zu erhalten, um später wieder ihre Vereinbarungen mit den Kommunen erfüllen zu können.

MINERALIEN

Versteinerter Dinosaurier-Kot und Glas aus Atomsand

Bei Sammlern sind vor allem altertümliche Steine begehrt – Das Internet bietet eine bunte Auswahl an Angeboten

Das Internet ermöglicht es heutzutage, die ungewöhnlichsten Sammelobjekte aus aller Welt zu erwerben. Wie zum Beispiel Koprolithe, also versteinerte Exkremamente, die unter anderem von Dinosauriern stammen. Manchem ist es heutzutage 50 bis 100 Euro wert, so einen über 100 Millionen Jahre alten, versteinerten Kothaufen zu besitzen.

Nicht immer so alt, aber ähnliche Liebhaberstücke sind Fulgurite. Diese bizarren Glasröhren bilden sich durch die hohen Temperaturen beim Einschlag von Blitzen ins Erdreich. Manche erreichen dabei eine Länge von mehr als fünf Metern. Noch größere Energie als Blitze entwickeln Meteoriten, wenn sie auf der Erde niedergehen und riesige Krater hinterlassen. Darin finden sich die gleichermaßen gesuchten Impaktite. Das sind Gesteine, in denen das Ausgangsmaterial infolge



Moldavit aus Böhmen

Foto: Kaufmann

der Hitze aufgeschmolzen und zugleich noch durch ungeheuer hohe Drücke „geschockt“ wurde, was zu dekorativen Formmustern führt.

Eine weitere Hinterlassenschaft großer Meteoriteneinschläge sind Tektite. Diese beim Aufprall fortgeschleuderten kleineren Tröpfchen verglasten irdischer Substanzen werden sieben großen Streufeldern zugeordnet: dem europäischen zwischen Bayern und Böhmen, dem asiatischen zwischen China und Australien, dem nordamerikanischen in Virginia, Texas und Maryland, dem südamerikanischen im Anden-Raum, dem westafrikanischen im Bereich von der Elfenbeinküste bis Mauretanien, dem nordafrikanischen in der libyschen Sahara und dem auf der Arabischen Halbinsel. Von dort stammen Tektit-Variationen wie die Australite, Inchonite, Irgilizite, Rizalite, Bediasite,

Atacamaite, Ivorite und Wabar-Perlen sowie die oft wunderschönen und manchmal sogar zu Schmuck verarbeiteten flaschengrünen Moldavite. Dazu kommt das von Kennern gleichermaßen geschätzte milchig-weiße „Libysche Wüstenglas“.

Noch außergewöhnlicher sind da lediglich die Trinitite, die vor 75 Jahren beim ersten Atombombentest der Weltgeschichte in der Wüste von New Mexiko entstanden. Durch die nukleare Explosion mit dem Codenamen „Trinity“ schmolz der Sand in einem Umkreis von mehreren hundert Metern. Anschließend stieg das flüssige Material in der Pilzwolke nach oben, bis es erkalte und in Form von grünlichem Glas herab regnete. Stückchen davon sind heutzutage ebenfalls begehrte Sammlerstücke, denn sie strahlen nur noch in einem ungefährlich geringen Ausmaß. Wolfgang Kaufmann

● FÜR SIE GELESEN

Deprimierende Diagnose

Noch vor dem Ausbruch der Corona-Krise legten die beiden Wirtschaftsexperten Marc Friedrich und Matthias Weik ihr Buch „Der größte Crash aller Zeiten“ vor. Darin sagten sie einen beispiellosen Kollaps unseres Wirtschafts- und Finanzsystems voraus, der zu heftigsten Verwerfungen ökonomischer, politischer und sozialer Art führen werde. Diesem Ereignis sind wir nun aufgrund der Pandemie und der zahlreichen „Rettungspakete“ näher denn je – wobei das Virus aber nur der letzte Tropfen ist, welcher das Fass zum Überlaufen bringt.

Gigantische Schuldenblase

Wie Friedrich und Weik eindrucksvoll belegen, bildete sich schon vor Corona eine gigantische Schuldenblase, deren Platzen den Euro endgültig in den Abgrund reißen wird, ganz gleich, mit welchen Tricks die Europäische Zentralbank ihre Insolvenzverschleppung noch fortzusetzen versucht. Das wiederum dürfte dann flächendeckende Negativzinsen und weitere kapitalvernichtende Maßnahmen sowie die Verarmung vieler kleiner Anleger und Sparer zur Folge haben. Letzteres gelte – so das Autorenduo – auch und gerade für das angeblich so „reiche“ Deutschland, denn Selbiges befindet sich schon seit Längerem auf allen wichtigen Gebieten in einem rapiden Niedergang, weil es den Anschluss an das 21. Jahrhundert verpasst habe.

Nach dieser deprimierenden Diagnose, deren Stichhaltigkeit sich aus den aufgeführten Fakten und Zahlen ergibt, kommen die Autoren dann im zweiten Teil des Buches zu möglichen Lösungen: Wie kann der „Kleine Mann“ sein Vermögen durch die kommende Krise retten? Welche Optionen verbleiben jetzt noch, da es quasi schon zehn nach zwölf ist, um die wirtschaftliche Zeitenwende ohne allzu schmerzhaft Verluste zu überstehen? Dabei analysieren die Verfasser sämtliche denkbaren Strategien der Eigentumssicherung vom Erwerb von Aktien und Gold über den Immobilienkauf bis hin zum Horten von Sachwerten wie hochpreisigem Whisky. Dabei kommen sie unter anderem zu dem Schluss, dass Immobilien momentan kein empfehlenswertes Investment darstellen – im Gegensatz zum Kauf von physisch existierendem Gold in Form von Münzen und Barren. Über manche der Vorschläge kann man anderer Meinung sein als Friedrich und Weik. So zum Beispiel darüber, was das angebliche Potenzial der virtuellen Währung Bitcoin betrifft. Auf jeden Fall ist es aber tatsächlich höchste Zeit, nicht länger auf die Hüter des Euro zu vertrauen und sich für den schlimmstmöglichen Fall zu wappnen: Der echte Crash wird erst noch kommen und die Turbulenzen während der Corona-Krise waren lediglich das Vorspiel.

Wolfgang Kaufmann

Marc Friedrich/
Matthias Weik:
„Der größte
Crash aller Zeiten. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Wie Sie jetzt noch Ihr Geld schützen können“,
Eichborn Verlag,
Köln 2019, gebunden, 400 Seiten, 20 Euro



ARNO SURMINSKI

„Den Menschen und die Geschichte im Blick“

Arno Surminski wurde am 19. August 86 Jahre alt. Quasi als Geburtstagsgeschenk stellte er sein jüngstes und damit 31. Werk vor

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Noch nie hat meines Wissens ein renommierter Schriftsteller dem Leben eines (Dampf-)Lokführers einen Roman gewidmet. Eine Premiere also. Arno Surminski, der sich das Werk quasi zum Geburtstag geschenkt hat, verbeugt sich damit auch vor einem Berufsstand, den es regulär nicht mehr gibt.

Ich selbst bin viele Male auf dem Führerstand mitgefahren und habe dabei dem „Meister“ und seinem Heizer über die Schulter schauen können. Ein schwerer, aber, so sagen es ein bisschen verklärend viele Ehemalige, auch schöner Beruf. Surminski lässt das einen Eisenbahner so formulieren: „Eine Lokomotive kann dir ein Gefängnis sein oder ein gemütliches Zuhause, sagte ihm ein Lokführer. Es kommt ganz darauf an, was du daraus machst ...“

Er selbst ist mit der Bahn schon während seiner Kindheit im masurischen Jäglack in Berührung gekommen. In seinem Buch „Jokehnen oder ein Dorf in Ostpreußen“ schreibt er auf Seite 11: „Von Rastenburg aus führte eine Kleinbahnstrecke nach Norden, die sich in dem Ort Wenden teilte und nach Barten und Drengfurt ging. Sie wurde im Frühjahr 1898 eingeweiht. Jäglacker, die mit der Bahn in ihre Kreisstadt fahren wollten, mussten entweder in Barten oder in Drengfurt in die Kleinbahn einsteigen. Einen eigenen Bahnanschluss erhielt Jäglack mit der Barten-Nordenburger Kleinbahn, die hinter dem Jäglacker Gutspark einen behelfsmäßigen Bahnhof unterhielt. Diese Bahnstrecke bauten russische Kriegsgefangene im Jahr 1917. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kleinbahnstrecken stillgelegt. Die Bahndämme sind heute noch erkennbar und werden teilweise als Radwege genutzt.“

Eigene Eisenbahnerfahrten

Seine erste Fahrt von Barten nach Drengfurt als Achtjähriger hat er in keiner guten Erinnerung: „Es war schrecklich“, sagt Surminski rückblickend, „der Zug ruckte plötzlich an, mein Onkel auf dem Bahnsteig und ich im Waggon ganz allein. Da hab ich nur geschrien und getobt.“ Also keine Affinität zu den schwarzen Kolossen und ihren Männern. Wie die meisten Jungs mit Fernweh und Reiselust wollte auch ich gern Lokführer werden. Die Faszination „Dampflok“ gibt es für Surminski nicht. „Ich wollte über einen Menschen schreiben“, begründet er, „der schicksalhaft mit den beiden Weltkriegen verbunden und zwischen 1914 und 1950 überall in Deutschland unterwegs war. Da kam für mich nur ein Lokomotivführer in Frage. Und der musste auch noch Streckenkenntnisse haben. Das war aus heutiger Sicht zunächst ein Problem, aber das habe ich im Roman gelöst. Schließlich war Krieg mit teilweise chaotischen Verhältnissen.“ Humorvoll mit der Eisenbahn beschäftigt hat sich Surminski schon in seinen Erzählungen „Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten“.

Sein von der neuen Dampftechnik faszinierter Protagonist indes durchläuft, trotz elterlicher Widerstände, ein Eisenbahnerleben von der Pike auf. Hier eine Leseprobe der ersten Seiten:

„Er kam auf die Welt, als noch ein Kaiser regierte und das Leben in geordneten Bahnen verlief, wie sie später sagten, als es weniger ordentlich zuging. Geboren wurde Wilhelm Bubatz in dem masurischen Flecken Prostken an der Gren-



Treffen im Stralsunder Heiliggeistkloster: Arno und Traute Surminski mit dem Rezensenten und Autor Peer Schmidt-Walther

ze zum Reich des Zaren. Wenn auf der russischen Seite in Grajewo die Glocken läuteten, hörten sie es im preußischen Prostken ...

Prostken war ein angenehmer Ort, um auf die Welt zu kommen. Wälder und Seen umgaben eine langgestreckte Straße, die nach Südosten zulief und an deren Ende, so vermuteten die Leute, die große Stadt Warschau liegen musste ...

Zu den Besonderheiten Prostkens gehörte die Eisenbahn, die jedermann in fernen Städten vermutete, aber nicht im masurischen Grenzland. Als Wilhelm auf die Welt kam, hatte sie im fernen Reich schon viele Kilometer gefahren, war aber in der östlichen Provinz mit Verspätung angekommen, weil die Eisenbahngesellschaften zögerten, eine Strecke von Berlin nach Königsberg zu bauen und zu befahren. Für wen sollten in dem weitläufigen, armen Land die Züge fahren? ... In Prostken erschienen die ersten Züge im Heldenjahr 1871, als die Südbahn einen Grenzbahnhof einrichtete ...

Er trieb sich oft auf dem Bahnhof herum, sah zu, wie sie Grubenholz verluden und kletterte auf den Holzbergen hinter dem vierten Gleis herum. Er kannte große und kleine Lokomotiven mit Namen, sprach mit Rangierern, Heizern und Lokführern, wenn sie Zeit hatten für den kleinen Boofke. Sie ließen ihn in ein Güterwagenbremserhäuschen klettern, wo er die Welt von oben anschauen konnte. Das Heulen und Stampfen machte ihm nichts aus, er empfand die Bahnhofsgerausche

als Botschaften einer fernen Welt, die mit der Eisenbahn nach Prostken gekommen war ... Bei Abfahrt und Ankunft seines Zuges hielt Wilhelm sich gern in der Nähe der Lokomotive auf, ließ sich vom Lokführer die Zeichen erklären, die zu beachten waren, und fragte ihn, wenn er oben aus der Luke schaute, wie seine Lok sich bei Schneetreiben anstellte.“

In Ostpreußen recherchiert

Im südostpreußischen Prostken und Umgebung habe er 2018 längere Zeit recherchiert, „um die realen Schauplätze zu überprüfen“. Zuschriften und Bildmaterial seiner Leser haben ihm zusätzlich dabei geholfen. Die Wahl von Prostken als Ausgangs-Schauplatz war für Surminski aus einem historischen Grund entscheidend: „Der kleine Ort lag an der damaligen Schnittstelle zwischen Ost und West.“ So durchläuft Wilhelm Bubatz seine Ausbildung in Königsberg, kommt in die Heimat zurück und dampft später von dort aus

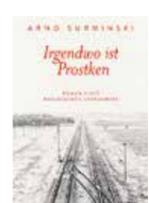
– kriegsbedingt unterwegs (wie der Titel ursprünglich lautete) – durch halb Europa, bis er schließlich enturzelt in Hamburg landet. Peinlich befragt von Entnazifizierern, die ihm eine Mitschuld an den Transporten nach Auschwitz anlasten wollen. Bubatz jedoch lässt die Schnüffler aus der Etappe gewitzt auflaufen, denn er erfüllte nur seine Pflicht, schweigend und leidend.

Arno Surminski hat sich zuvor tief in die Thematik eingearbeitet: „Durch Fach-

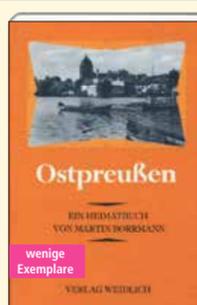
bücher über die Deutsche Reichsbahn und historische DVD-Filme.“ Das und der Rat von Experten habe ihm sehr geholfen bei der sachlichen Bearbeitung dieses umfassenden Gebietes.

Dennoch muss derjenige enttäuscht werden, der hier einen „technischen“ Text vermutet. „Das soll er auch gar nicht sein“, meint Surminski, „die Grundtatsachen müssen natürlich stimmen, aber ich habe den Menschen und die Geschichte im Blick und bin kein Nietenzähler.“ Dazu passt auch der Erzählstil, der unpräzise und alltagsnah ist. Passend zum Sujet. Wobei heimatlichen masurischen Landschaften und ihren Leuten immer wieder gern Raum gewährt wird. Ein neuer, großartiger Surminski mit seinem Kardinalthema „Menschenschicksale in der Geschichte“.

Auf historischen Gleisen verkehrt übrigens bis heute der „Ostpreußen-Express“ zwischen Stettin durch Hinterpommern, über Danzig, Marienburg, Elbing, Allenstein, Lötzen nach Bialystok. Er fährt täglich auch durch den Heimatkreis von Arno Surminski und berührt dabei auch Rastenburg, dessen Ehrenbürger er ist.

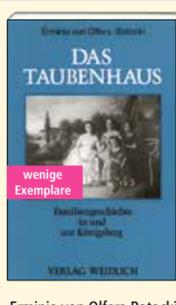


Arno Surminski: „Irgendwo ist Prostken. Roman eines masurischen Lokführers“,
Langen-Müller Verlag,
München 2020, gebunden, 384 Seiten, 24 Euro



Ostpreußen
Ein Heimatbuch
von Martin Bormann
250 Seiten/Gebunden
Nr. P 524 14,95 €

Dieses Buch ist ein kostbares Vermächtnis des Schriftstellers Martin Bormann, dem Pfarrerssohn aus Rüssel, der ein Leben lang danach strebte, auch aus Schicksalsschlägen das Beste zu machen. Schon das erste Kapitel aus seiner Feder, „Ankunft in Ostpreußen“, weist den Autor als Meister der Feder aus. In wenigen Zeilen ist es ihm gelungen, dem Leser ein „Geschichtskolleg“ zu geben, das in Kürze, an Fülle des Inhalts und Prägnanz der Aussage seinesgleichen sucht. Ostpreußen ist hier eingefangen in seiner wechselvollen Geschichte im Zeitraum von mehr als sieben Jahrhunderten. Und das nun ist das Besondere an diesem Buch: Bormann hat es verstanden, aus einer Fülle von zeitgenössischen Darstellungen die typischen und für den Leser interessantesten herauszusuchen.



Das Taubenhaus
Familiengeschichte in und um Königsberg
457 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 523 14,95 €

Johann Tortylowicz v. Batocki flüchtete 1536 aus Litauen, wurde evangelischer Pfarrer für die litauischen Kolonisten in Preußen, dann erster evangelischer Bischof in Insterburg. Sein Sohn Johann – Urgroßvater des Gottlieb Tortilowicz, mit dem die Stammreihe im „Taubenhaus“ beginnt – war Pfarrer in Trempen, 50 Jahre bevor dort Johann Portatius mit seiner Frau Anna (Anke von Tharau) ins Pfarrhaus einzog. Weitere 200 Jahre später übernahm Rudolf T. v. Batocki das Gut in Tharau, auf dem dessen Tochter Erminia in den Kriegsjahren 1940-42 ihren Familienroman abschloss, eine der wenigen ihrer Schriften, die durch Zufall gerettet wurden. Olfers-Batocki erzählt, „wie ihr der Schnabel gewachsen ist“, manchmal ein wenig angelehnt an die Ausdrucksweise der geschilderten Jahrzehnte, nie nach stilistischer Mode strebend. So ist ihr Werk für jedermann lesbar.



Kartenmappchen Ostpreußen
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Künstlern, die in Ostpreußen gewirkt haben.
Nr. P A0529 6,95 €

Kartenmappchen Königsberg u. ostpr. Städte
Mit 10 wunderschönen Postkartenmotiven von Königsberg und Städten in Ostpreußen.
Nr. P A0530 6,95 €



Bunte Bilder aus dem Schlesienlande
Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1898. Mit vielen schwarz-weiß Fotografien, Illustrationen und Karten sowie einigen Gedichten.
472 Seiten.
Nr. P 529 Gebunden 9,95 €



Pommerschen Küche
Kochen mit Tradition
Mit vielen original pommerschen Rezepten.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0312 5,00 €

Die pommersche Küche bietet eine Fülle an kulinarischen Genüssen. Die Palette reicht von Suppen und Eintöpfen über deftige Fleischgerichte bis zu raffinierten Speisen wie Kalbsbraten mit Pflaumen-Aprikosen-Soße. Geflügel, Wild- und insbesondere Fischgerichte runden die Vielfalt der Rezepte ab: Pommersche Gans, Wildschweinragout mit Steinpilzen und Aal in Dillsoße garantieren vorzügliche Gaumenfreuden. Typisch für die pommersche Küche sind Kombinationen von Süßem und Pikantem. So wird beispielsweise Viernuss zu herzhaften Wild- oder Geflügelgerichten serviert. Süßspeisen, Kuchen und Gebäck findet man ebenfalls auf dem Speisezettel.



Dome, Kirchen und Klöster in Ost- und Westpreußen
250 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 528 12,95 €

Die Geschichte des Landes kommt an trefenden Beispielen eingehend zu Wort, bis zum Balladenkranz Agnes Miegels über die Kirchen des Ordenslandes und zu den erschütternden Bildern von Augenzeugen kurz vor oder nach der Besetzung des Ostens. Die vier Dome in Kulmsee, Marienwerder, Frauenburg und Königsberg sowie zahlreiche Kirchen und Klöster werden in Wort und Bild gezeigt. Die erstaunliche Geschichte des Deutschritter-Ordens, seine geniale Organisation und sein Untergang sind in den Hauptpunkten überzeugend klar dargestellt. Der religiöse Gehalt und die seelisch-geistige Wirkung werden feinsinnig hervorgehoben. Die Glanzperiode der Kirchenbaukunst im 14. und 15. Jhd. ist in ihren Charaktermerkmalen auch kunstgeschichtlich herausgearbeitet. Der Kunsthistoriker Carl von Lork hat die seltenen Vorlagen zusammengebracht.

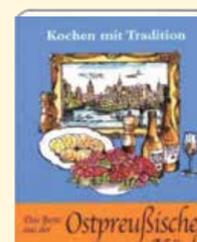


Die große Liedertruhe
Schöne alte und neue Volkslieder
Die „Liedertruhe“ ist ein Fundus voll großer Gefühle und Heimatverbundenheit. Sie enthält über 220 der schönsten und bekanntesten deutschen Volkslieder. Mit Noten und vierfarbig illustriert. Volkslieder lassen die Jahreszeiten erklingen und führen uns durch die Natur. Sie berichten von Liebe und Freundschaft, Abschied und Sehnsucht. Und sie begleiten uns durch die festlichen Stunden des Jahres. Mit sämtlichen Noten und den farbigen Illustrationen von Egbert Herfurth ist dieser Klassiker unter den Liederbüchern ein wahrer Schatz für Groß und Klein, der zum Blättern und Mitsingen einlädt! 288 Seiten
Nr. P A1247 Gebunden 9,95 €



Johann Friedrich Böttger
Erfinder des Sächsischen Porzellans
586 Seiten/Gebunden
Nr. P 525 9,95 €

Zur Wahrung der Geheimnisse, die Böttger bei Lebzeiten umgaben, mag vieles mündlich abgemacht worden sein, so muss die Forschung Lücken hinnehmen. Böttger starb jung, wenige Wochen nach seinem 37. Geburtstag. Er war verbraucht. Solch frühen Tod in der Hälfte des Lebens hat er in seinem Jahrhundert mit Watteau und mit Mozart gemein. Dass Böttger, weil er zu viel wollte, anders, eben gewonnenes wieder vernachlässigte, dass er „liederlich“ haushaltete, mit „wenig économe“ hat seine Parallele bei seinem königlichen Herrn, der die Krone Polens erreichte und anders verlor. Das Markenzeichen des Meißner Porzellans, die blauen Schwerter, sind keine militärischen Waffen, sie haben die Farbe des Traums.



Ostpreußischen Küche
Kochen mit Tradition
Mit vielen original ostpreußischen Rezepten.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0313 5,00 €

Die ostpreußische Küche bietet vielfältige kulinarische Genüsse. Die Palette reicht von einfachen Gerichten wie Suppen und Eintöpfen über herzhaftes Fleischgerichte wie den berühmten Königsberger Klopfen bis zu raffinierten Speisen wie geschmorter Hammelkeule oder Entenbrust in Quittensoße. Wild-, Geflügel und Fischgerichte runden die Vielfalt der Rezepte ab: Rehkotelets, gebackene Tauben und gefüllter Hecht garantieren unvergleichliche Gaumenfreuden. Nicht gespart wird mit Buttermilch und Schmand und die Kartoffel hat ebenfalls ihren festen Platz in der ostpreußischen Küche genauso wie Süßspeisen und ostpreußisches Gebäck.

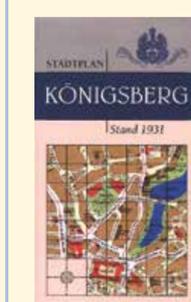


Dome, Kirchen und Klöster in Schlesien
267 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 527 12,95 €

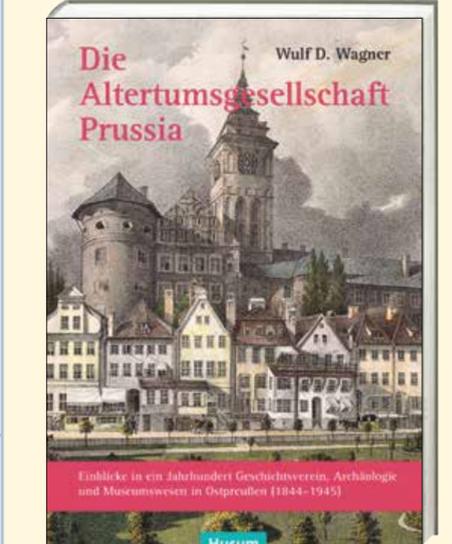
Trotz der Gründung des Bistums Breslau nach dem Jahr 1000 wurde das Land Schlesien erst im 12. und 13. Jahrhundert endgültig für das Christentum und damit für die abendländische Kirchenbaukunst gewonnen, die seit der Erbauung des Breslauer Domes in der schlesischen Sondergotik gipfelt. Nach der Reformation erfuhren die schlesische Kirchengeschichte und die kirchliche Kunst jene dramatische Steigerung, die sich in den Friedens- und Gnadenkirchen mit volltoller Standhaftigkeit zum neuen Bekenntnis äußerte, dagegen auf der Seite der Gegenreformation zu den mächtigen Schöpfungen führte, die Schlesien zu einer der wichtigsten deutschen Barocklandschaften machten. Mit dem Übergang von Österreich zu Preußen mündete die sakrale Baukunst in einen rationalen Klassizismus. Das Buch ist ein wertvoller Beitrag für jeden, der am Schicksal Schlesiens Anteil nimmt.



Die Ostgebiete des deutschen Reiches
Landkarte
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €



Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €



Die Altertumsgesellschaft Prussia
Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsvereine, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844-1945)
Das vorliegende Buch untersucht und dokumentiert anhand umfangreicher Akten- und weitgehend unveröffentlichten Bildmaterials die hundertjährige vielfältige Geschichte der Altertumsgesellschaft Prussia in Königsberg in Ostpreußen bis 1945. Wir lesen von Burgen der alten Preußen, von Wikingergräbern und Goldfibeln, von überfüllten Museumsälen und glänzenden Ausstellungen, von der Bewahrung alter Bauernhäuser und Kirchenheiligen. Wir lesen von Professoren, die uns in ihrer Freude und ihrer Verzweiflung mitnehmen auf ihre spannende Reise in die Vorzeit, von neugierigen Kindern, die den Archäologen helfen, von ehrenamtlichem Engagement, mit dem neue Wissenschaftszweige aufgebaut werden. 368 Seiten
Nr. P A1495 Gebunden 34,95 €



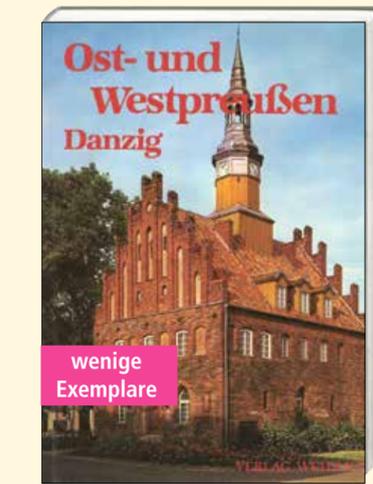
Schlesischen Küche
Kochen mit Tradition
Mit vielen original schlesischen Rezepten.
96 Seiten/Gebunden
Nr. P A0314 5,00 €

Dieses Buch präsentiert die schlesische Küche, in all ihrer Vielfalt. Einige haben vielleicht noch die Eltern oder Großeltern von den Leckereien schwärmen hören, die sie aus ihrem „Schläslerland“ noch kannten: Das Schlesische Himmelreich, Häckerle, Mohnklöße und natürlich der weithin bekannte und gerühmte „Sträselkucha“. Hier kann man diese Gerichte wiederentdecken und ausprobieren. Aber auch „Neuentdecker“ sind herzlich willkommen diese traditionelle, aber noch lange nicht altmodische Küche kennenzulernen. Die schlesische Küche hat einiges zu bieten, von ganz einfachen und schnellen Gerichten, über schmackhafte Festgerichte, zu den bekannten verführerischen Süßspeisen, für die die Schlesier bekannt waren.

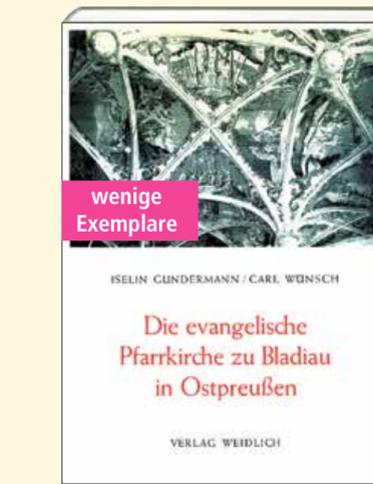


Schlesisch
Was nicht im Wörterbuch steht
237 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533 8,95 €

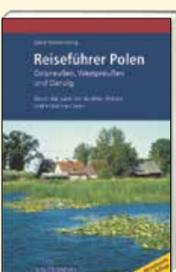
Eine Fundgrube der schlesischen Sprache ist dieser unveränderte Nachdruck von 1937. Der Autor plaudert in bester Laune von schlesischer Landschaft und Geschichte, von Festen und Feiern, von Küche und Keller, von großen Männern und ulkigen Käuzen und von vielen anderen originellen Dingen. Lustige Geschichten und urwüchsige Redensarten sind in Fülle eingestreut, gesunden Derbheiten ist er durchaus nicht aus dem Weg gegangen. Amüsant und aufschlussreich ist das Kapitel über die schlesische Sprache. Wenn man ganz genau sein will, gibt es DIE schlesische Sprache an sich gar nicht; es gibt mehrere hundert davon. In jedem Dorf spricht man anders schlesisch. Die Sprache wandelt und verändert sich. „Auch ist Schlesisch nicht mit Grammatik und anderen Regeln zu erlernen. Woran das liegt? Schlesisch ist keine Sache der Sprache; es ist allein Sache des Menschen.“



Ost- und Westpreußen Danzig
Eine Erinnerung an Ost- und Westpreußen und Danzig mit 122 Fotografien
Carl von Lork's Wanderung durch das Ordensland beginnt in Danzig und führt über die Hauptburgen des Deutschritterordens, dem Gipfelwerk des Hochmeistersitzes in der Marienburg zu den beiden Domburgen in Marienwerder und Frauenburg. Über Elbing und Braunsberg führt sein Weg zu der Bischofsburg Heilsberg und den Edelsitzen Finckenstein und Schlobitten, den Steilküsten des Samlandes und den Nehrungen an der Ostsee entlang nach Königsberg, der Stadt Kants, nach Insterburg, Allenstein, Tilsit und Memel, bis er die Wälder und Seen im Oberland und in Masuren erreicht. In ganzseitigen Meisterfotos wird in diesem Bildband die Erinnerung an die unbeschreibliche Stille lebendig, die über den gewaltigen Wäldern und Seen Ostpreußens liegt. Carl von Lork's sachkundige Einleitung gibt ein genaues Bild von der Geschichte, vom Reichtum der Kultur und von den großen, schöpferischen Persönlichkeiten seiner Heimat. Für alle, die sich dieser Landschaft verbunden fühlen, wird dieses Buch schöne Erinnerungen wachrufen. 136 Seiten
Nr. P 531 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Die evangelische Pfarrkirche zu Bladiau in Ostpreußen
Mit einem Anhang über die Kirche zu Waltersdorf
Nur einer bescheidenen Dorfkirche in Ostpreußen ist der vorliegende Band, eine Gemeinschaftsarbeit mehrerer Autoren verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, gewidmet. Dennoch ist mit der umfassenden Monographie des Kirchspiels von Bladiau im ostpreußischen Landkreis Heiligenbeil eine historische Dokumentation geschaffen worden, die auf der Grundlage eines reichen Bestandes an geretteten fotografischen Aufnahmen als ein mustergültiges Beispiel der Vergegenwärtigung der geschichtsbildenden Kräfte Ostpreußens gewertet zu werden verdient. Aus dem ergreifendem Nachwort erfährt der Leser, dass alles, was im Text, in den Bildern, den Anmerkungen und urkundlichen Zitaten noch einmal lebendig wurde, restlos in der letzten Phase des Krieges vernichtet worden ist. Diese Tatsache rechtfertigt nicht nur ein derartiges Gemeinschaftswerk von Fachkennern ostpreußischer Geschichte, sondern verleiht ihm den bleibenden Wert eines Überlebens im wissenschaftlichen Bereich. 116 Seiten
Nr. P 532 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Reiseführer Polen
Ostpreußen, Westpreußen und Danzig – Durch das Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen
288 Seiten/Kartiert
Nr. P 533176 14,95 €

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von Danzig über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch bei einer Reise unentbehrlich. Der Autor, vielen Ostpreußen unter seinem wahren Namen, Gerhard Prengel, bekannt, will dem Benutzer dieses Reiseführers – sei er Autofahrer, Radler, Wanderer oder Bootsfahrer – auch außerhalb der üblichen Touristenrouten Wege zeigen, die ihm die Schönheiten der Natur dieses Landes und seiner historischen Stätten erschließen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Auf Mallorca gehen die Lichter aus, die Lage aller spanischen Urlaubsregionen jenseits der Kanaren stürzt von kritisch auf hoffnungslos. Derweil ergießt sich in Netzforen ein Schwall von Vorwürfen gegen Urlaubsreisende, die das Coronavirus aus dem Ausland nach Deutschland schlepten und sich unverantwortlich verhielten. Aber stimmt das überhaupt? Torsten Schäfer, Sprecher des Deutschen Reiseverbandes, trat im Deutschlandfunk am 15. August mit einem interessanten Detail auf: Zwar hätten wohl etwa 30 Prozent der Ansteckungen in Deutschland ihren Ursprung in einem zuvor besuchten fremden Land. Doch nicht die deutschen Urlauber seien die Hauptimporteure, sondern Immigranten, etwa vom Balkan, die sich beim Familienbesuch in der Heimat bei ihren Verwandten ansteckten. Klingt nicht unerschütterlich: Deutsche Auslandstouristen kommen nur mäßig in engeren Kontakt mit Einheimischen oder Angehörigen anderer Nationen, sie bleiben meist unter sich. In Familien dagegen wird sich umarmt und geküsst. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Wirtschaftsprofessor Thomas Mayer sieht den Euro auf dem Weg des Niedergangs wie eine Ostblockwährung. In der „Welt“ (17. August) warnt er:

„Die Vergemeinschaftung der Schulden souveräner Staaten führt zu den aus dem Sozialismus der Sowjetära bekannten ‚weichen Budgetrestriktionen‘. Die monetäre Finanzierung (Finanzierung von Firmen und Staaten aus der Notenpresse, d. Red.) wird unerlässlich, da die üppige Ausgabe von Schulden die verfügbaren Ersparnisse übersteigt. Die tatsächliche oder unterdrückte Inflation nimmt zu und die Währung verfällt. Das System bricht zusammen, wenn die Menschen gegen den durch wachsende Ineffizienz verursachten wirtschaftlichen Niedergang rebellieren.“

Thorsten Hinz spürt in der „Jungen Freiheit“ (15. August) den Motiven der „Querdenken“-Demonstrationen nach:

„Viele Menschen fühlen sich als unfreiwillige Probanden in einem riesigen Feldversuch, mit dem erprobt wird, wie man eine große Population neu strukturiert, normiert, ihr Verhalten bis ins Detail steuert und ihr gleichzeitig die Überzeugung einpflanzt, in völliger Freiwilligkeit einer höheren Einsicht und Moral zu folgen.“

Udo Geißler beschreibt in dem Blog „politikarikatur“ (13. August), wie die Corona-Panik von Politikern auch als Machtinstrument missbraucht werde:

„Dabei werden verschiedene Ängste erzeugt, um den Menschen ein glückliches Leben und die Konzentration aufs Wesentliche so schwer wie möglich zu machen: Angst vor Krieg, Angst vor Altersarmut, Angst vor Arbeitsplatzverlust und Hartz IV, Angst vor hohen Mieten, Angst vor Klimawandel und natürlich Angst vor einer Corona-Ansteckung, was mit der Angst vor Kindern, vor Nähe, vor der ‚zweiten Welle‘ usw. einhergeht.“

Der Kulturwissenschaftler Christian Schüle nimmt im Deutschlandfunk (18. August) die zeitgenössische Linke aufs Korn:

„Dass jetzt überall klare Zeichen gefühlter Benachteiligung erkannt werden, ist Resultat eines quasireligiösen Befreiungsmoralismus, den man ‚Identitätspolitik‘ nennt ... In einem Klima hypermoralischer Erhitzung ist Identitätspolitik das Geschäftsmodell selbsterklärter Aktivistinnen und Aktivistinnen, die die Komplexität der Sachverhalte gern auf eine moralische Monade reduzieren. Wir rutschen immer stärker in eine antiaufklärerische, fundamentalistische, intolerante Ära hinein.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die bleiche Schwarze

Warum bei Harris die Hautfarbe gar nicht so wichtig ist, und wo die Scholz-Draisine steckt

VON HANS HECKEL

Das war eine Überraschung: Mit Kamala Harris bekämen die USA „ihre erste schwarze Vizepräsidentin“, jubeln deutsche Medien über die Nominierung der erfolgreichen Juristin für das Amt des stellvertretenden Staatschefs durch den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, Joe Biden. Harris ist also schwarz? An welcher Stelle denn? Gegen die blonde friesische Surfliferin am Sylter Strand geht Mrs. Harris jedenfalls als ziemliches Bleichgesicht durch – sofern die Hautfarbe entscheidet.

Aber um Hautfarbe geht es offenbar gar nicht, da haben wir wieder falsch gelegen. Entscheidend ist die Herkunft. Die ist im Falle von Kamala Harris aber auch nicht ganz lupenrein. Gut, der Vater stammt von Jamaika, wo die Leute ja tatsächlich recht dunkelhäutig sind und in der Mehrzahl Wurzeln in Afrika haben. Die Mutter jedoch stammt aus Indien, und „Black Lives Matter“-Aktivistinnen haben Mahatma Gandhi eben erst vom Thron der Edlen gestoßen, weil auch er ein ganz übler Rassist gewesen sei. Wir sind also im Bilde, und Harris braucht gar nicht so zu tun.

Tut sie jedoch gleichwohl, indem sie ihren letzten Trumpf aus dem Ärmel zaubert, um den Titel einer rassistisch unterdrückten Schwarzen zu verteidigen. Dass sie überhaupt Karriere machen konnte, habe sie dem „Busing“-Programm an US-Schulen zu verdanken, sonst wäre sie demnach also in der Gosse gelandet. Oder höchstens am Tresen beim Drive-in.

„Busing“ bedeutet, dass Kinder nicht in die Schule ihres Stadtteils gehen sollen, sondern per Bus in entferntere Quartiere gekarrt werden. Da die ethnischen Gruppen der USA in ihrer Nachbarschaft vielerorts gern unter sich bleiben, entstehen Schülerschaften, die recht einseitig schwarz oder weiß ausfallen. Das schmälert angeblich die Bildungsaussichten der Schwarzen. Um die Chancen der schwarzen Kinder per Durchmischung mit weißen Mitschülern zu steigern, wurde „Busing“ erfunden.

So konnte die kleine Kamala den bedrückenden Verhältnissen, der Armut und sozialen Deklassierung in ihrem unterprivilegierten Elternhaus zumindest für die Zeit der Schulstunden entkommen. Kamalas Vater hat es nämlich nicht weiter gebracht als bis zum Wirtschaftsprofessor, ihre Mutter muss-

te sich als Krebsforscherin verdingen. Die Bildungschancen der möglichen nächsten US-Vizepräsidentin waren also von Anfang an entsprechend begrenzt. Erst recht, nachdem sich ihre Eltern scheiden ließen, als sie sieben war. Wie hoch können Unterhaltszahlungen schon ausfallen, wenn der Papa bloß Professor ist?

Mit diesem harten Los im Gepäck kann Harris nun losziehen und den arbeitslosen weißen Stahlarbeitern in den Holzhäuschen und Trailerparks von West Virginia erklären, wie sehr sie wegen ihrer hellen Hautfarbe privilegiert sind gegenüber schwarzen Akademikerkindern wie ihr. Die Leute werden zutiefst gerührt, ja beschämt, sein und ganz bestimmt nicht noch einmal diesen Trump wählen.

In Deutschland wählen wir ja erst nächstes Jahr wieder. Das hat die SPD bekanntlich nicht davon abgehalten, schon mehr als 13 Monate vor dem Urnengang ihren Kanzlerkandidaten zu benennen. Allerdings fehlt es dieses Mal ein wenig an der Begeisterung, die noch Anfang 2017 die Genossen durchzuckte, als sie mit einer Delegiertenmehrheit von 100 Prozent Martin Schulz auf den Schild hoben. Die Ernennung von Olaf Scholz fiel dagegen mit der schnöden Beiläufigkeit einer Aktennotiz vom Tisch.

Was war das dagegen für ein herrlicher Wirbel damals, als sich im Winter 2017 der „Schulz-Zug“ in Bewegung setzte und die geneigten Medien in Euphorie versetzte! Schwuppdwupp schoss die SPD über 32 Prozent in den Umfragen und ließ sogar die Union hinter sich. Bei Scholz scheint sich dieser strahlende Start nicht einstellen zu wollen. Während der Schulz-Zug gleichsam aus dem Stand Höchstgeschwindigkeit aufnahm, hat die Scholz-Draisine noch nicht mal den Bahnhof verlassen. Magere zwei Prozentpunkte konnte die SPD nach der Nominierung des derzeitigen Finanzministers zurückholen und damit noch nicht einmal das Ergebnis erreichen, mit dem Schulz im September 2017 im Morast endete. Dabei ist es, Stand 18. August, bis jetzt geblieben.

Nun, andererseits hat das ja auch sein Gutes: Wer nicht von der Stelle kommt, kann wenigstens nicht entgleisen. Für uns, das Publikum, verspricht das allerdings keine sehr erbaulichen Aussichten. Sollen wir uns jetzt 13 Monate lang das fade Gekrebe eines Kanzlerkandidaten ansehen, der sich ohne Höhen und Tiefen durch die lange Ebene zur absehbaren Niederlage quält? Och nö!

Ein Gutes hat es für den SPD-Kandidaten: Wer nicht von der Stelle kommt, kann wenigstens nicht entgleisen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Aber was soll man machen? Einfach nicht hingucken, schlage ich vor. Die Musik spielt sowieso woanders. Da ist einmal die Corona-Sache, die gerade ihrem zweiten Höhepunkt entgegengeschoben wird. Und im Schatten des Virus breitet sich eine linke Kulturrevolution im Lande aus, die es auf alles abgesehen hat, was Europa und den gesamten Okzident ausmacht. Wie zu Maos besten Zeiten in China soll auch hier alles Überlieferte verschwinden, inklusive der Demokratie, der Bürgerrechte, der Freiheit, Aufklärung, Emanzipation und des ganzen anderen weißen Schunds.

Natürlich sagen die Protagonisten das nicht offen. Vielmehr kleiden sie ihren Feldzug in die schönsten Vokabeln der Weltverbesserung. Derweil „reinigen“ sie unsere Sprache, um uns gefügig zu machen. Dabei geben sie sich große Mühe, die Wahrheit über ihr Treiben unter der Decke zu halten, denn wie bei Maos Kulturrevolution ist auch diesmal die Lüge die treibende Kraft.

So weist der Autor einer großen Sonntagszeitung den Vorwurf brüsk zurück, in Deutschland werde ein „Neusprech“ durchgedrückt, wie es George Orwell in „1984“ beschrieben hat. Dort wird die Sprache unausgesetzt „gereinigt“, um die Gedankenwelt der Menschen auf die Linie des Regimes zu zwingen. Wer denkt da dieser Tage nicht an die Firma Knorr, die ihre „Zigeunersoße“ umbenennen will aus Furcht, man könnte ihr Rassismus vorhalten?

Das könne man nicht vergleichen, so der Autor, denn Umbenennungen wie die des „Negerkönigs“ bei Pippi Langstrumpf oder des „Zigeunerschnittzels“ seien ja „ganz offen als Ergebnis von Diskussionen einer demokratischen Gesellschaft vollzogen“ und nicht wie in einer Diktatur einfach durchgezogen worden.

Tatsächlich? Konnten Sie „ganz offen“ über den Negerkönig mitentscheiden? Nein? Kennen Sie jemanden, der an solchen Entschlüssen mitwirken durfte? Auch nicht? Macht nichts, denn wenn Ihnen dieses Glück der Teilhabe widerfahren wäre, hätte es auch nichts genützt. Solche Debatten laufen nämlich nach einem Muster ab, das mich an meinen linksradikalen Sozialkundelehrer erinnert. Der hat auch immer „ganz offen“ diskutiert, doch das Ergebnis der Diskussion stand von vorneherein fest. Wer nicht mit schwimmen wollte, der wurde eben nicht mehr drangenommen, so wie Sie und ich bei der Negerkönig-Debatte.

● WORT DER WOCHE

„Linke bleiben gerne unter sich. Man trifft sich auf den immer gleichen Podien, man verleiht sich gegenseitig Preise für den Mut, Dinge auszusprechen, mit denen alle einverstanden sind.“

Ninve Ermagan, Journalistin, in der „Welt“ vom 18. August